



Wahlspruch:  
Was wir begehren von der Zukunft Fernem  
Dass Brot und Arbeit uns gerettet sehen,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.  
G. Hermann.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

## Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

## Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

## Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich . . . . . Kr. 2-88  
Ganzjährlich . . . . . „ 5-76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 17

Wien, den 10. Juni 1912.

20. Jahrg.

## „Da überschätzen Sie uns sehr!“

Der alte Dr. Otto Steinwender ist das enfant terrible des Deutschen Nationalverbandes. Sein Vorzug, den er vor seinen übrigen zumeist recht tief unter dem intellektuellen Durchschnitt stehenden Klubgenossen voraus hat, besteht nicht nur darin, daß er die unwissenden Knirpse, die die Vertretung des deutschen Volkes posieren, geistig überragt, es fehlt ihm augenscheinlich auch das richtige Talent zum demagogischen Schwindel. Das mag nun vom nationalverbändlerischen Standpunkt wohl ein Gebrechen sein, dessen Nachteile empfindlicher wirken wie aller Mangel an Geist und Bildung, für die Öffentlichkeit aber bedeutet es immerhin die erfreuliche Klarheit, daß der Abgeordnete Steinwender aus seinem Herzen nie eine Mördergrube macht, sondern ausspricht, was als wahre Absicht und echte Bestimmung die nationalverbändlerische Seele bewegt.

Und so hat Herr Dr. Steinwender auch vor ein paar Tagen im Budgetausschuß ein Bekenntnis abgelegt, das, wiewohl es in die knappe Form eines Zwischenrufes gekleidet ist, das ganze innere Wesen der Nationalverbändler geoffenbart hat. Wie wir in der letzten Nummer unseres Blattes bereits ausführlich berichteten, hat der Abgeordnete Genosse Lomschik im Budgetausschuß des Parlaments einen Antrag eingebracht, wonach in das Budgetprovisorium jener fehlende Betrag von 17 Millionen Kronen einzufüllen sei, mit welchem die Regierung bei der Durchführung des vom Hause beschlossenen Resolutionsantrages im Vorjahr im Rückstand blieb. Mit Recht konnte Genosse Lomschik bei der Begründung seines Antrages darauf hinweisen, daß die Regierung, obwohl das Haus 38 Millionen Kronen für die Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner verlangt habe, lediglich 21 Millionen Kronen verausgabte, so daß noch 17 Millionen Kronen nötig sind, um den Beschluß des Parlaments zu verwirklichen. Der Abgeordnete Lomschik tat daher auch nichts anderes, als daß er an die Redlichkeit und an das konstitutionelle Ehrgefühl der Parteien appellierte, wenn er in seinen Ausführungen der Meinung Ausdruck gab, daß die Parteien, die früher für die Resolutionsanträge gestimmt haben, nunmehr auch konsequent, insofern sie dabei von ehrlicher Absicht geleitet waren, für den vorliegenden Antrag stimmen werden. Und was sagte darauf der Deutsche Nationalverbändler, Dr. Steinwender? „Ja, Resolutionen, das ist etwas anderes!“ und: „Da überschätzen Sie uns sehr!“

Nein, verehrter Herr Dr. Steinwender, wir haben Sie und ihre sauberen Kumpans in gewissen Dingen nie überschätzt. Und wir sind gegen den Verdacht gesetzt, als ob wir die Schwindelgesellschaft, die sich als Generalvertretung des deutschen Volkes aufzuspielen anmaßt, je höher taxierten als sie auf Grund ihres schandbaren politischen Vorlebens einzuschätzen ist. Und die Zumutung, daß man zur Durchführung eines Antrages, für den vor ein paar Monaten, einschließlich des Nationalverbandes, das ganze Haus gestimmt hat, auch das Geld im Wege eines Beschlusses herbeischaffen müsse, ist wahrhaftig weniger ein Appell an die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, die man bei den Nationalverbändlern anzutreffen glaubt, als sie ein Appell an das parlamentarische Gewissen und an das primitivste konstitutionelle Rechtsgefühl ist. Man weiß, daß jenen, in deren Namen Herr Dr. Steinwender spricht und handelt, „Resolutionen etwas anderes sind“, als wenn es sich darum handelt, die auf diese Art zustande gekommenen Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen. Und der Reklamelärm, den die wackeren Deutschnationalen damals, als sie für den Resolutions-

antrag, der von der Regierung 38 Millionen Kronen verlangte, stimmten, mit so meisterhafter Routine ins Werk setzten, hat uns über die wahren psychologischen Beweggründe niemals getäuscht. Selbst der verbohrteste Reichsbündler weiß aber auch heute, daß die bürgerlichen Mehrheitsparteien dem 38 Millionen-Antrag niemals zugestimmt hätten, wenn nicht die Furcht, im Falle einer Ablehnung den Sozialdemokraten unter den Eisenbahnern ein billiges Agitationsmittel zu verschaffen, bestimmend für ihr Verhalten gewesen wäre, wie sie ja schließlich ebenfalls damit rechneten, durch die Annahme eines Antrages, bei dem die Regierung schließlich immerhin tun konnte, was sie wollte, sich die billige Gloriole der Eisenbahnerfreundschaft zu erwerben. Daß wir mit dieser Auffassung, die wir von allem Anfang freilich unter dem Widerspruch des „Deutschen Eisenbahner“, vertraten, im unantastbaren Rechte waren, dafür steht uns heute der Nationalverbändler Dr. Steinwender als gewichtiger Kronzeuge bei, der es mit trockenem Zynismus herausragt, „daß Resolutionen etwas anderes sind“ als die Bewilligung der Geldmittel, und „daß man den Nationalverband sehr überschätzt“, wenn man jenen dieser ehrenwerten Gesellschaft etwas anderes als schandbaren Schwindel und elende heuchlerische Demagogie erwartet hätte.

Wie immer also das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag Lomschik ausfallen wird, es wird bei uns auf keine überraschte Gemüter stoßen. Und schon gar nicht, wo Herr Steinwender, dem Zuge seines Herzens folgend, immer mit anerkennenswerter Offenheit herauszusagen pflegt, was tiefinnerst als wohlgeheutes Geheimnis in der zottigen Brust der wackeren Nationalverbändler schlummert. Und da ist uns, wie gesagt, Herr Steinwender, der mit der Schlechtigkeit die Aufrichtigkeit verbindet, immer noch lieber wie das übrige Geschmeiß, das mit der Jugend prunkt, wo die räudige Seele im stinkenden Laster erstickt.

Aber die Frage, ob der Antrag Lomschik angenommen werden müsse oder nicht, tangiert, wie schon erwähnt, mehr als die Aufrichtigkeit und die redlichen Absichten der bürgerlichen Mehrheitsparteien. Ueber den materiellen Nützlichkeitswert, den die Annahme oder die Ablehnung dieses Antrages für die Eisenbahner als die daran beteiligte Berufsgruppe besitzt, steht nämlich das Ansehen des Parlaments und das konstitutionelle Recht der Volksvertretung, an dem freilich die bürgerliche Parlamentsmajorität zunächst auch interessiert sein sollte. Einstimmig hat bekanntlich das Parlament die Resolution, die die Regierung auffordert, für die Befriedigung der Eisenbahner 38 Millionen Kronen aufzuwenden, im Vorjahr beschlossen, und die Frage, ob die Regierung jetzt auch zur lückenlosen Durchführung dieses Beschlusses verhalten werden soll, ist einfach eine Frage der Selbstachtung und des Rechtes der parlamentarischen Mehrheit. Und so müßte man es auch in jedem anderen Land, wo das Bürgertum nicht sittlich bis zu jenem Grad verwahrloht ist, wo es das Empfinden für die eigenen Rechte verloren hat, als selbstverständlich voraussetzen, daß es auf der lückenlosen Durchführung seiner Beschlüsse beharrt. Denn was ist das für ein Parlament, das zwar beschließt, es aber in Gottes Namen der Regierung überläßt, zu tun, was sie mag? Aber wir haben es in diesem Land nicht bloß einmal erlebt, daß die Bourgeoisie nicht mehr weiß, was sie sich selbst und ihren eigenen Einrichtungen schuldet. Wir haben es im Vorjahr miterlebt, daß die großen Mehrheitsparteien ruhig zugehört haben, als die Regierung sich in der Fleischfrage gelassen über die Beschlüsse des Parlaments hinwegsetzte, und erleben es schauernd abermals, wie in den letzten Tagen die Presse dieses Bürgertums Beifall jubelte, als man im ungarischen Parlament die Oppo-

sition mit Polizeigewalt und unter Militärassistenten entfernen ließ. Die Frage, die mit dem Antrag Lomschik auf die Tagesordnung gesetzt erscheint, umschließt sonach nicht nur die Frage, ob der Erfolg der Eisenbahner vom Vorjahr voll erfüllt werden soll, sie wird darüber hinaus zur Frage der Würde des Parlaments selbst. Wie weit sie diese achtet, wird die bürgerliche Mehrheit bei der Abstimmung wieder einmal zu entscheiden haben! Fr. L.

## Die Vorbereitung der Handelsverträge.

Offiziös ist vor ein paar Tagen gemeldet worden, daß die Regierung bereits eifrig daran sei, die neuen Handelsverträge, die im Jahre 1917 in Kraft treten müssen, vorzubereiten. Die Handelsverträge, die mit den Auslandsstaaten vor sechs Jahren eingegangen worden sind und die bekanntlich auch unseren Zolltarif umschließen, laufen nämlich zu diesem genannten Zeitpunkt ab und müssen daher erneuert werden.

Auf die Frage, die dabei in Betracht kommt, verdient nun auch jetzt schon das Interesse und die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft gelenkt zu werden. Denn das, worüber dabei die Entscheidung und die gesetzliche Regelung zu treffen sein wird, umschließt mit einem Worte die vitalsten Lebensinteressen der gesamten konsumierenden Bevölkerung, worunter naturgemäß die Masse der Arbeiterschaft in erster Reihe rangiert. Unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen der gesamte Güteraustausch unseres Reiches mit den internationalen Auslandsstaaten vor sich gehen soll, welchen Beschränkungen Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aller Art unterliegen sollen und vor allem welche Zölle auf Agrarprodukte, die wir vom Ausland beziehen müssen, eingehoben werden sollen, das sind Fragen, von denen die tägliche Lebenshaltung aufs tiefste berührt wird und die daher auch nicht bloß eine rein politische Tragweite besitzen, sondern die als reine Wirtschaftsfragen vor allem aufgefaßt und behandelt werden müssen. Gerade für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist die jeweilige gesellschaftliche Konjunktur einerseits und das Preisniveau, auf dem sich die Kosten der Lebenshaltung bewegen, andererseits entscheidend für die Kämpfe, die sowohl für höhere Löhne als auch für die Aufrechterhaltung bestehender Lohnverhältnisse geführt werden müssen. Gerade die in den letzten Jahren über uns hereingebrochene Flutwelle unausgesetzter Lebensmittelpreissteigerungen haben, wie die Erfahrung lehrt, unsere Gewerkschaften gezwungen, immer wieder neue Verjuche in die Wege zu leiten, mit denen vielfach höhere Zeit- und Akkordlöhne herbeigeführt wurden, so daß auf diese Weise die von den steigenden Preisen bedrohte Lebenshaltung wenigstens auf gleicher Höhe erhalten werden konnte. Daß das aber auch nur dort möglich gewesen ist, wo besonders starke und finanziell kräftige Gewerkschaften die Kämpfemöglichkeiten erleichterten, beweisen uns jene Verufe, die die Preissteigerung ohne hinreichende Gegenwehr über sich ergehen lassen mußten und bei denen sich die Folgen einer zweifellos herabgesetzten Lebenshaltung bald genug in unangenehmer und hygienisch bedenklicher Weise bemerkbar machen werden. Denn daß der durch die fortgesetzt steigenden Lebensmittelpreise verursachte Druck ein sehr empfindlicher war, darüber kommen auch die letzten Jahresberichte unserer Gewerbeinspektoren nicht hinweg, die wohl ein vielfaches auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückzuführendes — Steigen der Löhne konstataren müssen, „was aber zumeist wieder durch die höheren Lebensmittelpreise aufgezehrt worden ist“. Und es muß wohl hinzugefügt werden, daß es

Fälle genug gibt, wo die Löhne durch die Warenpreise weit schon überholt wurden.

Nun unterliegt es nach den Erfahrungen der letzten sechs Jahre nicht dem geringsten Zweifel, daß unsere letzten Handelsverträge mit ihrem ausgesprochenen agrarischen Charakter sehr wesentlich zur Verschärfung der Teuerung beigetragen haben. „Die Teuerung ist eine Weltkalamität“ hat vor einigen Monaten der Ministerpräsident den österreichischen Abgeordneten zugerufen. Aber diese „Weltkalamität“ wirkt nirgends so scharf wie bei uns, wo die Inlandspreise der Lebensmittel die Weltmarktpreise weit überflügelt haben und nirgends kann ihnen so schlecht durch innerpolitische Maßnahmen begegnet werden als dort, wo man durch hohe Lebensmittelpreise die Grenzen für die Zufuhr aus dem Ausland hermetisch verschlossen hat. Der Zolltarif, der vor sechs Jahren aufgerichtet worden ist, hat nun, wie aus den ziffermäßigen Aufstellungen von damals noch nachgewiesen werden kann, die im Deutschen Reich vertriebenen Hungerzölle teilweise sogar weit überholt und die Wirkungen sind daraus auch mit unheimlicher Genauigkeit in unserer heimischen Volkswirtschaft bereits zutage getreten. Einerseits äußern sie sich in den bereits erwähnten hohen Lebensmittelpreisen, die die Kosten der Lebenshaltung in Oesterreich bedeutend höher gestalteten als sie in irgendeiner reichsdeutschen oder gar in einer englischen Stadt zu finden sind, andererseits haben sie den Existenzkampf, den Industrie und Gewerbe zu führen haben, noch auf andere Weise erschwert. Der Arbeiterschaft bleibt natürlich, wenn sie die verelendenden Tendenzen des Preisdruckes von sich fernhalten will, kein anderer Weg, als höhere Löhne durch das Mittel ihrer gewerkschaftlichen Macht zu fordern. Ganz anders aber als durch die behauptete, daraus hervorgehende Steigerung der Produktionskosten wird die Produktion beeinflusst, wenn, wie das bei den letzten Handelsverträgen der Fall war, sich jene Auslandsstaaten mit vorwiegend agrarischem Charakter für die ihnen durch unsere agrarischen Hochschützölle unterbundene Ausfuhrmöglichkeiten dadurch revanchieren, daß sie durch gleiche Maßnahmen unseren auf Export angewiesenen Handel und Gewerbe die Ausfuhr behindern. Ganze Industriezweige sind auf diese Weise bei uns schwer geschädigt worden und die Arbeiterschaft hat die Kosten außer den teureren Lebensmitteln mit Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen und allen damit verbundenen Folgen bezahlt.

So sinnfällig nun alle diese Tatsachen während des bisherigen Verlaufes unserer schlechten, die Konsumenteninteressen vollständig außer acht lassenden Handelsbeziehungen in die Erscheinungen getreten sind, so wenig scheint nun, wie die eingangs erwähnte offiziöse Meldung erkennen läßt, die Regierung daraus gelernt zu haben. „Da der neue Zolltarif“ — so heißt es nämlich — „seit sechs Jahren in Wirksamkeit ist, können auch seine wirtschaftlichen Wirkungen auf die Entwicklung der inländischen Erzeugung und auf den Handelsverkehr mit den anderen Staaten schon beurteilt werden“. Daß aber trotzdem das Urteil einer hohen österreichischen Regierung noch bedenklich schwankt, geht aus der weiteren Mitteilung hervor, „daß die hierüber im Handelsministerium gesammelten Erfahrungen verarbeitet und außerdem noch nach Produktionsgruppen eingeteilte Berichte auf eine Anzahl von Beamten verteilt

werden sollen, die sich über die Verhältnisse in den einzelnen Erwerbszweigen noch zu unterrichten haben werden“. Wie und auf welche Art die Regierung nun schließlich das, was heute jeder im praktischen Leben Stehender längst schon weiß, auch zu erfahren gedenkt, darüber läßt sie sich vernehmen: „Zur Ergänzung dieser Arbeiten bedarf es der Erhebungen und Gutachten der wirtschaftlichen Körperschaften.“ Und so erfährt man denn, daß nach der bewährten echt österreichischen Methode erhoben und erwogen, begutachtet und Material gesammelt wird, um von Amts wegen feststellen zu können, ob wir Hungerpreise und einen gesehlich sanktionierten Wucher haben oder ob die Teuerung „nur“ eine „Weltkalamität“ ist, der die hochamtliche Regierungsweisheit mit fatalistischem Gleichmut gegenüberzustehen hat.

Dieses Beginnen erscheint aber noch sonderbarer, wenn man weiters aus der offiziellen Mitteilung erfährt, daß die Regierung zu diesem Zweck die Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchführung benutzen will, um auf deren ziffermäßigen Ergebnissen die Rentabilität der einzelnen landwirtschaftlichen Produktionszweige zu ermitteln. Da es für jeden Laien klar ist, daß ziffermäßiges und buchhalterisch gesammeltes Material aus den Kreisen des landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebes kaum zu haben sein wird, so ist der Zweck einer solchen Untersuchung natürlich von vornherein verfehlt. Dann aber müßte, wenn das Material, das man gewinnen will, wirklich eine einwandfreie Beurteilung der Frage, wie sich unsere bisherige Zoll- und Handelspolitik bewährt habe, gestatten soll, vor allem so zu Werke gegangen werden, daß man die Veränderungen in den Kosten der Haushaltungen der breiten Massen ziffermäßig erfassen könnte. Die Zentralstellen der Produzentengruppen zu befragen hat gar keinen Sinn, wenn man wirklich die Wege zu einer so notwendigen Konsumentenpolitik einschlagen will, die die um ihre Lebenshaltung ringende Arbeiterschaft braucht. Eine solche Aktion, wie sie die Regierung im Sinne hat, müßte sich unter der Mitwirkung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften vollziehen, wenn das gewonnene Bild der Wirklichkeit entsprechen soll. Auf jeden Fall aber handelt es sich um eine Sache, auf die die wirtschaftlichen Interessenorganisationen der Arbeiter ihr strenges Augenmerk gerichtet halten müssen, wenn einem neuen Raubzug auf unsere Lebenshaltung und auf unsere Kampfmöglichkeiten rechtzeitig mit dem schärfsten Kampf begegnet werden soll!

Fr. L.

### Der Arbeiter und die Nation.

Die Krise, welche vor nunmehr sieben Jahren vom Separatismus über die österreichische Arbeiterbewegung heraufbeschworen wurde, ist bedauerlicherweise allzu lange für eine ausschließlich gewerkschaftliche Angelegenheit gehalten und als solche auch behandelt worden. Nicht auf beiden Seiten. Die Anhänger der zentralistischen Gewerkschaftsform waren mit der Recht der Meinung, daß auf ihrer Seite Vernunft und wirtschaftliche Notwendigkeit ist und daß sich daher die von ihnen vertretene Anschauung — eben die zentralistische Form der Gewerkschaften — über kurz oder lang durchsetzen wird und muß. Die wichtigste Voraussetzung dabei war aller-

dings, daß die Krise wirklich nur gewerkschaftlichen Ursprungs ist und gewerkschaftliche Ziele verfolgte. Und die Zweifler an der Wichtigkeit dieser Anschauung, die es auch schon beim außerordentlichen Gewerkschaftsfongreß 1905 gab, blieben in der Minderheit, fanden nicht die notwendige Beachtung.

Und doch hat schon zuvor, beim letzten gesamtösterreichischen Parteitag, der ebenfalls 1905 abgehalten wurde, der separatistische Flügel der tschechischen Sozialdemokratie die Diskussion der gewerkschaftlichen Krise auf dem politischen Parteitag nur aus Opportunitätsgründen zurückgestellt. Tatsächlich haben die Separatisten schon damals die politische Organisation als Sturmbod gegen die Zentralorganisationen benutzen wollen, während die Zentralisten aller Nationen jedes Eingreifen der politischen Partei vorweg für ausgeschlossen hielten. Inwieweit sie darin richtig gehandelt haben, soll heute und hier nicht untersucht werden.

Im Laufe der Jahre haben sich die Anschauungen in den Reihen der Arbeiter geklärt, die Gegensätze zwischen Separatisten und Zentralisten haben sich selbstverständlich um so mehr zugepißt, als die Mißerfolge und die Aktionsfähigkeit der Splittergewerkschaften deutlicher und leichter wahrnehmbar wurden. Es war nur zu natürlich, daß dies vorerst zur Krise und zur Lösung in der tschechischen Parteibewegung führen mußte. Der Separatismus, der mit unbändiger Gewalt seinen Zielen zustrebte, mußte jene Teile der tschechischen Arbeiterschaft, die die Gefahren der Zersplitterung der Gewerkschaften voraussehen, abstoßen, und er hat auch tatsächlich zur Spaltung der Zentralverbände auch noch die Spaltung der eigenen Partei hinzugefügt. In dem Moment wurde auch dem Ungläubigsten klar, daß der Separatismus kein ausschließliches Gewerkschaftsproblem, kein Problem der Zweckmäßigkeit der zentralistischen Form der Gewerkschaften, sondern eine Angelegenheit der ganzen Arbeiterbewegung sei. Unterdessen haben ja die Separatisten auch die Gewerkschaftsbewegung gesprengt und die Zentralstelle des Krankenversicherungswesens gespalten. Konnte da die Fiktion des ausschließlich gewerkschaftlichen Charakters des Separatismus aufrecht erhalten werden? Politisch bestand der Separatismus schon früher, 1897 wurde er sogar von einem Parteitag sanktioniert.

Allerdings — und auf diese Tatsache hat Genosse Straßer in seiner feinen erschienenen Broschüre „Der Arbeiter und die Nation“\*) sehr zutreffend hingewiesen — hat man die bösen Folgen des Separatismus in der Gewerkschaftsbewegung sofort erkannt und bekämpft, während in der politischen nahezu anderthalb Jahrzehnte verstrichen sind, bis man die bösen Folgen des Separatismus für die Politik des österreichischen Proletariats wahrgenommen hat. Die Spaltung in der tschechischen Sozialdemokratie war die erste sichtbare Folge des Separatismus; die Nichtabhaltung der gemeinsamen Parteitage hat man ja schon auf untergeordnete Hindernisse zurückzuführen gesucht. Die Ereignisse bei den Reichsratswahlen in Nordböhmen und die Wiener Gemeinderatswahlen waren dann das nächste.

Der politischen Aktion des Proletariats erstand eine große Gefahr; es mußte gesprochen werden. Als erster sprach der Innsbrucker Parteitag. Er hat den Separatismus verworfen, ja er hat den Gewerkschaften seine — leider so lange vermisste — Hilfe im Kampf gegen den Separatismus angeboten. Dann taten die polnischen und sogar die ruthenischen Parteigenossen daselbe; und in der allerletzten Zeit folgten die slowenischen Proletarier. Nur noch das italienische Urteil ist ausständig, aber es kann keinem Zweifel mehr unter-

\*) Der Arbeiter und die Nation. Von Josef Straßer. Reichenberg 1912. Verlag von Runge u. Komp. Zu beziehen auch durch die Wiener Volksbuchhandlung. Preis 40 S.

### Feuilleton.

#### Der Eiser.\*)

Von Ludwig Thoma.

Es klopfte, und der königliche Amtsrichter Josef Amesreiter rief: „Herein!“ Dann erschien unter der Tür Frau Realitätenbesitzerwitwe Karoline Zwerger. Eine hübsche junge Frau mit angenehmen Rundungen, da, wo sie am Platz sind.

Sie führte an der Hand ein kleines Mädchen von sieben Jahren, welches verschämt zu Boden blickte.

Auch Frau Zwerger war in einiger Verlegenheit, wie das vielen Leuten geschieht, wenn sie mit Behörden in Berührung kommen.

Und dann schielte der Herr Amtsrichter so merkwürdig über seine Brillengläser hinaus und schaute sie ganz sonderbar an.

Vielleicht meinte Frau Zwerger...? Aber das war ausgeschlossen. Denn Herr Amesreiter war ein sogenannter glänzender Jurist, hatte das Staatsexamen mit I gemacht und war sohin zeugungsunfähig.

Nein, an so etwas dachte er nicht.

Er schaute überhaupt immer so und Frau Zwerger brauchte nicht rot zu werden.

„Also was wollen Sie?“

Die junge Frau wollte, nicht wahr, dieses Kind also, ihr Mann war nämlich gestorben, und weil sie selber keine Kinder hatten, dieses Kind also zu sich nehmen.

Gut oder vielmehr nicht gut.

Was heißt, zu sich nehmen?

Was sollen diese unklaren Worte in einem klaren Rechtsgeschäft?

Frau Karoline Zwerger wollte vermittlels der adoptio oder Wahlkindschaft, und zwar vermittlels der adoptio in

\*) Im Verlag von Ullstein u. Komp., Berlin und Wien, ist unter dem Titel „Krautwall“ eine Auswahl von Satiren von Ludwig Thoma erschienen. Wir geben daraus unseren Lesern eine Probe.

specie minus plena, wozu sie nach erstem Teil, fünftes Kapitel, § 11 bereits in der Geltungszeit des Codex Maximilianus Bavaricus als Weibsperson berechtigt war, an Kindes Statt annehmen die mitersehene Franziska Furtner.

Ist es nicht so?

„Und wenn es so ist, warum sagen Sie dann zu sich nehmen?“ Warum sind Sie nicht imstande, Ihrem auf Prospektion eines Rechtsgeschäftes gerichteten Willen deutlichen Ausdruck zu verleihen?

Die rundliche Frau weiß es nicht; aber sie weiß, daß dieser lange Mensch mit den vorquellenden Augen, der sie mit seiner Gelehrsamkeit anpökt, ein königlicher Richter ist, eine Respektsperson.

Und darum wagt sie es nicht, sich darüber innerlich klar zu werden, daß er trotz Stellung und Gelegenheit ein recht jauchmürrer Kerl ist.

„Ein Viech mit zwei Hagen“, wie der Realitätenbesitzer Nepomuk — Gott hab ihn selig — immer zu sagen pflegte.

Nein, sie wagte es nicht; sie beantwortete eine Stunde lang die blödesten Fragen, welche der Exameneiser Josef Amesreiter an sie stellte. Und wenn ihr manches sonderbar erschien, dann dachte sie bescheiden, daß ihr schlichter Verstand nicht hinreichte, die geheime Weisheit zu sehen.

Endlich war die adoptio minus plena fertig. Da sagte Frau Zwerger zu dem kleinen Mädchen:

„So, jetzt bedank dich auch recht schön beim Herrn Amtsrichter und mach ein Kompliment und gib ihm dein Blumenbukett!“

Fammerl knigte, wie man es in der Schule bei den Englischen Fräulein lernt, und streckte ihr Sträußchen dem gestrengen Herrn hin.

Es waren zwei Rosen und drei gesprenelte Nelken. Eine solche Lathandlung war dem Josefs Amesreiter noch niemals begegnet und er geriet in einige Verlegenheit.

Jedoch bevor er sich besann und den Fall richtig prüfte, hatte er die Blumen in der Hand und Frau Zwerger war mit der Adoption verschwunden.

Er ging einigemal auf und ab und überlegte.

Diese Sache war nicht einfach.

Es lag eine Schenkung vor, unseugbar, eine donatio inter vivos und überdies konnte sie als Belohnung geschehen sein.

Dies aber war unverträglich mit dem richterlichen Amt. Wie gefast, Amesreiter überdachte mit juristischer Schärfe dieses Geschehnis und fand nach eifrigem Suchen den richtigen Ausweg.

Er befahl dem Schreiber, das Protokoll noch einmal vorzunehmen und diktierte: „Nachtrag — haben Sie?“

„Nachtrag.“

Erstens: Nach Abschluß des Protokolls übergab das Wahlkind auf Verreiben der Wahlmutter dem unterfertigten Richter fünf Blumen — fünf Blumen.

„Halten Sie, was sind das für Blumen?“

„Zwei Rosen“, sagte der Schreiber, „und drei andere san Nagerln, Nälken!“

„So, so — also schreiben Sie: ... fünf Blumen, Komma — welche diesgerichtlich als zwei Rosen und drei Nelken bezeichnet wurden.“

Zweitens: Der unterfertigte Richter nahm die obengenannten Blumen an, in der Ermägung, daß die Annahmeverweigerung das natürliche Gefühl der Dankbarkeit in dem Wahlkind zu ersticken geeignet war.

Drittens: Fünf Blumen mit Akt an den Herrn Gerichtsvorstand mit dem Ersuchen um geneigte Rückäußerung, ob gegen die Annahme Bedenken bestehen.

So, das war geschehen.

Und der Schreiber widelte um die Rosen und die gesprenelten Nelken einen blauweißen Faden und legte sie zwischen die Aktendeckel, wo sie baldigt erstikten, wie alles frische Leben, das in Aktendeckel gelangt.

Josef Amesreiter aber fühlte sich in gehobener Stimmung.

Er hatte gehandelt, wie man es von einem Eiser erwarten durfte.

Von einem „Viech mit zwei Hagen“, wie der selige Herr Zwerger immer zu sagen pflegte.

liegen, daß die österreichische sozialistische Internationale einig ist in der Verwerfung des Separatismus.

Als ausschließlich gewerkschaftlichen Problems? Nein; sondern als eines Problems der ganzen Arbeiterbewegung in- und außerhalb Oesterreichs. Und dieses Problem hat nun Straßer in seiner genannten Broschüre in die Frage gekleidet: Welches Interesse ist das höhere, das nationale oder das proletarische? Arbeiter und Nation, so betitelt Straßer seine Arbeit und so lautet auch das Problem. Welche Stellung kann der Arbeiter zur Nation einnehmen? Die Beantwortung durch Genossen Straßer ist für die Gewerkschaftler überaus beachtenswert, wiewohl für den Autor der politische Teil der Frage viel mehr in Betracht kommt.

Wie steht es mit den nationalen Interessen? Geben sich die Arbeiter nicht auf einen Irrweg, wenn sie eine nationale Politik machen anstatt einer Klassenpolitik? Die nationalistischen Demagogen bestreiten das. Welcher gewerkschaftlich organisierte Arbeiter könnte oder wollte bezweifeln, daß das tatsächlich ein Irrweg ist? Wir haben ja gesehen, daß tschechische Arbeiter einen schweren Kampf in einer agrarischen genossenschaftlichen Fabrik führen mußten, während die Separatisten mit den Agrariern den „mährischen Landtag“ geschaffen haben, die Arbeiter zu einem schweren Kampf gezwungen waren? Haben wir nicht gehört, daß die ostböhmischen separatistischen Textilarbeiter der Schaffung einer einheitlichen tschechoslawischen Arbeiterpartei ohne Rücksicht auf die Stellung zum Klassenkampf zugestimmt haben? Sind das nicht Irrwege, auf welche die Arbeiter gedrängt werden, weil ihre Partei nationale statt Klassenpolitik treibt? Die Separatisten erklären ein Zusammenarbeiten der Arbeiterschaft mit den anderen Klassen der Nation in nationalen Dingen für möglich, für zulässig, ja für notwendig. „Darum müssen sich die deutschen Arbeiter mit den deutschen Fabrikanten, Handwerkern, Bauern, vereinigen, wenn sie etwas erringen wollen, nicht mit den tschechischen, polnischen, italienischen Arbeitern. Nicht alle Klassen-genossen, sondern alle Volksgenossen gehören zusammen. — Diese Theorie ist nur eine Modernisierung des Märchens von der Interessensharmonie.“ Nur in der Abstufung unterscheidet sich der Separatismus vom Nationalsozialismus; und in der Ehrlichkeit vielleicht.

Straßer zerfasert mit eindringlichster Sorgfalt und mit berechtigtem Hohn die verschiedenen Schlagworte, deren sich die „sozialistischen Nationalen“ bedienen, wenn sie ihr Vorgehen den Arbeitern halbwegs verständlich machen wollen. Da ist vorerst die Größe und die Macht der Nation, für die sich auch die „sozialistischen Nationalen“ begeistern. Und die Separatisten — Straßer nennt sie sehr höflich „die Naivsten unter den Naiven“ — betreiben daraufhin eine Politik, als wäre das Ziel der Arbeiterbewegung nicht die Vergejählichung der Produktionsmittel, sondern die Erhöhung des tschechischen Volkes zur Nation der Nationen. Welches Interesse hat die deutsche Arbeiterklasse daran, daß die deutsche Nation möglichst groß und mächtig werde, daß es möglichst viel Deutsche gebe? Straßer erbittet Antwort auf diese kühne Frage. Ob er sie bekommt? Was Straßer im Kapitel über die Sprache sagt, ist ein neuer Beweis dafür, wie richtig die sozialdemokratische Auffassung des sprachlichen Problems ist. Wird es sozialistisch aufgefaßt, muß es für den größten Teil seiner Bedeutung verbleiben. „Für den Arbeiter ist die Sprache nur ein Mittel des Verkehrs und ein Bildungsmittel“ und „wenn die Nationalen behaupten, die Sprachenfragen müssen von allen Klassen der Nation in derselben Weise behandelt werden, so ist das nur ein Versuch, die Arbeiter fremden Interessen dienlich zu machen.“

Auch die Verherrlichung der heimatischen Scholle kann vom sozialistischen Standpunkt nicht gutgeheißen werden und irgend eine Interessengemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat vermag die heimatische Scholle auch nicht herzustellen. Das Nationalgefühl ist „eine bestimmte Art von Denkfäulnis, von geistiger Trägheit — wie geschaffen zur Stütze einer konservativen, ja reaktionären Politik! Und doch bemühen sich bürgerliche Parteien, in der Arbeiterschaft das Nationalgefühl großzuziehen, damit sie die Arbeiterschaft von ihrem Klassenideal, von ihrem Ziel ablenken. Und ihnen tun es nun die Separatisten und die übrigen sozialistischen Nationalen nach.“

Sodann untersucht Straßer die Forderung der nationalen Autonomie. Es muß jeden Gewerkschaftler angenehm berühren, wenn er liest, wie vom sozialistisch-prinzipiellen Standpunkt aus die Forderung zurückgewiesen wird, die in den Gewerkschaften so stürmisch vorgetragen wurde. Ist für uns die Nation das Souveräne oder der Bund der Nationen? „Keine Frage ist es, daß wir heute in der sozialdemokratischen Partei keiner Gruppe eine Autonomie nach dem Geschmack der Separatisten, das heißt völlige Selbständigkeit gewähren können, wenn wir nicht einen Selbstmord begehen wollen.“ Weil die Arbeiter dem Kapitalismus gegenüber die gleichen Interessen haben, vermischt Straßer den Separatismus und fordert eine einheitliche, geschlossene Parteibewegung. Nur so ist wirklich internationale Politik möglich. Weder nationaler Internationalismus noch internationaler Nationalismus, sondern proletarischer Internationalismus. Straßers Buch wird auf diese Weise ein sehr lehrreiches Memento für die österreichische sozialistische Internationale. Möchte es doch Beachtung finden.

### Die Jubiläumsversammlungen der Wiener Eisenbahner.

Anlässlich des 20jährigen Bestandes der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation berief die Zentrale des Allgemeinen Rechtschutzes- und Gewerkschaftsvereines vier Jubiläumsversammlungen für die Wiener Eisenbahner ein, um der Organisationsfähigkeit dieser zwei Jahrzehnte zu gedenken und um eine kleine Heerschau über die zur sozialdemokratischen Organisation stehenden Eisenbahner zu halten. Die Versammlungen wurden für

die in Floridsdorf domicilierenden Bediensteten in das Floridsdorfer Arbeiterheim, für die Bediensteten der Nord- und Nordwestbahn in den großen Stadigutsaal in der Leopoldstadt, für die Eisenbahner der westlichen Bezirke in die Stadtgutsäle, Sechshauerstraße, und für die Eisenbahner Favoritens in die Rosenäle im 10. Bezirk einberufen.

#### Die Versammlung in Floridsdorf.

Die erste dieser Jubiläumsversammlungen fand am 3. Juni abends statt. Das Referat war Genossen Rudolf Müller, der von der Gründung der Eisenbahnerorganisation an unangesehnt für sie agitatorisch wirkt, übertrug. Der geräumige Saal des Floridsdorfer Arbeiterheims war bis zum letzten Platz besetzt und die Stimmung der Versammlungsteilnehmer schlug oft in helle Begeisterung ein, wenn Genosse Rudolf Müller, selbst bewegt von der Erinnerung an die überstandene Zeit, zu Herzen gehende Worte anstimmte. Zur festlichen Stimmung der Versammlung trug nicht wenig der vom Eisenbahnergesangsverein Nordwestbahnbund vorzüglich vorgetragene Eröffnungsschöner bei. Die Floridsdorfer Genossen haben alle Ursache, über die gesanglichen Leistungen des Nordwestbahnbundes recht erfreut zu sein.

Den Vorsitz in der Jubiläumsversammlung der Eisenbahner in Floridsdorf führten die Genossen Tantsjin, Bäck und Konecny. Genosse Rudolf Müller führte in seiner Festrede aus:

Mit Gefühlen wehmütiger Erinnerung blicken wir auf die abgelaufenen zwanzig Jahre unserer Organisation, doch wir mühten nicht zum Kampfe erjogen worden sein, wenn diese Erinnerungen unsere Gedanken ganz einnehmen würden, wenn wir nicht auch in die hoffnungsfreudige Zukunft blicken wollten, die uns neue Kämpfe, aber auch neue Ertragschaften bringen wird. Ein großer, schöner, erhabener Gedanke führte vor zwanzig Jahren zur Gründung der Organisation. Auf jedem Schritt begegnen wir den Spuren der Tätigkeit unserer Organisation. Wie sich in der Dienstätigkeit und in der Entlohnung ungeheure Wandlungen vollzogen haben, so hat sich auch die ganze Individualität des Eisenbahners geändert. Aus dem geduckten, verkrüppelten Eisenbahnbediensteten ist ein aufrechter Mensch geworden. Die Organisation hat den Blinden sehend gemacht, sie hat den Unterdrückten ausgerichtet und dem Verzagten Mut eingespißt. Sie hat in uns das Gefühl der Zusammengehörigkeit erweckt und unser ganzes Denken verändert. Vor zwanzig Jahren galt die Regel, wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.

Als ich vor zwanzig Jahren eine Agitationsrede in einer Eisenbahnerversammlung beim „Roten Dahn“ gehalten hatte, meldete sich nach mir ein Oberinspektor zum Worte. Als dieser vor der Organisation warnte, schlug sofort die Kampfstimmung der Versammelten in Verzagtheit um und als dieser drohend erklärte, die Beteiligung an der Organisation und an Versammlungen gefährde die Existenz der sich beteiligenden Bediensteten, hätte am liebsten die Mehrzahl der Versammelten das Lokal fluchtartig verlassen. In den folgenden Tagen warnte dann die bürgerliche Presse vor der Gefahr der Eisenbahnerorganisation, der Gefahr der goldenen Knöpfe, wie sie die Organisationsbestrebungen der Eisenbahner nannte. Es gab damals sehr viele Eisenbahnbedienstete, die die Mitgliedschaft bei einer sozialdemokratischen Organisation als eine unehrenhafte Sache ansahen. Es ist unser Stolz geworden, Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation zu sein. (Andauernder Beifall.)

Welches Schicksal wäre den Eisenbahnern beschieden gewesen, wenn unsere Organisation nicht bestanden hätte? Die Organisation hat für den Eisenbahner eine neue Welt mit neuen Rechten geschaffen. Ihre Grundlege lassen sich nicht ziffermäßig darstellen und in Büchern verzeichnen. Bei der Bestimmung der Dienstregeln und Entlohnungssätze wirken mit die wirtschaftliche Konjunktur, die politischen Zustände und die Macht der Unternehmergruppe und der Gruppe der Beschäftigten. Soviel Macht wir hatten, soviel Rechte wurden uns stets zugewiesen. Die süßesten Versprechungsreden der Minister bleiben ohne Einfluß, wenn nicht die tatsächliche Macht der Eisenbahner die Reden in Wirkungen umsetzt.

Vor zwanzig Jahren hatte der Eisenbahner nicht einmal das Bedürfnis, politische Rechte auszuüben und von seinem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Als wir zum erstenmal die Fragen der Kürzung der Arbeitszeit, der Lohnerhöhung und Wehnlisches erörterten, hielt man uns entgegen, wir verständen nichts vom Eisenbahnbetrieb, bei den Eisenbahnen ließen sich diese Fragen nicht aufrollen, es seien dies lediglich Existenzfragen der gewerblichen Arbeiter. Nun ist der größte Teil unserer vor zwanzig Jahren aufgestellten Minimalforderungen bereits durchgesetzt. Die Eisenbahner der vergangenen Zeit sprachen mit Befriedigung von den hohen Dividenden, die ihre Unternehmung zahlte, von dem gutgehenden Geschäft, das Ueberstunden notwendig machte, ohne daß es ihnen zum Bewußtsein kam, daß ihnen ein Anteil am Gewinn gebühre und daß sie für ihre Ueberstunden entlohnt werden sollten. Der Spitzeldienst galt als eine ganz einwandfreie Sache. Der „Eisenbahner“ reproduzierte vor kurzem die Spitzeldienste eines gegenwärtigen Direktors, der vor Jahren als Tischler Spitzeldienste geleistet hat und der sich in seinen Berichten an die Werksstättenleitung viel auf seine Gleichmütigkeit gegenüber den schweren Anklagen seiner Kollegen zugute tat. Die Nordbahnbediensteten werden sich noch lebhaft an das Regime Feitelers, des Mannes mit dem steinernen Herzen und der eisernen Faust, erinnern. Die Zeiten sind vorüber, wo sich die nach dem „Kamjahr“ avancierten Bediensteten demütig bedankten und wo sie ihre Wittgesuche im servilen Ton abfaszten, wie zur Zeit des Feitelers.

Es war eine furchtlose Schar, die vor zwanzig Jahren in die Gefilde der Harmonieeuferei einbrach, die von den Bahnverwaltungen gehütet wurden. Damit nicht im Eisenbahnbediensteten das Solidaritätsgefühl aufkomme, wurde in ihm der Gedanke nach erhalten, er sei von den Gnaden der Bahnverwaltung abhängig. Trotzdem gelang das kühne Unternehmen und unsere Organisation wurde stärker. Damit erstanden ihr aber neue Gegner, feindliche Eisenbahnerorganisationen, nationale, christlichsoziale und Vereine der verschiedensten Schattierungen. Was wären die Eisenbahner, vollständig geeint, nicht imstande! Welche Macht vermöchte bei einer vollständigen Geschlossenheit der Eisenbahner ihren berechtigten Forderungen zu widerstehen! Was wären ihrer Einmütigkeit gegenüber jene Majestäleien von Eisenbahndirektoren und Verwaltungsräten, die sich allmächtig dünken?

Wie die Eisenbahner einen Feind in der Uneinigkeit haben, so haben sie einen ebenso großen in der Jaghaftigkeit. Schule, Kirche und Militärwesen erziehen uns zu Anekdoten; es liegt ein ungeheures Arbeitsfeld vor uns, aus allen Eisenbahnern denkende Arbeiter und aufgestellte Sozialdemokraten zu machen. (Beifall.)

Auf dem Innsbrucker Parteitag erklärte Dr. Adler: Jedem Arbeiter muß der Sozialismus Lebensaufgabe sein. Ich will weiter gehen und sagen: er muß ihm Lebensinhalt sein. Die Eisenbahner haben einen vorgeschobenen Posten. Die Bessergestellten unter ihnen grenzen

ihren Existenzverhältnissen nach an die Kleinbürgerlichen Schichten, da wohnen oft zwei Gefühle in einer Brust. Eines, das zu den Bediensteten hingieht, und eines, das zur bürgerlichen Gesellschaft hinneigt. Da tut umsoherer Aufklärung not und Einigkeit. Wenn wir unter dem wirtschaftlichen Druck und mitten in der Verworfenheit der politischen Zustände unsere Zuversicht auf Besserung unserer Existenzverhältnisse und auf Ausgestaltung unserer Rechte nicht verlieren wollen, müssen wir uns unsere sozialistischen Ziele vor Augen halten. Das Evangelium Sozialismus ist unsere Zuversicht in den Wirrnissen unserer Daseinska mpse s. (Anhaltender Beifall.)

Wleiben Sie Ihren Prinzipien treu! Verbreiten Sie weiter die Ideen des Sozialismus! Es lebe die internationale sozialdemokratische Eisenbahnerorganisation! (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Tantsjin dankt dem Redner für seine Ausführungen; er hat den Ausführungen des Genossen Müller nicht viel hinzuzufügen. Er wolle nur konstatieren, daß im Jahre 1893 Jetteles erklärt habe, er werde es unter keinen Umständen dulden, daß seine Bediensteten in Versammlungen Vorgesetzte kritisieren. Trotz der Wahregelungen in Floridsdorf ist hier die Organisation groß geworden und es sei Sache aller Genossen, sie weiter groß und stark zu erhalten. (Beifall.)

Mit einem Chor der Sängler des Nordwestbahnbundes fand die erhebend verlaufene Versammlung ihren Abschluß. Hoffentlich findet das nächste Jubiläum der Eisenbahnerorganisation die Floridsdorfer noch stärker und in voller Kampfbegeisterung auf ihrem Posten.

#### Die Versammlung in Favoriten.

In der Versammlung in Favoriten wurden die Genossen Nze hak und Somitsch in den Vorsitz gewählt. Festredner war Reichsratsabgeordneter Genosse Tomtschik. Die Favoritener Eisenbahnerjänger leiteten die Versammlung mit der stimmungsvollen Hymne von Ernst Herold ein.

Genosse Tomtschik führte unter anderem aus: Zwanzig Jahre Eisenbahnerorganisation ist ein Stück Geschichte. Als der Ausnahmezustand in Oesterreich die Bildung von Arbeitergewerkschaften verhinderte, waren die Arbeiter-Bildungsvereine die einzige Vereinigung der Arbeiter. Den Arbeiter-Bildungsvereinen gehörten bereits Arbeiter der Eisenbahnverhältnisse an und bei diesen glimmte es bereits lange unter der Decke. 1892 wurde der Verkehrsbedienstetenverein und 1893 die Fachvereine bei den einzelnen Bahnen gegründet. 1896 kam es bereits zur Gründung eines Verbandes der Eisenbahnervereine und dann zur Abhaltung des ersten österreichischen Eisenbahnerkongresses. Es war mit der Organisation rasch aufwärts gegangen und diese zählte im Jahre 1897 bereits 25.000 Mitglieder, wiewohl es damals nicht leicht war, sich zur sozialdemokratischen Organisation zu bekennen. Als die Eisenbahnverwaltungen, die geglaubt hatten, das Interesse an der Organisation werde sich bald verflüchtigen, sahen, daß es mit der Organisation ernst sei, gingen die Drangsalierungen an, die Verjekungen und Entlassungen begannen. Was aber gut ist, kann nicht zugrunde gehen. Die Verjekungen dienten in vielen Fällen zur schnelleren Verbreitung der Organisation. Als die Drangsalierungen der Organisation keinen Abbruch taten, versuchte man es mit anderen Mitteln, so auf den f. l. Staatsbahnen unter Bilinski mit der Herausgabe von Zugeständnissen an die Arbeiter, wie die Stabilisierung und die Einsetzung der 200 Kr.-Prämie für 25jährige, treue und fleißige Dienstleistung. Diese Zugeständnisse wurden aber als Erfolg der Organisation aufgefaßt, da sich die Bediensteten sagten, daß sie ohne dieser nicht gekommen wären. Die Absichten der Bahnverwaltung, die Bediensteten damit von der Organisation abzuhalten, indem man denjenigen, die sich nicht auflehnten, Ausichten auf Sicherung ihrer Existenz bot, gingen fehl, und man versuchte es bald wiederum mit anderen Mitteln, der Organisation die Anhänger abzutreiben. Es kam das Spitzeldienstsystem der einzelnen Vorstände in Blüte und die Zeit des kleinlichen Kampfes gegen die Bediensteten, die Zurücksetzung jedes einzelnen sozialdemokratischen Bediensteten bei der Anstellung und in jeder dienstlichen Beziehung, die Ueberzeugung, daß die Organisations- und Aufklärungsarbeit geleistet werden müsse, ließ aber nichtsdestoweniger jeden Betrauensmann weiter seine Pflicht für die Organisation tun. In dieser Zeit leistete unsere Presse, „Der Eisenbahner“ war auch 1893 gegründet worden, unerschöpfbare Dienste. Die Vorstände, die ihre Bediensteten drückten, waren auch in anderen Beziehungen nicht einwandfrei, wie ja wiederum gerechte Vorgesetzte einwandfreie Menschen zu sein pflegen, und wir packten im „Eisenbahner“ die Unterdrücker des Personals, wenn mir uns auch nicht mit rein persönlichen Angelegenheiten beschäftigten, bei ihrer Korruptivseite und nach dem Grundsatze: „Greiffst du in ein Wespennest, dann greiffst fest!“ „Der Eisenbahner“ war damals bei den Vorgesetzten und den Behörden das besagte Blatt, und man hätte lieber die Organisation in Kauf genommen als deren Blatt. Man versuchte vergeblich, dasselbe zu unterdrücken. Die Zahl der Konfiskationen war eine Region, und man versuchte es auch, mit dem subjektiven Verfahren dem Blatt beizukommen. Die Geschwornen sprachen uns aber frei, und man mußte wieder zu der Konfiskationspraxis greifen. In dieser Zeit waren gegen mich immer mehrere Klagen anhängig. Aber es kam zu keiner Beurteilung. Zumeist gelang es uns, den Wahrheitsbeweis für unsere Anklagen zu erbringen, und nur dort, wo wir unsere Zeugen schämen und sie nicht den Folgen offenkundiger Aussagen aussetzen durften, gaben wir Erklärungen ab. Wenn ich mich zurückerinnere an diese Zeit, muß ich erklären, die ersten Jahre unserer Organisation waren eine harte Zeit, aber eine Zeit fröhlicher Kampfstimmung und Begeisterung, in der jeder einzelne, von Idealismus getragen, sein Existenz für unsere Sache aufs Spiel setzte. (Stürmischer Beifall.)

Das Eisenbahnministerium wurde geschaffen und den Reichsratswählerkurien wurde die vierte Kurie angeschlossen. Mit letzterer vollzog sich eine große Wandlung. Die bürgerlichen Parteien, die sich bis 1897 um die Eisenbahner nicht gekümmert hatten, hieberten sich nun den Eisenbahnern an. Weberic, den nun schon die Erde deckt und der früher in unseren Reihen stand, gründete, von Witzel unterstützt, die christlichsoziale Organisation, und es entstanden auch die nationalen Vereine. Unter Guttenberg wurde dann 1897 unsere Organisation aufgelöst, und man hatte damit die Rechnung nicht schlecht gemacht. Während man auf diesen brutalen Eingriff in das Koalitionsrecht der Eisenbahner einen Massengriff zum der Eisenbahner zur sozialdemokratischen Sache hätte erwarten sollen, sank die Zahl der Eisenbahner, die sich als Abnehmer des Fachblattes, um den „Eisenbahner“, scharten, von 25.000 auf 10.000. Ein Jahr nach der Auflösung gründeten wir den Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein, der den Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein, wir gingen wiederum heraus auf Agitation, und nach vielen Mühen erreichten wir 1903 wieder die Mitgliederzahl von 25.000. Mittlerweile waren die nationalen Organisationen gegründet worden und der Kampf wurde vergiftet. Der Kampf der uns gegnerischen Eisenbahnerorganisationen richtete sich vom Anbeginn immer weniger gegen die Bahnverwaltungen,



Die Naturalwohnungen wurden im Jahre 1908 um rund 10 Prozent minder bewertet. Die daraus resultierenden Differenzbeträge wurden dem Personal ausbezahlt.

a) Wächter:

Die Wächter wurden im Jahre 1908 in die III. Dienerkategorie eingereiht.

Die Naturalwohnungen der Wächter (Wächterhäuser) werden seit dem Jahre 1908 bewertet und zwar um 10 Prozent minder und erhalten daher die beteiligten Wächter die Differenz zwischen der Bewertungssumme und dem Quartiergeldbetrag ausbezahlt.

Eine größere Anzahl von Wächterhäusern wurde entweder umgebaut oder neu errichtet und zwar den hygienischen Anforderungen entsprechend.

Bei zahlreichen Wächterhäusern erfolgt eine entsprechende Trinkwasserversorgung.

Die Diensturnusse von 18/9, 18/12, 24/12, 24/24, 16/16, 16/24, 12/12, 24/6, 18/6 und 16/8 wurden in vielen Strecken und Stationen auf 16/16, 16/24 und 12/24 abgeändert. Viele Wächter erhielten einen dienstfreien Tag monatlich, beziehungsweise wurde in mehreren Fällen ein zweiter dienstfreier Tag monatlich eingeführt.

In einigen Stationen und Strecken wurde die Verteilung der Wächter mit Gehaltsteil durchgeführt.

b) Werkgehilfen.

Die auf Grund ihres Taglohnes in der erhöhten Anfangsgehaltstufe von 900 Kr. stabilisierten Werkgehilfen erhielten in dieser Gehaltstufe statt der verlängerten Vorrückungsfristen die normale zweijährige Wartezeit.

Die Arbeitszeit aller auf Konto XVI verrechneten Werkgehilfen wurde von 60 Stunden wöchentlich auf 52 1/2 Stunden wöchentlich herabgesetzt. Die der übrigen Werkgehilfen auf 54 Stunden.

Auch eine Anzahl der im Turnus Dienst versiehenden Werkgehilfen erhielten eine Verbesserung ihrer Diensturnusse.

c) Wagenpuffer.

Einzelne Diensturnusse wurden durch Gewährung dienstfreier Tage verbessert.

Die auf normierten Posten verwendeten Wagenpuffer erhalten die Nachdienstzulage.

d) Verschieber.

Sämtliche Verschieber erhalten die Nachdienstzulage, sofern sie einen Nachdienst versehen, der in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh keine fünfstündige Ruhepause aufweist. Ein großer Prozentsatz der Verschieber erhielt an Stelle der 24/24-, 16/16- bis 16/24- und 12/12stündigen Diensturnusse einen Diensturnus mit 12 Stunden Dienst und darauffolgender 24stündiger Ruhezeit.

Die Dienst- und Ruhezeiten wurden teilweise durch Einführung eines freien Tages im Monat verbessert.

Die Magazinsdiener und Ladefschreiber erhielten in großer Anzahl die Begünstigung, daß ihnen jeder zweite Sonn- oder Feiertag ganz frei gegeben wurde.

f) Wagenschreiber.

Die Wagenschreiber wurden von der Gruppe III der Diener in die Gruppe B überstellt.

Durch einen Erlass des Eisenbahnministeriums wurde einer kleiner Anzahl von Wagenschreibern bei entsprechender Qualifikation die Erreichung der Unterbeamtenkategorie in Aussicht gestellt.

Die große Mehrzahl der Wagenschreiber erhielt die Nachdienstzulage.

Die Diensturnusse werden in vielen Stationen dadurch verbessert, daß an Stelle des 24/24stündigen der 12/24stündigen Diensturnus eingeführt wurde.

g) Drucker.

Die Arbeitszeit der Drucker wurde von 10 Stunden auf 8, 8 1/2, 7 1/2 und vereinzelt auch auf 6 Stunden täglich herabgesetzt.

Die Steindrucker wurden im Jahre 1909 von der Gruppe II in die Gruppe A der Diener überstellt, und dadurch mit den Fahrkartendruckern gleichgestellt.

h) Kanzleigehilfen.

Die Kanzleigehilfen wurden von der Gruppe B beziehungsweise II in die Gruppe A überstellt.

Einer Anzahl von Kanzleigehilfen wurde die Erlangung des Unterbeamtenranges ermöglicht.

Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit in den Büreaus auf sechs Stunden.

i) Werkmänner, Oberwerkstätten.

Die bei der Stabilisierung erwachsenden Differenzbeträge zwischen dem Einkommen im definitiven Verhältnis und jenem im Taglohnverhältnis werden seit 1912 durch Zulagen ausgeglichen.

Die Montur wird bei der Stabilisierung nicht mehr in Anrechnung gebracht.

Die tägliche Arbeitszeit wurde von 60 auf 52 1/2 Stunden wöchentlich herabgesetzt.

Einigen Bediensteten dieser beiden Kategorien wurde die Erlangung des Unterbeamtenranges durch Ernennung zum Werkführer ermöglicht.

Die Kategorie der Türsteher wurde aufgelassen und sämtliche Türsteher zu Portieren ernannt.

Eine Reihe von Oberverschiebern rücken in die Kategorie der Verschubaufseher vor und haben infolgedessen die Möglichkeit der Erlangung des Unterbeamtenranges.

Einführung der Nachdienstzulage und teilweise Regelung der Überstundenentlohnung.

Gewährung dienstfreier Tage für die Bahnrichter.

Ein großer Prozentsatz der Oberverschieber hat den 12/24stündigen Diensturnus.

Teilweise Regelung der Diensturnusse der Portiere.

l) Blotsignaldienner, Stationsaufseher und Wächterkontrolloren.

Nachdienstzulage.

Verbesserung der Turnusse; der größere Teil dieser Bediensteten hat 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei.

m) Wagenaufseher, Belenchtungsaufseher, Magazinaufseher, Maschinenaufseher, Verschubaufseher, Oberbeizer, Pumpenwärter und Schiffsmaschinenanwärter.

Die Kategorie der Schiffsmaschinenanwärter wurde neu geschaffen.

Die Oberbeizer und Pumpenwärter wurden von der Kategorie II (B) in die Kategorie A überstellt.

Die Mehrzahl der Maschinen-, Wagen-, Beleuchtungs-, Verschub- und Magazinaufseher

wird bei Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kr. und abgelegter Unterbeamtenprüfung zu Unterbeamten ernannt.

Ein Teil der Pumpenwärter wurde zu Maschinenaufsehern und in der Folge zu Maschinisten (Unterbeamten) ernannt.

Einführung der Nachdienstzulage.

Regelung der Diensturnusse, und zwar die Verschubaufseher haben circa 95 Prozent den 12/24stündigen Diensturnus; die Magazinaufseher erhielten in großer Zahl jeden zweiten Sonn- und Feiertag dienstfrei. Auch ein Teil der Oberbeizer und der Maschinenaufseher hat den 12/24stündigen Diensturnus.

n) Signalschlosser, Brückenschlosser.

Die Kategorie der Brückenschlosser wurde neu geschaffen.

Ein Erlass des Eisenbahnministeriums verfügt, daß die Signalschlosser unter gewissen Voraussetzungen bei Erreichung der Gehaltstufe von 1400 Kr. zu Signalmeistern (Unterbeamten) ernannt werden können.

Einführung des Reisepauschals von 50 Kr. monatlich an Stelle der Diäten.

Gewährung dienstfreier Tage an die Signalschlosser.

o) Lokomotivführeranwärter, Lokomotivbeizer und Kondukteure.

Die Lokomotivführeranwärter und Kondukteure werden zum größeren Teil bei Erreichung der Gehaltstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt.

Für diese Verbesserung ist hauptsächlich die im Jahre 1908 erungene Erhöhung der Postenormierung maßgebend. Durchschnittliche 30prozentige Erhöhung der Fahrgehühren im Jahre 1908.

Anderthalbprozentige Anrechnung der Dienstjahre im Provisionsfonds für das Zugbegleitungspersonal.

Zugeständnis des Eisenbahnministeriums im Jahre 1908, daß die Diensturnusse des Lokomotiv- und Zugbegleitungs-personals nicht verschlechtert werden, daß vielmehr eine Verbesserung der bestehenden Vorschriften eintritt.

(Fortsetzung folgt.)

Von der Raichau-Oberberger Eisenbahn.

Das Personal der Raichau-Oberberger Eisenbahn petitioniert nun schon seit längerer Zeit vergeblich um die Gewährung jener Verbesserungen, die dem Personal der übrigen Bahnen in Oesterreich seit längerer Zeit gewährt wurden. Die Generaldirektion dieser Bahn, die ihren Sitz in Budapest hat, scheint die Absicht zu haben, das Personal durch Verschleppung müde zu machen. Die Wünsche des Personals sind aber so bescheiden und daher vollkommen berechtigt, daß für die Generaldirektion kein einziger stichhaltiger Grund vorliegt, das Personal noch länger zu vertrieben. Alle Argumente, die seitens der Verwaltung bezüglich der bisherigen Nichterfüllung der Forderungen angeführt wurden, können für die österreichischen Bediensteten nicht in Betracht kommen. Hier kommt die Tatsache allein in Betracht, daß das Personal aller übrigen Bahnen seit längerer Zeit so mancher Verbesserung teilhaftig geworden ist, das Personal der Raichau-Oberberger Bahn aber bisher nicht. Es ist einfach eine selbstverständliche Pflicht, der Verwaltung der Raichau-Oberberger Bahn, daß sie ihrem Personal dieselben Verbesserungen gewährt, welche die Bediensteten aller übrigen Bahnen bereits haben. Solange die Verwaltung diese Pflicht nicht erfüllt, kann eben von einer Einsicht, von einem Entgegenkommen und Wohlwollen, was bei jeder Gelegenheit hervorgekehrt wird, keine Rede sein und die ganze österreichische Öffentlichkeit wird dieses Vorgehen berechtigterweise als planmäßige Ausbeutung bezeichnen. Dies um so mehr, als die Generaldirektion der Raichau-Oberberger Bahn mit den lächerlichsten Argumenten versucht, die Sache hinauszuziehen. Das Personal hat am 10. Februar 1912 im Dienstweg und auch deputativ der Generaldirektion in Budapest folgendes Memorandum überreicht:

Höfliche

Generaldirektion der k. k. priv. Raichau-Oberberger Eisenbahn in Budapest.

Die Befertigten erlauben sich hiemit im Namen des auf der österreichischen Strecke der k. k. priv. Raichau-Oberberger Eisenbahn beschäftigten Personals der löblichen Generaldirektion folgende Wünsche mit dem höchsten Ersuchen zu unterbreiten, dieselben gütigst einer baldmöglichsten Erfüllung zuführen zu wollen.

1. Einführung eines Gehalt- und Vorrückungs-Quartiergelds- und Nebengebührenschemas für die Unterbeamten und Diener mit denselben Anfangsgehaltstufen, automatische Vorrückungsfristen und Endgehaltstufen, beziehungsweise Dienstalterspersonalzulagen, Quartiergelder und Nebengebühren, wie solche für das gleiche Personal auf den Linien der k. k. österreichischen Staatsbahnen bereits bestehen.

Für jene Kategorien, beziehungsweise Bediensteten, für welche auf Grund der Normen der k. k. priv. Raichau-Oberberger Eisenbahn bereits höhere Anfangsgehälter, kürzere Vorrückungsfristen in den einzelnen Gehaltstufen, höhere Endgehälter, höhere Quartiergelder und sonstige höhere Nebengebühren aller Art festgesetzt sind, als dies nach den gegenwärtigen Normen bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen der Fall ist, sollen diese erhöhten, beziehungsweise günstigeren Bezüge auch fernerhin aufrecht belassen werden.

2. Sämtliche im Taglohn stehende Bedienstete und Arbeiter sollen, soweit sie nicht ohnehin in besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen sind, als die Arbeiter der k. k. österreichischen Staatsbahnen, im Lohn- und Arbeitsverhältnis mit den Arbeitern und den im Taglohn stehenden Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen, gleichgestellt werden.

3. Die Befertigten bitten ferner die löbliche Generaldirektion der k. k. priv. Raichau-Oberberger Eisenbahn, noch jene Verbesserungen für ihr Personal auf den österreichischen Strecken einzuführen, die das österreichische Parlament dem Personal der k. k. österreichischen Staatsbahnen durch einstimmigen Beschluß am 18. Dezember 1911 zugubilligen für notwendig befunden hat.

Diese Verbesserungen sind folgende:

- 1. eine 20prozentige Quartiergelderhöhung für sämtliche Unterbeamten und Diener.
2. Auflassung der Gehaltstufe von 1300 Kr. für sämtliche Unterbeamten.
3. Erhöhung des Endgehalts auf 3000 Kr. für alle Unterbeamten, die einen niedrigeren Endgehalt haben.
4. Ernennung der Unterbeamten zu Beamten bei Erreichung der Gehaltstufe von 1600 Kr. ohne jede finanzielle Schädigung im Avancement und den sonstigen Bezügen.
5. Einführung der zweijährigen Vorrückungsfristen in allen Gehaltstufen für sämtliche Diener.

6. Erhöhung des Endgehalts für sämtliche Diener auf 2000 Kr.

7. Allen Unterbeamten und Dienern, deren gegenwärtige Gehalte dem vorstehend gewünschten Gehalt- und Vorrückungsschema der k. k. Staatsbahnen um fünf, beziehungsweise um zehn Jahre zurückstehen, sollen die beiden nächsten Vorrückungsfristen um je ein Jahr gefürt werden, wobei die probitorischen, beziehungsweise die im Taglohn zurückgelegte Dienzeit, zu berücksichtigen ist.

8. Gewährung einer Nachdienstzulage im Ausmaße von 1 Kr. für alle Wächter und der substituierenden Arbeiter, die Nachdienst versehen.

9. Gewährung einer Verschubzulage von 24 Kr. monatlich für das gesamte Verschubpersonal.

10. Erhöhung des Lohnes für sämtliche Arbeiter und im Taglohn stehenden Bediensteten, und zwar:

- für Arbeiter, die bis zu 4 Kr. Taglohn haben, eine 20prozentige Erhöhung;
für Arbeiter, die über 4 Kr. Taglohn haben, eine 15prozentige Erhöhung.

Bei den Affordarbeitern hat diese Erhöhung im Affordverdienst entsprechend zum Ausdruck zu kommen.

11. Einführung einer Lohnautomatik für sämtliche Arbeiter, wie eine solche bei den k. k. Staatsbahnen eingeführt wird.

12. Regelung, beziehungsweise Einführung von Erholungsurlauben für die Arbeiter, analog den k. k. Staatsbahnen.

13. Regelung der Ueberstundenentlohnung und der Stabilisierungsfrage, analog den k. k. Staatsbahnen.

14. Alle vorgenannten Verbesserungen sollen mit Rückwirkung auf den 1. Jänner 1912 zur Durchführung gelangen.

Die Befertigten bitten die löbliche Generaldirektion der k. k. priv. Raichau-Oberberger Eisenbahn, in Berücksichtigung der herrschenden Teuerung und des Umstandes, daß zufolge der Teuerung in fast allen staatlichen und privaten Unternehmungen in Oesterreich den Bediensteten und Arbeitern nennenswerte Verbesserungen zuteil wurden, die vorstehenden Wünsche gütigst zu erfüllen.

Auf dieses Ansuchen erhielt das Personal folgende Antwort vom Herrn Generaldirektor:

Die Ihrerseits vorgebrachten Wünsche, deren finanzielle Tragweite jedenfalls sehr weitgehend ist, sind mir erst vor kurzem übergeben worden, demzufolge ich jeden Punkt nicht eingehend beantworten kann. Die diesbezüglich seitens der k. k. Staatsbahnen vorgenommenen Verfügungen sind mir wohl bekannt. Die Direktion befaßt sich schon seit längerer Zeit mit der Frage der Verbesserung der materiellen Lage der Angestellten und hat dieselbe über meinen Vorschlag auch das Exekutivpersonal in den ersten Tagen des laufenden Jahres mit einer außerordentlichen Remuneration teilte.

Die Ursache daß noch kein endgültiger Beschluß gefaßt werden konnte, liegt darin, daß wir die Bezüge unserer österreichischen Angestellten nicht einseitig regeln können, ohne gleichzeitig auch für das ungarische Personal zu sorgen.

Nach meinen Informationen beabsichtigt auch die ungarische Regierung die Verbesserung der materiellen Lage der Staatsbahnangestellten, und so ist zu hoffen, daß die Lösung dieser Frage schon in Kürze erfolgen wird.

Wollen Sie daher den Entschluß der Direktion ruhig abwarten, um so mehr, als die dem Personal zu gewährenden Begünstigungen rückwirkend, vom Anfang des Jahres an geplant werden.

Das Personal wartete geduldig, in der Hoffnung, daß sich die Erledigung der Angelegenheit nicht lange hinauszuziehen wird. Diese Geduld sollte dem Personal aber schlecht bekommen.

In den „Amtlichen Nachrichten“, Nr. 9 vom 20. März 1912, war eine Kundmachung enthalten, wonach die bisher bezogenen Stundengelder wesentlich erniedrigt werden sollen.

Diese Verkürzung war derart, daß sie im Haushalt eines jeden Zugbegleiters der Raichau-Oberberger Eisenbahn wesentliche Veränderung hervorrufen hätte.

Die Differenzen an den Stundengeldern waren folgende:

Zugsführer bei Lokalpersonen:

Züher Kr. 85-84, jetzt Kr. 67-96; Differenz Kr. 17-88.

Revisionskondukteur:

Züher Kr. 74-53, jetzt Kr. 56-63; Differenz Kr. 17-90.

Zugsführer bei durchgehenden Lastzügen:

Züher 86 Kr., jetzt 72 Kr.; Differenz 14 Kr.

Zugspader:

Züher Kr. 60-48, jetzt Kr. 50-61; Differenz Kr. 9-87.

Abgeordneter Genosse Tomšik intervenierte darauf beim Eisenbahnminister und schilderte in einer ausführlichen Eingabe die Verhältnisse, die wir im Auszug hier wiedergeben:

Das österreichische Personal der Raichau-Oberberger Eisenbahn hat an die Generaldirektion in Budapest beiliegende Gesuch gerichtet, welche eine Reihe von Wünschen des Personals wegen Gleichstellung der Bezüge mit jenen des Personals der k. k. österreichischen Staatsbahnen und die Bitte, um Rückgängigmachung einer Verfügung, wonach die Zugbegleiter der österreichischen Strecken der Raichau-Oberberger Eisenbahn infolge Abänderung des Gebührensregulativs in ihrem Fahrgebührenverdienst schwer geschädigt werden, beinhalten.

Auf das Gesuch wegen Gleichstellung der Bezüge mit jenen der k. k. österreichischen Staatsbahnen wurde den Bediensteten mitgeteilt, daß die Generaldirektion die Absicht habe, in einem späteren Zeitpunkt eine allgemeine Regelung der Bezüge für das gesamte Personal vorzunehmen, daß es aber nicht angehe, die Bezüge für das österreichische Personal einseitig zu regeln. Bisher ist aber eine Regelung nicht erfolgt.

Am zweiten Gesuch wird bemerkt, daß in den „Amtlichen Nachrichten“ der Raichau-Oberberger Bahn vom 30. März 1912 verfügt wird, daß die Gebührenschrift, §§ 31 und 32 über die Gebühren des Zugspersonals auf der österreichischen Strecke, mit Genehmigung des k. k. Eisenbahnministeriums (Erlaß Z. 13.953/4 vom 8. Mai 1911) mit Gültigkeit ab 1. April 1912, geändert werden, und zwar wird an der Stelle des Stundengeldes das gemischte System Kilometer- und Stundengeld eingeführt.

Dadurch verlieren sämtliche Zugbegleiter der österreichischen Strecke 10 bis 18 Kr. monatlich gegenüber ihrem bisherigen Fahrgebührenverdienst. Diese Verfügung soll die Genehmigung des k. k. Eisenbahnministeriums erhalten haben. Dem Zugspersonal der österreichischen Strecke kann nicht zugemutet werden, daß es eine derartige Reduzierung seines Einkommens zur Kenntnis nehmen soll, um so mehr, als es sich um eine ausländische Gesellschaft handelt, die diese Schädigung österreichischer Bediensteter verfügt hat.

Den Zugbegleitern der österreichischen Strecke der Kaschau-Oderberger Bahn ist der Verdienstausfall durch Gewährung entsprechender Zulagen auf die Dauer des Bestehens der Differenzen auszugleichen.

Eine weitere berechtigte Beschwerde der Zugbegleiter der österreichischen Strecke der Kaschau-Oderberger Bahn bildet der Umstand, daß sie auch auf den ungarischen Strecken den Dienst verrichten müssen, obwohl sie der ungarischen Sprache nicht mächtig sind und sich daher für sie zahlreiche Möglichkeiten ergeben, mit den ungarischen Gesezen in Konflikt zu kommen, denen sie eben infolge der Unmöglichkeit der Verständigung nicht ausweichen können.

Abgeordneter Genosse Tomischil verlangte vom Eisenbahndirektor, daß er seinen Einfluß bei der Verwaltung der Kaschau-Oderberger Bahn geltend mache, damit diese endlich die berechtigten Wünsche des Personals erfüllt.

Das Personal selbst nahm in einer am 13. Mai in Teichen stattgefundenen, massenhaft besuchten Versammlung zu der Frage Stellung. Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Adolf Müller von der Zentrale wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Resolution.

„Die am 13. Mai 1912 in der »Schießstätte« in Teichen massenhaft versammelten Bediensteten der Kaschau-Oderberger Eisenbahn protestieren energisch gegen die von der Generaldirektion in Budapest gepflogene Taktik, die von dem Personal bereits am 9. Februar l. J. überreichten Forderungen durch Nichterfüllung zu verschleppen.

Die Generaldirektion in Budapest erklärte bereits vor längerer Zeit den Deputationsmitgliedern, als auch im dienstlichen Wege, eine Regelung der bestehenden Verhältnisse durchzuführen, bis heute ist jedoch nichts geschehen, im Gegenteil, dem Zugpersonal wurde die Fahrgebührenverbienste bedeutend gekürzt.

Die Versammelten können nicht umhin diese Art der zugesicherten Regelung der Verhältnisse als eine Herausforderung zu betrachten.

Das Personal der Kaschau-Oderberger Eisenbahn ist angeichts der herrschenden Verhältnisse nicht mehr imstande, mit den Bezügen das Auskommen zu finden. Sämtliche österreichische Bahnverwaltungen, insbesondere aber die k. k. Staatsbahnverwaltung, haben ihrem Personal nennenswerte Verbesserungen zugewendet; wir betrachten es als selbstverständlich, daß auch die Kaschau-Oderberger Eisenbahn für ihr Personal in gleichem Maße zu sorgen, verpflichtet wäre.

Die Versammelten erwarten daher, daß die der Direktion bereits bekannten Wünsche des Personals ohne weiterer Verschleppung in der kürzesten Zeit erfüllen werden, anderenfalls wäre das Personal gezwungen, alle ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel zur Erreichung der berechtigten Forderungen in Anwendung zu bringen.

Dieser Beschluß wurde der Generaldirektion durch unsere Ortsgruppe in Teichen zur Kenntnis gebracht, worauf die Generaldirektion folgendes Antwortschreiben sendete:

Generaldirektion der k. k. priv. Kaschau-Oderberger Eisenbahn. Abdruck.

Nr. 33.180/1. A 1912. Budapest, am 28. Mai 1912.

An den Allgemeinen Reichsclub und Gewerkschaftsverein für Oesterreich, Ortsgruppe Teichen.

Mit Bezug auf den uns seitens der Geehrten zur Kenntnis gebrachten Versammlungsbeschluß vom 13. d. M., beehren wir uns mitzuteilen, daß der einer Neuregelung der Bezüge unseres österreichischen Personals, wie dies der Geehrten bekannt, derzeit außer unserer Machtphäre liegende Hindernisse noch im Wege stehen.

Sobald dieselben jedoch beseitigt sein werden, werden wir die entsprechenden Verfügungen unverzüglich treffen.

Bezüglich der geänderten Verrechnung des Fahrgeldes haben wir noch vor Fassung des Versammlungsbeschlusses unser Personal die Mitteilung zukommen lassen, daß wir Verfügungen getroffen haben, damit die mit dem Uebergang bei der geänderten Verrechnung geringen Differenzen das Fahrpersonal nicht benachteiligen.

Aus diesem Tatbestand könne eine Geesche ersehen, daß die Fassung des erwähnten Beschlusses im besten Falle eine überreife war.

Zu dem vorstehenden Schreiben ist zu bemerken, daß die Bekanntmachung über die beabsichtigte Ausgleiche der Verdienstdifferenzen beim Zugbegleitungspersonal erst einige Tage nach der Versammlung erfolgte und daß dieselbe nur auf Grund des energischen und einstimmigen Protestes der organisierten Bediensteten herausgegeben wurde.

Aber noch immer ist die befriedigende Erledigung auch der übrigen berechtigten Forderungen des Personals ausständig. Wir wollen der Generaldirektion in Budapest noch einmal ernstlich nahelegen, daß das Personal der Kaschau-Oderberger Bahn des langen Wartens müde ist und endlich einmal Taten sehen will. Die Forderungen sind so billig und gerecht, daß eine weitere Verzögerung durch keinerlei Ausflüchte gerechtfertigt erscheint. Das Personal glaubt auch an die vorgeschobenen Hindernisse nicht, es ist über die Verschleppung tief erregt, und wird sich eben sein Recht auf einem anderen Wege holen, wenn es auf dem bisher betretenen Wege nicht möglich ist. Es liegt jedenfalls auch im Interesse der Kaschau-Oderberger Bahn, schleunigst Ordnung zu machen und die nur zu berechtigten Wünsche sofort zu erfüllen. Die Organisation wird dem Personal treu zur Seite stehen und wir hoffen, daß es uns gelingt, den Herren in Budapest die notwendige Einsicht für rasches Handeln beizubringen. A. M.

Inland.

Franz Silberer.

Wie erinnerlich unternahm anfangs Jänner l. J. Abgeordneter Genosse Silberer eine Skitour in die Salzburger Berge, von wo er nicht mehr zurückgekehrt ist, so daß es für jedermann klar war, daß Silberer ein Opfer der vielen alpinen Unfälle geworden war. Nunmehr wurde auch die Leiche des Genossen Franz Silberer, nachdem vorher schon wiederholt von größeren und kleineren Expeditionen der Gendarmen vergeblich abgesehen worden war,

am 3. Juni um 8 Uhr früh von den Genossen Jakob Dürnberger und Johann Bernhardt aus Saalfelden aufgefunden. Der Leichnam wurde in einem Ninnfal in hockender Stellung, an einen Baumstumpf gelehnt, von Bernhardt entdeckt. Silberers Skier waren zehn Meter weit entfernt und zusammengeknallt, außer Gebrauch. Der Verunglückte hat die Kammhöhe, das sogenannte Grünkar, von Thumersbach überschritten. Er ist zweifellos erfroren und dann im Schnee begraben worden.

Die Verunglückung des Genossen Silberer, die von seiten unseres Zentralorgans »Arbeiter-Zeitung« in einer geradezu jeden berechtigten Zweifel ausschließenden Art und Weise dargelegt worden ist, ist von den Christlichsozialen zur Leichenschändung benützt worden. An der Spitze dieser niedrigsten Verdächtigungskompagnie wider einen toten Sozialdemokraten stand — die »Reichspost«, ein Blatt, das man ganz ruhig in die Kategorie der Schmutzpresse System Schmutz und Konferten einreihen kann. Der »Chefredakteur« dieses abscheulichsten Erzeugnisses der verlotterten und verkommenen Schund- und Schandpresse — Herr Funder — hat sich für sein Lebenlang mit dieser Schurkentaat vor den Augen aller anständig denkenden Menschen selbst gebrandmarkt. Von Herrn Funder ging die Leichenschändung aus; dann ging sie auf den christlichsozialen Abgeordneten für Rumburg, den Anton Terzabek, gewesenen Regimentsarzt I. Klasse, über, der von dem Leichnam Silberers als einem »Kadaver« sprach, um endlich tief unten beim Viehshlafweg anzugelangen, der, gleich dem Funder, die Leichenschändung bis in die letzten Tage der Vorwoche betrieb.

Man wird den verkommenen Subjekten, die meinen, daß sie »bessere Menschen« sind, gelegentlich ihre maßlose Lumperei den Sozialdemokraten gegenüber schon heimzahlen. Welche Bückstimmung sie ob dieser Leichenschändung verdienen, darüber sind sie sich sicher klar. Mit Worten allein ließe sich die Sache, dürfte man ganz gerecht sein, nicht erledigen. Aber einen sozialdemokratischen Fußtritt sind die Schandkerle, die mit dem toten Silberer Wahlagitatorien trieben, wohl kaum wert.

Eine Parlamentskrije?

Im Abgeordnetenhaus stimmt es wieder einmal ganz und gar nicht. Große Arbeiten, so das Budget, das Wassertragengesetz, die Staatsangestelltenvorlage einschließlich der Dienstpragmatik, die Finanzgesetze, die Wehrreform, dann noch eine lange Reihe kleinerer Vorlagen sollten nach dem ursprünglichen Arbeitsplan vor den Sommerferien erledigt werden. Heute ist die Regierung froh, wenn sie statt des Budgets das Budgetprovisorium, statt des Wehrgesetzes das alte Rekrutenkontingent bewilligt erhält. Erledigt wird wahrscheinlich noch die Dienstpragmatik werden, alle anderen Vorlagen aber werden, teils zur Freude, teils zum Leidwesen der Regierung, auf den Herbst zurückgestellt.

Wir Sozialdemokraten sind an der Erledigung der Staatsnotwendigkeiten nicht interessiert und können es leicht ertragen, wenn die Wehrreform, die dem Volk erhöhte neue Blutopfer, wenn die Finanzreform, die dem Volk wahnwitzige neue Steuern bringen soll, noch lange Jahre beraten werden und unerledigt bleiben. Nicht so gleichgültig ist uns aber die Arbeitsfähigkeit des Parlaments an sich, denn unter seiner Arbeitsfähigkeit leidet die sozialpolitische Gesetzgebung, leidet das Wirtschaftsleben und leidet die Arbeiterchaft. Nicht gleichgültig kann es uns sein, ob ein starkes oder ein schwaches Parlament der Regierung gegenübersteht. Unser Parlament hat keine, wenigstens keine bahnbrechende Kraft, es wird fast täglich von Fieberschauern geschüttelt; bald bedroht die eine, bald die andere Gruppe seine Arbeitsfähigkeit — es ist das treue Spiegelbild des Staates, der an der Inferiorität seiner bürgerlichen Parteien und der Unfähigkeit seiner Regierungen immer tiefer in den Sumpf gerät, in dem er, wenn es so fortgeht, unfehlbar erstickt muß.

Was ist das Gemmis der Arbeitsfähigkeit des Parlaments? Die mangelnde Majorität! Und was hindert die bürgerlichen Parteien, eine Majorität zu bilden und die Regierung zu ergreifen? Der nationale Streit! An diesem Streit, der allmählich in eine Hysterie ausartet, geht Oesterreich zugrunde; er forumpiert das öffentliche Leben, züchtet die Arroganz der Regierung, die wieder lähmend auf die Arbeiten des Parlaments wirkt; er unterbindet die wirtschaftliche Entwicklung! Das politische Demagogentum, das die christlichsoziale Partei verkörpert und nun im Deutschen Nationalverband sich breit macht, konnte nur geheißen, weil einem großen Teil der Bevölkerung durch den jahrzehntelangen nationalen Kampf das Verständnis für realpolitische Fragen völlig abhanden gekommen ist.

Einen neuen nationalen Differenzpunkt bildet jetzt auch die Frage der Errichtung einer ruthenischen Universität, beziehungsweise die Fixierung des Textes für das bezügliche kaiserliche Handschreiben. Die Konferenz, die in dieser Angelegenheit zwischen dem Obmann des Ruthenenklubs Dr. Konstantin Lewicki und dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh kürzlich stattgefunden hat, verlief resultatlos.

Die Ruthenen gaben nun ihrer Mißstimmung dadurch Ausdruck, daß sie der montägigen Sitzung des Budgetausschusses, in welcher die Beratung des Budgetprovisoriums fortgesetzt werden sollte, fernblieben, so daß infolge Beschlussunfähigkeit die Sitzung nicht abgehalten werden konnte.

Diese Vorgänge im Budgetausschuß gaben den Anlaß zu allerlei Krisengerüchten. Es wurde vielfach behauptet, daß eine Ausgleichung der schwebenden Differenzpunkte zwischen Ruthenen und Polen in dem gegenwärtigen Zeitpunkt unwahrscheinlich sei und die Ruthenen daher bei der Obstruktionstaktik verharren und die rechtzeitige Erledigung des Budgetprovisoriums vereiteln würden. Die Folge dieser »Taktik« wäre alsdann die Vertagung des Hauses und die Aktivierung des § 14.

Wozu Militär notwendig ist.

In einem Leitartikel über die Budapester Demonstrationen schrieb das Blatt der österreichischen Hochfinanz, die »Neue Freie Presse«:

Die aufrührerischen Szenen, die Budapest in Schrecken versetzten und die alle Bande der Ordnung zu sprengen

drohten, haben den beruhigenden Wert einer starken Garnison deutlich veranschaulicht. In der großen Stadt waren nicht genug ständige Truppen und man mußte schleunigst Soldaten aus der Provinz nach der Hauptstadt beordern. Wer wollte da noch länger die Verantwortung auf sich nehmen, daß die Monarchie in Stunden der Entscheidung unter dem Mangel verfügbarer Regimenter leide, so wie Budapest am Donnerstag dafür büßen mußte, daß die Kräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht ausreichten.

Womit in aller Form gesagt ist: wir brauchen mehr Militär, um gegebenenfalls auf das hungernde Volk knallen zu können. Nun wird man begreifen, warum die großen Ausbeuter, die Bourgeoisie überhaupt, eine so überpatriotische und militärfrome Gesinnung an den Tag legt und fortwährend nach neuen Rüstungen schreit.

Gewerkschaftliche Forderungen.

In der Juninummer des »Kampf« schreibt Genosse Dr. Adolf Braun unter diesem Titel über taktische Fragen im Gewerkschaftskampfe. Was Braun dort über das, was von Mitgliedern der Gewerkschaften zuweilen als Forderung aufgestellt wird, und das, was als das Erreichbare angesehen werden kann, sagt, sollte von allen Arbeitern, insbesondere aber von vielen Eisenbahnern, sorgfältig gelesen und beherzigt werden, Genosse Braun schreibt:

Ueber Art und Höhe der Forderungen ist Einigkeit oft nicht leicht herbeizuführen. Es ist selbstverständlich, daß sich das Wünschen, wenn man nur unter Wünschen ist, leicht ins Nebelhafte verlieren kann. Freilich ist es sehr traurig, daß man viele Forderungen als nebelhaft bezeichnen muß, sie sind oft sehr bescheiden, wenn man die erstrebte Lebenshaltung mißt an den Lebensgewohnheiten der ökonomisch besser gestellten Gesellschaftsschichten. Aber nebelhaft können diese Forderungen doch sein, weil sie — bei aller tatsächlichen Bescheidenheit — zu weit entfernt sind von den bisherigen Arbeitsbedingungen, so daß sie, so wünschenswert diese wäre, doch vorerst nicht durchgeführt werden können, bevor nicht einige weitere Errungenschaften vorangegangen sind. Bei der Feststellung der Forderungen wird nur zu häufig — was psychologisch und auch moralisch durchaus begreiflich ist — festgestellt, was die Arbeiter wünschen; es werden aber die leider in erster Reihe notwendigen Machtfragen und die ökonomische Erwägung unterlassen oder in den Hintergrund gedrängt, ob die Forderungen auch im Augenblick schon durchgeführt werden können. Nur zu oft wird unterlassen die Prüfung der Machtverhältnisse, der Entfernung vom gesetzten Ziel und der Erfolgsmöglichkeit, oft wird auch unterlassen die Unterscheidung von friedlich oder bloß im Kampf Erreichbarem und auch des im gegenwärtigen Augenblick auch nach der zähesten Anstrengung nicht Erreichbarem. Sie und da wird beim Aufstellen der Forderungen unterlassen, die Schwierigkeiten zu berücksichtigen, die der Verwirklichung der Forderungen entgegenstehen. Bei dieser die tatsächlichen Machtverhältnisse außer Acht lassenden Methode spielt die Absicht mit, mit schärferen agitatorischen Mitteln auf die Arbeiter, die zur Arbeitseinstellung veranlaßt werden sollen, zu wirken. Man geht hier und dort von der nicht allzu glücklichen Erwägung aus, daß man die Arbeiter, die man zum Kampf führen will, auf das theoretisch Wünschbare und nicht auf das unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch nur mit aller Kraft Erreichbare verpflichten soll. So mancher denkt eben da bloß an das, was der heutige Tag zu leisten hat und überlegt nicht, daß diese Taktik unbedingt zu Enttäuschungen und zu einer zu geringen Wertung künftig zu stellender Forderungen führen muß. Diese Methode kann zu einer Schädigung des Ansehens der gewerkschaftlichen Organisation überhaupt führen, sie hat vielleicht — glücklicherweise bisher nur in geringem Maße — diese Folge schon gezeitigt. Vielleicht hängt die Fluktuation der Gewerkschaften damit auch etwas zusammen. Die Arbeiter können mühsam werden, weil das, was ihnen in den ersten Tagen des Kampfes als das unbedingt Notwendige bezeichnet wurde, nach Wochen schweren Kampfes als nicht durchsetzbar nachgewiesen wird. Mit aller Energie muß den streikenden Arbeitern dann nahegelegt werden, daß sie sich mit weniger zufriedengestellt erklären sollen, als ihnen bei Aufstellung der Forderung als das unbedingt zu Erzwingende bezeichnet wurde.

Nicht selten werden auch im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern für den Augenblick überspannte Forderungen gestellt, weil die Unternehmer gewohnt sind, immer weniger zu bieten als die Arbeiter fordern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Methode des Handlens und Heilschens, die die Unternehmer pflegen, die Arbeiter und ihre Vertreter nötigt, ihre Forderungen höher zu schrauben, als dies ernstlich beabsichtigt wird. So kommt ein ungesund, sagen wir es offen, ein unvolles Moment — vor allem durch die Unternehmer und durch die Sekretäre ihrer Organisationen — in den gewerkschaftlichen Kampf, das in gleicher Weise Unternehmer wie Arbeiter stört, die Dauer der Kämpfe werden erhöht, während leider das Gefühl des Triumphes über die Errungenschaften nicht in ungetriebener Reinheit in Erscheinung treten kann. Deshalb wirken die erfolgreichen Kämpfe der Gewerkschaften nicht mit der vollen agitatorischen Kraft, ihre Erfolge wirken viel zu wenig begeisternd. So manche überaus bedeutungsvolle Errungenschaft hat die Organisation nicht, wie man erwarten mußte, gewaltig gestärkt, sondern nicht selten einen gewissen Mißmut bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hervorgerufen. Die Arbeiter messen nur zu oft nach abgeschlossener Kampf ihre Triumphe nicht an den bisherigen Arbeitsbedingungen, sondern an den Forderungen, die an die Verbandsleitung geleitet wurden und von dieser beschnitten werden mußten und die dann den Unternehmern schon verringert überreicht wurden, aber noch immer bei den augenblicklichen Machtverhältnissen nicht vollkommen durchgesetzt werden konnten.

Um so ungünstiger werden die Errungenschaften — gemessen an den Forderungen — erscheinen, je länger der Kampf gedauert hat, nicht selten steht aber die Länge des Kampfes in einem ursächlichen Verhältnis mit der Unmöglichkeit, die aufgestellten Forderungen restlos durchzusetzen. Die lange Dauer des Kampfes erschwert die Verhandlungen, steigert die Kriegskosten der Verbände außerdem noch die schwer empfundenen Opfer, die jeder im Kampfe Stehende bringen muß. Die steigende Erbitterung läßt häufig Unternehmer wie Arbeiter den Augenblick verpassen, der eine Einigung möglich machen würde. Forderungen, die an sich zwar durchaus gerecht sind, zum Zeitpunkt des Kampfes aber noch nicht durchsetzbar sind, verlängern oft die Dauer des Kampfes weit über das notwendige Maß, machen sie und da den Friedensschluß unmöglich und schaffen oft nachhaltige Einbußen an gewerkschaftlicher Macht und Ansehen, sie führen dann zur Minderung des Vertrauens der Arbeiter in die gewerkschaftlichen Organisationen. Das nicht genügende Ueberlegen bei der Aufstellung der Forderungen hat in vereinzelt Fällen die unerwartete und für unmöglich gehaltene Folge gehabt, daß manche Betriebe und ihre Arbeiter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen auch lange Zeit völlig entzogen wurden.

**Erhöhung des exekutionsfreien Betrages von Dienst- und Lohnbezüge.**

Am 31. Mai wurde das am 17. Mai 1912 vom Kaiser sanktionierte Gesetz über die Erhöhung des exekutionsfreien Betrages von Dienst- und Lohnbezüge, Neugebungen z. veröffentlicht. Das Gesetz tritt am 31. September 1912 in Kraft. Durch dasselbe wird das Minimum der exekutionsfreien Dienst- und Lohnbezüge von 1600 auf 2000 Kr. erhöht.

**Ausland.**

**Der Papst gegen die christlichen Gewerkschaften.**

Der 15. Delegiertentag des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin), der zur Pfingsten in Berlin stattfand, hat für die Geschichte der außerhalb der modernen proletarischen Bewegung stehenden Arbeiterverbände durch eine Rundgebung des Papstes besondere Bedeutung erlangt. In dieser Rundgebung spricht der Papst den Wunsch aus, daß sich die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften auflösen und ihren katholischen Mitgliederbestand den katholischen Arbeitervereinen angliedern mögen. Der Papst begnügt sich also nicht mit den weitgehenden Konzeptionen, die die christlichen Gewerkschaften der streng katholischen, ultrareaktionären Richtung gemacht haben, er fordert ihre lückenlose Konfessionalisierung und Merikalisierung.

Die Rundgebung, die Pius X. an den Vertreter der katholischen Arbeitervereine, den Pfarrer Beyer, richtete, hat folgenden Wortlaut:

Ich kenne eure Grundsätze und eure Bestrebungen und besonders auch die Differenzen zwischen eurer Organisation und andern. Euch liebe ich, Euch billige ich, und Euch erkenne ich an, und mit allen Kräften strebe ich an, daß alle eure Grundsätze sich zu eigen machen mögen. Die andern billige ich nicht; ich verdamme sie nicht; denn es ist nicht meine Sache, zu verdammen; jedoch ihre Grundsätze, welche falsch sind, kann ich nicht anerkennen.

Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt, so müssen sich daraus traurige Folgen ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, zum Beispiel von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Unkonfessionalismus, das heißt zur Vergewaltigung aller Religion auf schnellstem Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.

Man kann auch nicht das Individuum, das einzelne Mitglied, von der Organisation trennen, so daß man sagt, die einzelnen Mitglieder unterstehen zwar der Autorität der Kirche, nicht aber die Organisation als solche; das ist ganz unrichtig, unhaltbar und unbenutzbar. Die Kirche hat auch den Organisationen zu gebieten.

Sage Deinen Freunden und den lieben Arbeitern: Der Heilige Vater billigt ihre Bestrebungen in allem und stimmt mit Euch überein und hilft mit Euch und wünscht lebhaft, daß alle anderen Arbeiterorganisationen mit Euch übereinstimmen sollen. Ich will, daß Du allen Präziden und Mitgliedern sagest: der Papst erteile ihnen aus ganzem Herzen seinen Segen und bitte sie, daß sie auf dieselbe Weise wie bisher fortfahren mögen, nicht allein für das irdische, sondern auch für das geistliche Wohl der Arbeiter zu wirken.

Daß der Papst mit den „andern“ Organisationen nicht die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften meint, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Denn zwischen den Auffassungen dieser Gewerkschaften und jenen des Papstes gibt es keinen gemeinsamen Boden der Diskussion. Die „andern Organisationen“ sind die christlichen Gewerkschaften, gegen sie richten sich die scharf zuspitzten polemischen Wendungen des päpstlichen Erlasses. Das wird um so klarer, wenn man zum genaueren Verständnis auch den Text der Adresse heranzieht, die die katholischen Arbeitervereine an den Papst erlassen haben und als deren Beantwortung sich der neueste Papstlerlaß darstellt.

**Der Eisenbahnerstreik in Spanien beendet.**

Die andalusischen Eisenbahnen bewilligten die von ihren Angestellten geforderte Auflösung der Pensionskassen, womit der Streik beendet ist.

**Die Organisationsfähigkeit der englischen Eisenbahner im Jahre 1911.**

Die mächtigste Organisation der englischen Eisenbahner, die „Amalgamated Society of Railway Servants“, hat 1911 einen Aufschwung zu verzeichnen gehabt, der besonders hinsichtlich der gewonnenen Mitgliederzahl ein bisher unerreichter ist. Der vierzigste Jahres-

bericht der genannten Organisation ermittelt nämlich zu Ende des Jahres 1911 eine Mitgliederzahl von 116.516 gegenüber 75.153 im Jahre 1910; es ist dies eine Zunahme um 41.363. Auf England und Wales sowie Irland und Schottland entfallen davon 38.698, beziehungsweise 701 und 2964 neue Mitglieder. Der enorme Mitgliederzuwachs brachte eine Zunahme der Ortsgruppen und Zahlstellen mit sich, deren Zahl sich mit Ende 1910 auf 768 belief. Das Einkommen betrug in 1911 rund 110.344 Pfund Sterling, im Jahre 1910 nur 91.572 Pfund Sterling, was eine Vermehrung des Einkommens um 18.771 Pfund Sterling bedeutet. An Beitrittsgebühren wurden im Berichtsjahre 2864 gegen 619 Pfund Sterling im Jahre 1910 eingenommen; die Mitgliedsbeiträge beliefen sich auf 77.917 Pfund Sterling gegen 66.693 in 1910; es ergibt sich hier somit ein Plus von 11.224 Pfund Sterling. Die Gesamtausgaben des Berichtsjahres stellten sich auf 114.403 gegen 79.664 Pfund Sterling des Vorjahres oder um 34.739 Pfund Sterling höher. An Streikkosten allein erwachsen der Organisation mehr als 30.000 Pfund Sterling. Die Rechtschutzangelegenheiten erforderten 7269 Pfund Sterling, im Jahre 1910 jedoch 15.154 Pfund Sterling, was einer Verminderung um 7885 Pfund Sterling gleichkommt. Eine beträchtliche Vermehrung erfuhren die Arbeitslosen- und Maßregelungsunterstützungen. Es wurden hierfür 10.560 gegen 8792 Pfund Sterling im Jahre 1910 ausgegeben. Streiks in anderen Gewerben, welche jedoch die Arbeitslosigkeit von Organisationsmitgliedern herbeiführten, erforderten noch 3448 Pfund Sterling. Der Waisenfonds zeigte nahezu die gleiche Einnahme wie im Vorjahre, nämlich 14.691 beziehungsweise 14.707 Pfund Sterling, die ausbezahlten Unterstützungen betragen 9641 Pfund Sterling gegen 9719 Pfund Sterling im Vorjahre. Ein Betrag von 10.066 Pfund Sterling wurde ferner noch für verstorbene oder invalide Mitglieder aufgewendet; im Jahre 1910 belief sich die Summe für den gleichen Zweck auf 8941 Pfund Sterling. Die Zahl der Bezieher belief sich auf 750 im Berichtsjahre und auf 679 im Vorjahre. Der Krankenunterstützungskasse sind während des Jahres 1911 143 Mitglieder neu beigetreten; die Einnahmen der Kasse beliefen sich auf 2930 gegen 2844 Pfund Sterling in 1910. Der gesamte Vermögensstand der Organisation belief sich endlich zu Ende des Jahres 1911 auf 437.121 Pfund Sterling gegenüber 441.181 Pfund Sterling zu Ende 1910, was einer Verminderung um 4059 Pfund Sterling zukommt, die den Streiks des Berichtsjahres zuzuschreiben ist. Mit Genugtuung wird im Bericht noch bemerkt, daß im Jahre 1911 den englischen Eisenbahnern zum erstenmal Gelegenheit gegeben war, an einem allgemeinen Streik teilzunehmen, und so der Öffentlichkeit ein Begriff von der wirtschaftlichen Macht der Eisenbahnerorganisationen beigebracht wurde.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Eisenbahnunfall in Ruffstein.** Aus Ruffstein schreibt man uns: Unsere Mitglieder Kaman, Pirchmojer, Griesser und Anewanter hatten am 11. April 1912 einen längeren lokalen Vershub in der Station Ruffstein durchzuführen.

Schließlich waren 17 Waggons auf das Auszugsgleise zu bringen. Infolge mangelnder Verbindung mit der schiebenden Lokomotive liefen dort 12 Wagen gegen den Abschlußsegel und zwei davon wurden über diesen hinausgebrängt. Angeklagt beim Bezirksgericht Ruffstein wurden der Oberverchieber Kaman und die Verchieber Pirchmojer und Anewanter, denen zur Last gelegt wurde, daß durch übersehene Kuppelung der Unfall verschuldet und infolge der durch die rollenden Wagen eingetretenen Verlegung des Hauptgleises eine Gefahr für den fälligen Schnellzug herbeigeführt wurde.

Bei der Verhandlung am 14. Mai wurde durch die von dem Verteidiger Dr. Gruener geführten Zeugen festgestellt, daß die Waggons gekuppelt gewesen und eine Selbstentkuppelung eingetreten sein muß.

Der Sachverständige Herr Oberinspektor Sidisch erklärte nach der Sachlage den Unfall auf den seltenen Fall einer Selbstentkuppelung zurückführen zu müssen, worauf der Richter sämtliche Angeklagten mit besonderer Hervorhebung, daß Kaman rasch entschlossen dem Schnellzug entgegengeeilt und diesen zum Stehen gebracht, freisprach.

Die Berufung des staatsanwaltschaftlichen Funktionärs wurde später von der Staatsanwaltschaft zurückgezogen.

**Eingegangene Verleumder.** Aus Lundenburg wird uns geschrieben: In den drei Ehrenbeleidigungsfällen, welche im Verlauf der letzten Zeit beim hiesigen Bezirksgericht zwischen unseren Genossen und deren deutschgelben Gegnern durchgeführt wurden, spielten die letzteren ohne Ausnahme eine wenig beneidenswerte Rolle, da sie weder als Kläger noch als Angeklagte Glück hatten, und stets den verdienten Lohn im Gerichtssaal erhielten.

Als erster bot Genosse Lokomotivführer Pabst dem Lokomotivführer Strnadl Gelegenheit, die gegen ihn erhobenen Anwürfe im Gerichtssaal zu beweisen, um damit einem oft geäußerten Wunsch desselben entgegenzukommen. Resultat der Verhandlung: Ein schmählicher Versuch des Strnadl, durch Zeugen auszufleusen und Verurteilung desselben zu 30 Kr. Geldstrafe oder drei Tagen Arrest.

Als zweiter hatte sich Kondukteur Genosse Sobah als Angeklagter wider die vom Kameraden Kondukteur Gottwald gegen ihn erhobene Anklage zu verantworten. Das Resultat der Verhandlung war: Freispruch des Angeklagten und moralische Verurteilung des Klägers. Hierzu wollen wir bemerken, daß die hiesigen Bediensteten auf das weitere Verhalten der Nordbahndirektion in dieser Angelegenheit besonders neugierig sind.

Als dritter hat Genosse Lokomotivführer Trawniezel dem Lokomotivführer Kameraden Kuch aus Brünn Gelegenheit, die von ihm erhobenen Anwürfe im Gerichtssaal zu beweisen. Resultat der Verhandlung: Ein schmählicher Rückzug des Beklagten, indem er erklärte, nicht den Lokomotivführer Trawniezel, sondern einen ganz anderen, nicht existierenden Trawniezel gemeint zu haben. Urteil: 50 Kr. Geldstrafe oder fünf Tage Arrest.

Solche Siege erringen die Mitglieder der Ortsgruppe Lundenburg des Reichsbundes deutscher Eisenbahner im Gerichtssaal, und läßt sich hieraus ein Schluß über die Qualität der Mitglieder dieser Ortsgruppe ziehen.

Solche Niederlagen unserer Gegner (als unerreichte Kunstler im Entstellen, werden sie vielleicht sogar Siege daraus

\*) 1 Pfund Sterling = 24 Kr.

machen) können uns nicht schaden, da sie nur geeignet sind, unsere hiesigen Mitbediensteten darüber aufzuklären, aus was die Tätigkeit der Reichsbundleute in Lundenburg besteht, nämlich aus Verleumden und Schabracken und wenn sie hiesig verantwortlich gemacht werden, ableugnen.

**Wieder einer.** (Bezirksgericht Liegen.) Wie wir bereits vor einigen Wochen mitteilten, äußerte sich in einem Gasthaus in Admont der Borarbeiter Geribert Reich, daß wir die Beiträge unserer Mitglieder zu Vergnügungsreisen verwenden und es schade um das Geld ist, was unsere Genossen einzahlen. Wegen obiger Äußerung wurde Geribert Reich von unseren Genossen beim k. k. Bezirksgericht Liegen wegen Ehrenbeleidigung angeklagt und zu zwölf Tagen Arrest verurteilt. Gegen dieses Urteil meldete Reich beim k. k. Kreisgericht Leoben die Berufung an. Bei der hierüber stattgefundenen Verhandlung wurde die Strafe auf fünf Tage Arrest herabgesetzt. Nun wird sich's Herr Reich hoffentlich überlegen, wieder ähnliche Albernheiten zu schwätzen.

**Streiflichter.**

**Probationsfondswahlen bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn.** Bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn finden im Laufe dieses Monats wieder die Wahlen der Ausschüsse in die Abteilungen A und B der Probationsfonds statt. Wir wollen heute nicht untersuchen, was Wahlen bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn überhaupt bedeuten, es ist dies ein Kapitel für sich. Es soll vielmehr heute unsere Aufgabe sein, die Tätigkeit dieser jeweiligen Ausschüsse etwas näher zu beleuchten. Vor drei Jahren war es das erste Mal, daß sich außer den Direktionskandidaten und Reichsbundlern auch unsere Genossen um diese Mandate bewarben. Der Reichsbund konnte damals wie gewöhnlich den Mund nicht voll genug nehmen. In Flugblättern wurden Reformen versprochen; man hätte meinen müssen, wenn die Reichsbundler gewählt werden, so wird das ganze Institut auf den Kopf gestellt werden. Als dann die Kandidatenliste erschien, wurden 6 Beamte, 1 Unterbeamter und 1 Diener zur Wahl empfohlen. Für etwas über 400 Beamte 6, für 866 Unterbeamte 1 und für 1767 Diener ebenfalls 1 Mandat. Der Wahllapparat bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn funktioniert bekanntlich gut, und so wurden die Reichsbundler gewählt. Die streng verrechenbaren Drucksorten werden doch nicht so streng genommen. Die Wahlleiter brauchen nur etwas mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmzettel vernichten, durch andere im Tischkasten liegende ersetzen, und die Majorität ist zweifellos fertig. Herr Pawelka aus Wien könnte hier noch lernen. Nach den Wahlen schrieb einige deutschsprachige Blätter über einen großen Sieg über die Sozialdemokraten. Wenn auch damals die Direktion in letzter Stunde pro forma eigene Kandidaten aufstellte, so wird es wohl der Reichsbund besser wissen wie wir, daß dieses nichts anderes war, als ein schlaues Manöver, um die Sozialdemokraten zu Fall zu bringen. Dieses bestätigt auch die dann darauf erfolgte Gründung des gelben Beamtenvereines, wo dieselben Kandidaten, die Gründer desselben sind, und die Kanossagänge der Herren Eberl, Richter u. s. w. Wenn zugunsten der Mitglieder des Probationsfonds die kleinste Verbesserung verlangt wurde, so wurden die finanztechnischen Rechnungen in Betracht gezogen, auf Grund dieser der Fonds sich nicht mehr belasten lasse. Als man aber den 24 Beamten, welche wo anders im Dienste waren, 240/100 Jahre gekent hat, da spielte diese Berechnung gewiß keine Rolle. So hat man dem früheren Direktor Kosch 26, dem jetzigen Oberinspektor Jonasz 20, dem Herrn Sonnenburg 18 Jahre gekent. Herr Dr. Stradal war Abtaturkongzipist, ebenso Herr Dr. Wisgrill, Dr. Wurmann war bei der Post, aber allen diesen Herren schenkte man die Jahre, während dem eigenen Personal die bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn faktisch zugebrachten Jahre nicht eingerechnet wurden. Ein weiteres Kapitel betrifft die Pensionierungen. Während bei anderen Bahnen der Probationsfonds zum Segen gereicht, hat sich derselbe bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn in eine Strafanstalt umgewandelt. Wer sich von dem definitiven Personal muß, wird pensioniert. Man hat in letzter Zeit Bedienstete pensioniert, die kaum 38 Jahre alt sind. Bedienstete, welche kräftig und rüstig sind und nicht nur noch Dienst machen könnten, sondern noch Dienst machen wollten. Hier hätte der Ausschuß Gelegenheit gehabt, zu zeigen, was er kann. Es liegt doch nicht im Interesse des Fonds, daß man diesen durch das frühzeitige Pensionieren der Mitglieder schwer schädigt. Alles dieses hat aber der Ausschuß gutgeheißen. Mit Zustimmung des Ausschusses, hieß es in einem Zirkular, wird vom 1. Jänner 1912 für das Lokomotiv- und Zugpersonal die anderthalbfache Anrechnung im Fonds B eingeführt. Während bei anderen Bahnen die Ausschussmitglieder ihre Wähler zur Beratung in Versammlungen einladen, wenn eine Neuerung eingeführt werden soll, welche die Mitglieder belastet, ist bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn das Gegenteil zu verzeichnen. Die anderthalbfache Anrechnung ist gewiß schon eine alte Forderung. Aber bei der Einführung sollte man doch auch Rücksicht nehmen auf die alten Mitglieder. Das hat man natürlich nicht getan, und heute müssen die alten Mitglieder zwar die erhöhten Beiträge zahlen, können aber erst in 3 bis 4 Jahren von der anderthalbfachen Anrechnung einen Nutzen haben. Hat bei dieser Zustimmung der Ausschuß an diese Folgen gedacht? Wenn ja, dann mußte er Einspruch dagegen erheben, und hat er einen Einspruch nicht erhoben, dann war er eben zu feig dazu. Hat aber der Ausschuß an dieses nicht gedacht, dann allerdings war man zumindest unbeholfen. Dieses sind so ziemlich die Vorbeeren, welche sich der abtretende Ausschuß geholt hat. Wahrlich wenig genug. Zur Wahl selbst hätten wir nur zu bemerken, daß wir keine Kandidaten aufstellen werden. Jeder vernünftig denkende Bedienstete wird sich seiner Stimmenabgabe enthalten, oder Leere Stimmzettel abgeben. Traurig genug, wenn man Gefahr laufen müßte, auf die Kandidaten, welche von uns aufgestellt würden, die blinde Verfolgungsmut des Herrn Enderes loszulassen. Für uns hat jede Wahl bei der Aufsig-Teplitzer Eisenbahn schon Opfer gefordert, und darum muß jeder ehrlich denkende Eisenbahner diesen Beschluß gutheißen.

**Von der Aspangbahn.** (Die Zustände im Heizhaus.) Die Verhältnisse in unserem Heizhaus spizen sich immer mehr zu. Die Arbeit häuft sich von Tag zu Tag mehr an und die Anfangslöhne werden statt höher immer niedriger. Trotzdem man wiederholt unseren Vertrauensmännern versichert, daß nur Leute mit Kr. 3.20 aufgenommen werden, werden jetzt nur 3 Kr. Anfangslohn gezahlt. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Schloffer um solche Schandlöhne arbeiten, und es ist dies auch nur darauf zurückzuführen, daß sie von der Heizhausleitung mit allerlei Versprechungen hiezu bewegen werden. Man verspricht diesen zunächst die Quartiergelzulage von 10 Kr. nach einem Jahr, welche aber keiner erreicht, weil keiner das Arbeitsverhältnis so lange aushält. Dann verspricht man jedem, er werde in einigen Wochen zum Heizerdienst herangezogen. Auf diese Versprechungen fällt so mancher hinein. Bis er dann sein bißchen Erspartes aufgebraucht hat und er gezwungen ist, von den 3 Kr. Lohn zu leben und Quartier zu bezahlen, sagt jeder der Aspangbahn Bedewohl. Das zeigte sich besonders im heurigen Jahr, in welchem bei einem Stand von 24 Schloffern durch den ewigen Wechsel nur mehr vier alte Arbeiter übriggeblieben sind. Täglich schickt man drei bis vier Mann zum Arzt und den nächsten Tag laufen wieder zwei bis drei Mann weg. Jeder Fachmann kann sich da einen Begriff davon machen, was für eine Arbeit

da geleistet wird. Nun zu den vorerwähnten Versprechungen. Daß einer von diesen armen Teufeln drei bis vier Wochen ausgehalten und das Glück, als Heizer abgerichtet zu werden, dann beginnt erst seine wahre Lebenszeit. Vorerst muß er drei Wochen in der Abrichtung fahren. Bei einer durchschnittlichen Dienstleistung von zwölf Stunden verdient er, sage und schreibe Kr. 2-80 ohne jedweden Nebenverdienst. Nach der Abrichtung wird er als Heizer eingeteilt, wo er dann erst nach sechs Wochen den ersten Nebenverdienst bekommt, zirka 30 Kr. Kilometergeld und 1 bis 2 Kr. Ersparnisprämien. Wie einer da leben soll, das soll die Heizhausleitung gefälligst erklären. Die Folge davon ist, daß, wie es heuer schon vorgekommen ist, die Leute die Maschinen ganz einfach stehen lassen und davonlaufen. Wir erlauben uns noch eine löbliche Heizhausleitung zu fragen, wo da die geflüchtete Kazaris und die Sicherheit des Verkehrs bleibt. Denn bei der Ungeheuerlichkeit des Personals wäre es kein Wunder, wenn Unfälle passieren würden. Wir erwarten daher von der Heizhausleitung, daß diese Uebelstände ehestens abgeschafft werden.

**Die Lohnbewegung der Stations-, Magazins- und Oberbahnarbeiter der Südbahn.** Als kürzlich die Lohnaufbesserungen unter unangestelltem Personal der Südbahn von den einzelnen Dienstabteilungen bekanntgegeben wurden, machte sich sofort unter den Arbeitern eine Erregung bemerkbar, und es wurden auch von verschiedenen Seiten Versammlungen verlangt. Die Ortsgruppe Graz I kam diesem Wunsche nach und hat am Pfingstsonntag den 26. und Montag den 27. April in den Stationen Peggau, Deutsch-Feistritz, Leibnitz, Deutsch-Landsberg und Voitsberg je eine Eisenbahnerversammlung einberufen, zu der die Stations-, Magazins- und insbesondere die Bahnerhaltungsarbeiter aus allen nächstgelegenen Stationen massenhaft erschienen waren. Im Laufe der Versammlungen kam der Anmut gegen die 10 Kr. Aufbesserung sehr deutlich zum Ausdruck, und es war nur dem Eingreifen der Referenten zu danken, daß die Arbeiter sich beruhigen ließen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 26. und 27. Mai in Peggau, Deutsch-Feistritz, Deutsch-Landsberg, Voitsberg und Leibnitz tagenden, massenhaft besuchten Versammlungen der Eisenbahner erklären, daß die von der Verwaltung der Südbahn im Monat Mai 1912 bekanntgegebene Lohnaufbesserung für Arbeiter nicht im entferntesten dazu angetan ist, die gegenwärtige prekäre Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Versammelten bedauern, daß die Verwaltung der Südbahn das fertiggestellte Elaborat nicht vor der Publikation dem gesamten Zentralarbeitsrat zur Einsicht vorgelegt hat, um gegen die vorhandenen Mängel Stellung nehmen zu können. Die versammelten Arbeiter verlangen daher die ehestigste Einberufung des Zentralarbeitsrates, um eine gerechte und den herrschenden Verhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung zu erzielen.“

**Ein Bahnwächter vom Schnellzug getötet.** In Bömmerle bei Auffig wurde der 44 Jahre alte Bahnwächter Friedrich Steppan, auf seinem Posten stehend, vom Schnellzug getötet. Steppan dürfte den Zug nicht bekommen gehört haben; er wurde von ihm erfasst und, wie ein Arbeiter sah, in großem weiten Bogen, sich in der Luft mehreremal überschlagend, in ein nahe Gebüsch geschleudert.

**Kasernenleben bei der Südbahn in Bozen.** Zu wiederholtenmalen führte das Bozener, Innsbrucker und Kuffsteiner Fahrpersonal Klage über die Katernen in Franzensfeste, Bozen und Ala. Bisher haben die berechtigten Beschwerden stets taube Ohren bei den Herren der Südbahn gefunden und wir können sagen, daß die eingeleiteten Erhebungen mehr Diäten verschlungen haben, als zehn mit Drahtmatratzen eingerichtete Zimmer kosten würden. Uns geht ja schließlich der Geldbetrag, der an die Diätenjäger bezahlt wird, nichts an, aber protestieren müssen wir erstens gegen den Amtsschimmel und zweitens, daß die Südbahnverwaltung stets solche Kontrollorgane zur Erhebung der Kasernenzustände verwendet, die weder Einsicht noch soziales Gefühl für ihre Untergebenen aufbringen. Es ist grauhaft, von solchen Vorgesetzten wahrzunehmen, daß sie nie ein anderer Gedanke leitete, als: „Für diese Leute sind die Betten gut genug!“ Ob sie sich ausruhen und wieder brauchbar den Dienst antreten können, ist eine Frage, die den Vertretern der Direktion nichts angeht. Die Hauptsache ist, daß er seine Diäten bekommt.

Mit Mai 1912 erstellte die Direktion einen Turnus, nach welchem das Innsbrucker Personal mit den Güterzügen 85, 81 und 83 bis Bozen fährt. Zur Unterbringung der Innsbrucker Parteien wurde 10 Minuten vom Bahnhof entfernt eine Restauration gemietet und mit Betten eingerichtet. Als Miete sollen jährlich 2000 Kr. bezahlt werden. In diesen Räumen werden die Parteien von den Zügen 83, 81 und 28 untergebracht. Was die Betten betrifft, so wurden die ältesten Kavaletts, die härtesten Strohhäute beigegeben. Die Betten sind derart hart und schlecht, daß an ein Ausruhen nicht gedacht werden kann. Eine größere Gefahr ist aber das Ungeziefer. Will man dieser Gefahr begegnen, so muß man Drahtmatratzen für alle Betten in Bozen bestellen. Die Fenster müssen mit dunklen Vorhängen versehen werden. Nachdem in den Zimmern, wo die Güterzugspartien untergebracht sind, sieben Betten und sieben Mann untergebracht werden, so gehören selbstredend in ein Zimmer sieben Sessel (nicht fünf!). Die Bänke in den Zimmern sind überzählig und der Tisch viel zu groß. In die Küche gehört ein gemauertes Sparherd, zur Kohlenkiste eine Kohlenhaufe und ein Feuerbalken. Die Küche soll in der Früh ausgeräumt werden, und nicht wie es bis jetzt der Fall ist, daß Katalien von einigen Tagen am Boden liegen.

Was die Kaserne im Heizhaus anbelangt, wo die Partie des Zuges 83 untergebracht ist, so verlangen wir, daß, so lange keine menschenwürdige Unterkunft für diese Partie gefunden werden kann, die Ablösung wieder in Franzensfeste erfolgen soll. Die Partie ist die ganze Nacht gefahren, hat als Retourfahrt wieder eine ganze Nacht vor ihr und muß für die gefährliche Bergstrecke unbedingt ausgeruht sein. In dieser Kaserne ist dies aber ein Ding der Unmöglichkeit, weil vor den Fenstern verschoben wird, durch das Auflegen der Bremsräder, Pfeifen etc. es unmöglich ist, einzuschlafen. Außerdem ist die Verhältnisse unterhalb untergebracht und ist der Lärm der Maschinen, das Sämmern und anderes mehr, welches ein Einschlafen ganz ausschließt. Wir machen daher schon heute auf die Gefahren aufmerksam, die entweichen müssen; denn will das Personal schlafen, so muß es zum Alkohol greifen und müssen die Südbahnverwaltung verantwortlich machen, wenn das Innsbrucker Fahrpersonal, gezwungen durch Ungeziefer, miserablen Betten und sonstige Uebelstände, die Ruhezeit nicht auszunützen imstande ist.

Auch in Franzensfeste sind viele Uebelstände, und es wird dort kein Versuch gemacht, sie zu beseitigen. Wie oft schon so ein „Diätenkinder“ die unzulänglichen schadhafsten Sparherde gesehen hat, aber gemacht wird nichts; weiß doch dieser Direktionskontrollor, daß er bei der nächsten Beschwerde wieder auf die Tirolerlinie fahren kann — gibts Diäten und eine schöne Gegend.

Wie oft sollen wir noch den Weitenmangel in den Referenzjimmern nachweisen? Bis eine Vermehrung der Zimmer vorgenommen, beziehungsweise die Adaptierung im Nebenhaus begonnen wird?

Und erst in Ala! Welche Geduld bringt hier das Bozener und Kuffsteiner Personal auf, solche Zustände zu ertragen. Laufende Kronen werden dort jährlich für Privatmiete bezahlt und könnten um dieses Geld schon längst anständige Gebäude für diese Zwecke errichtet sein.

Wie lange wird es denn noch dauern, bis endlich auf diesem Gebiet Ordnung geschaffen wird?

**Die Lage der Lampisten.** Im Jahre 1907, beim ersten Zusammentraten der Zentralpersonalkommission übergeben die Lampisten jener Kommission Anträge, wonach in allen großen Bahnbetriebsämtern der Dienst jener Kategorien auf 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei zu regeln wäre. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Mitglieder der Zentralpersonalkommission diesen Antrag auch entsprechend vertreten, doch mit negativem Erfolg. Daß sich nun der Verkehr von Jahr zu Jahr steigert, und somit die Arbeitsleistung der Lampisten der großen Bahnbetriebsämter geradezu als unmenschlich bezeichnet werden muß, ist es notwendig, daß endlich einmal das Eisenbahnministerium daran geht, diese Diensterteilung analog dem anderen Stationspersonal auf 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei zu bemessen.

Die heutige Abwicklung des Dienstes bei den Lampisten geschieht auf Kosten der Gesundheit dieser Kategorie und sprechen die Krankenausweise eine berebete Sprache darüber. Was man also auf der einen Seite durch Sparen an Personal bezwecken will, wird auf der anderen Seite durch Bestellung von Substituten bei Erkrankungen hinfällig. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß jene Lampisten, welche dann das Glück haben, mit Substituten zusammenzuarbeiten, oft doppelt in Mitleidenschaft gezogen werden, weil sie nicht nur ihren Dienst sondern oft auch noch den Dienst der ungeschulten Substituten im Interesse des Verkehrs versehen müssen. Man betrachte sich einmal eine vom Dienst abgelöste Lampistenpartie nach einem 24stündigen Dienst. Total erschöpft, förmlich taumelnd, total zusammengebröckelt, gehen sie ihrem Heim zu, um in Wohnungen der Ruhe zu pflegen, wo die ganze Familie tagsüber zusammengepackt ist. Da man Kindern den Mund nicht verbinden kann, so kann vom Ausruhen selbstverständlich nicht geredet werden, und es käme somit im strengsten Fall auf 36 Stunden eine 12stündige Ruhe in Betracht. Daß dies der stärkste Krieger nicht verträgt, muß nicht erst gesagt werden.

Es wäre somit hoch an der Zeit, die Diensterteilung bei jener Kategorie zu regeln. Leider müssen zum Schluß die Gründe angeführt werden, welche dazu beizutragen scheinen, daß man höhererorts bis heute noch immer der Bitte dieses Personals nicht Rechnung trägt. Und dabei sollen in erster Linie die Bahnbetriebsämter Wien I und II genannt werden. Die Herren Beleuchtungsmeister und Meister, welche jene Kategorie unter sich gestellt haben, gehen in ihrer Arbeitermüt bis zum äußersten, und es ist nur ein Wunder, daß sie sich noch keine Peitsche angeschafft haben, um die Lampisten als Pferde zu behandeln. Nach oben schmeicheln und sich schön machen zu wollen, um rascher vorwärts zu kommen, treten sie das Personal wo sie können, ohne so viel Menschlichkeitsgefühl aufzubringen, um zu erwägen, ob der Mann auch faktisch die Leistung vollbringen kann oder nicht, vom Materialschaden gar nicht zu sprechen, der durch das Jagen erzielt wird. Da ist es nun Pflicht der Herren Dienstvorstände, sich um dieses unnötig geplagte Personal anzunehmen, sich die Sache selbst mehr zu betrachten, ob es möglich ist, bei der heute bestehenden Diensterteilung den Dienst regelrecht versehen zu können oder nicht. Die Zentralpersonalkommission, welche nicht rasten wird, dieser Kategorie ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen, ist der Überzeugung, daß ihr Antrag um Gewährung des 12stündigen Dienstturnus schon lange vom I. I. Eisenbahnministerium bewilligt worden wäre, wenn nicht Faktoren mitspielen würden, welche den Dienst der Lampisten von Wien I und II als nicht anstrengend schildern würden. Da nun abermals die Sommerfahrordnung in Kraft getreten ist, die Schnellzüge abermals vermehrt wurden, die Dienstleistung ins ungeheure geht, ist es Zeit, auch bei jener Kategorie analog den anderen Kategorien die Diensterteilung auf 12 Stunden Dienst und 24 Stunden frei zu regeln.

## Korrespondenzen.

**Innsbruck, Südbahn.** (Ein eingegangener Kohlenhändler.) Ein Kohlen- und Holzhändler in Pradl erbatete gegen den Lokalausschuß des Kondukteurvereines, Oberkondukteur Josef Karner, die Anzeige, „daß der genannte durch lange Zeit hindurch sich die für das gesamte Südbahnpersonal im Jahre 1907 schwer errungene Begünstigung, die gelben Frachtbriefe (Lebensmittel, Kohle und dergleichen zum Regiepreis beziehen zu können), für sich zur Vereinerung zunutze mache, Kohlen waggonweise bezöhe und billiger als die Kohlenhändler an Geschäftsleute abgebe.“

Die Erhebungen ergaben die Richtigkeit, und es wurde dem Oberkondukteur Karner nachgewiesen, daß derselbe mehrere Waggons Kohle bezogen hat, ohne daß er sich ausweisen konnte, für wen er die Kohle bestellte und bezogen hat.

Die Südbahndirektion hat nun mit B. 12.677 V/1 vom 7. Mai 1912 dem Oberkondukteur Josef Karner auf zwei Jahre jede Begünstigung entzogen und mußte derselbe für sich, seine Frau und Kinder die Legitimationen abführen.

Wir hätten es niemals der Mühe wert gefunden, uns mit einem solchen Kollegen abzugeben oder nur eine Feder anzurühren. Doch sind wir zur Klarstellung des Sachverhaltes gezwungen: Schon vor Jahren war es in Innsbruck Gepflogenheit, mit den Lokalaussschüssen (Städ- und Staatsbahnen) im besten Einvernehmen zu arbeiten. Lange, bevor das Koalitionsverhältnis zwischen dem Kondukteurverein und dem Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein begründet wurde, hatte der Lokalaussschuß sich und Stimme in dem Ausschuß der Ortsgruppe „Innsbruck I“ des genannten Vereines. Vor Jahren wurde in einer Mitgliederversammlung des Kondukteurvereines, die im bürgerlichen Brauhaus in Innsbruck tagte, der Beschluß gefaßt, daß bei Aufstellung des Lokalaussschusses die Ortsgruppe Innsbruck I des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines eine Zugbegleiterversammlung (Südbahner) einzuberufen und alle Mitglieder des Kondukteurvereines zur Aufstellung des Kandidaten einzuladen habe. Dieser Vorgang ist auch bisher stets eingehalten worden. Wie haben wir uns als Organisation wegen der Person des Lokalaussschusses eingemischt oder Einfluß genommen, sondern stets das Interesse dieses wirtschaftlichen und humanen Vereines im Auge behalten. Obwohl wir seinerzeit wußten, wer Karner ist und mit welchem Charakter wir zu tun bekommen, haben wir vor mehr als drei Jahren weder auf die Kandidatur noch Wahl irgendeinen Einfluß ausgeübt.

Wer hat nun das Innsbrucker Zugbegleiterpersonal der Südbahn so durcheinander gebracht? Niemand anderer als der Oberkondukteur Karner, der, wenn er nur erwischen konnte, zum Beitritt zum Kondukteurverein aufforderte. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn Herr Karner seine Agitation allein auf den Kondukteurverein beschränkt hätte; so aber machte es der Lokalaussschuß Karner anders. Erhielt er von einem Anzuerwerbenden die Antwort: „Ich bin bei der Gewerkschaft“, so sagte er: „Das macht nichts, wir sind koalitiert mit der Gewerkschaft, deshalb können sie dort austreten und dem Kondukteurverein beitreten.“ Auch den Verkauf mit den Kondukteurvereinskalendarern besorgte der Lokalaussschuß Karner nicht einwandfrei. Die Subskriptionsliste, die vom Karner jedes Jahr im Juli aufgelegt wurde, bildete für ihn nicht den Maßstab, wieviel Kalender er bestellen soll, nein, viele bekommen einen Kalender, die einen solchen nicht bestellen. Dagegen wäre ebenfalls nichts einzuwenden, gehört doch das Reinertragnis (Karner bezog für jeden verkauften Kalender 20 Kr. Provision) für den Unterstuhlungsfonds, aus welchem Zugbegleiter, die Mit-

glieder des Kondukteurvereines sind, oder Witwen nach Mitgliedern eine Unterstützung erhalten. Was machte aber Herr Karner? Auf der ganzen Strecke handelte er mit den Kalendarern, allen Oberbahnarbeitern und Stationsarbeitern lief er nach und suchte die Kalender des Kondukteurvereines an den Mann zu bringen. Es ist aber doch allen bekannt, daß auch der Allgemeine Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein alljährlich Kalender herausgibt dessen Reinertragnis auch einem wohltätigen Zweck zugeführt wird; jahrelang wird von beiden Vereinen ein Kalender herausgegeben, niemals hatten wir Unannehmlichkeiten unter uns mit dem Personal, sondern verlaufen sich friedlich nebeneinander. Die meisten Mitglieder vom Fahrpersonal nahmen meist beide Kalender, wußten sie doch, daß das Reinertragnis für Unterstützungszwecke gehört. Aber Herr Karner war es vorbehalten, um dabei Geld zu verdienen, den Handel außer auf das Fahrpersonal auf alle übrigen Bediensteten auszudehnen. Dadurch wurde wieder eine Reibungsfläche mehr.

Das Innsbrucker Fahrpersonal hat sich seinerzeit durch ihre Einigkeit das Vertrauensmännerystem geschaffen. Wer sich aber um diese, für das gesamte Zugbegleiterpersonal nützliche Institution nicht scherte, das war wieder der Lokalaussschuß Karner, der des öfteren in verschiedenen Personalangelegenheiten allein, ohne die Vertrauensmänner zu verständigen, intervenierte. Karner verfaßte und überreichte ohne vorher zur Beratung gestandene Gesuche, wodurch die Vertrauensmännerinstitution von ihm ignoriert wurde. Sein Vorgehen erzeugte dadurch immer mehr und mehr Befremden und Verdruß. Daß sich die Klagen gegen den Lokalaussschuß Karner mehrten, beweist uns ein Schreiben vom 25. August 1909, wo er als Einberufer einer Zugbegleiterversammlung auf diese schrieb.

Wir lassen das Schreiben mit seinen Fehlern folgen:

Sehr geehrte Versammlung!

Ich entschuldige mein Fernbleiben der heutigen Zugbegleiter-Versammlung als Einberufer, infolge dienstlicher Verhinderung.

Gebe der heutigen Zugbegleiter-Versammlung bekannt, daß ich auf Grund der mir zur Kenntnis gelangten Vorwürfe, daß ich meine Funktion als Vertrauensmann des Personals, sowie als Lokalaussschuß des Kondukteurvereines, vernachlässigt hätte, nichts tue, allein zum Betriebsinspektorate hinauf laufe —, u. s. w.

Der Charakter „des Innsbrucker Personals“ sieht so tief, das mich daselbe, auf Grund der mir gemachten ganz ungerechtfertigten Vorwürfe nicht beleidigen kann, was die heutige Zugbegleiterversammlung zur Kenntnis nehmen wolle, und ich es nicht für geboten erachte mich zu rechtfertigen, aber nur eine Antwort habe, meine Funktion als Vertrauensmann sowie als Lokalaussschuß des Kondukteurvereines u. Unterstuhlungsvereines niederzulegen.

Gleichzeitig erkläre ich der heutigen Zugbegleiter-Versammlung, daß ich mich um keine Handbreite von meine Wege verträgen lassen werde, und immer als treuer Mitkämpfer für die Allgemeinheit in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen den Mann am Bord stellen werde, aber, für Innsbruck jede Funktion ablehnen muß.

Josef Karner Ob. K.

Fürs erste müssen wir feststellen, daß dieser Brief wegen seiner beleidigenden Form gegen das Innsbrucker Fahrpersonal, in der damaligen Zugbegleiterversammlung nicht verlesen wurde und zweitens korrigieren wir Herrn Karner, daß er niemals als Vertrauensmann für das Zugbegleiterpersonal gewählt wurde. Es ist dies nur eine rein persönliche Anmaßung. Weiters kündigte Herr Karner in seinem, an die versammelten Zugbegleiter am 25. August 1909 gerichteten Schreiben an, daß er die Lokalaussschuhstelle niederlege — getan hat er es aber nicht! Wir sind auch dieser Sache nachgegangen und finden den Grund. Vor mehreren Jahren wurde in einer Generalversammlung des „Kondukteur-Unterstützungs- und Rechtsschutzvereines der österreichisch-ungarischen Eisenbahnen“ der Beschluß gefaßt, daß die Funktion eines jeden Lokalaussschusses eine Ehrenstelle sei. In der damaligen Generalversammlung wurde hervorgehoben, daß es notwendig wäre, Funktionen, die mit Arbeiten verbunden sind, zu bezahlen; nachdem aber der Kondukteurverein ein humaner Verein ist, wurde damals einstimmig beschlossen: Die Funktion eines Lokalaussschusses ist ein Ehrenposten und ist hierfür nichts zu verrechnen.

Anders der Lokalaussschuß Karner. Karner verrechnete durch Jahre per Monat sogenannte Reinigungsgebühren, es weist kein Ausweis solch hohe Ausgaben für eine Lokalguppe auf, wie für Herrn Karner; zwar sagte er, er hätte das Recht von seiner Zentrale gehabt, aber wir meinen, daß ein Generalversammlungsbeschluß zur Darnachrichtung der Zentrale dienen muß. Karner gehört längst nicht mehr der Organisation an und wir sind auch bezüglich froh, wenn solche Leute nicht in unseren Reihen stehen. Solche Charaktere gehören zu den Christlichsozialen. Seine diesmalige Wahl verdankt er erstens seinen paar Freunden — die nur eines an Karner auszusuchen hatten — er wird gewählt, aber er darf sich nicht soviel Reinigungsgebühr per Monat verrechnen — und tatsächlich affidierte der Herr Lokalaussschuß Karner noch vor der Wahl ein Schreiben der Zentrale, wo diese ihm mitteilt, daß sie es zur Kenntnis nehme, daß künftig der Herr Karner, wenn er gewählt wird, auf die Reinigungsgebühr verzichtet. Das genügt: Herr Karner, der in einer Zugbegleiterversammlung von sieben Mann als Kandidat aufgestellt wurde, wurde mit Hilfe der Christlichsozialen gewählt.

Sogar um die Stimme des Kondukteurs P. bewarb er sich und gab ihm zum Danke die Hand. (Karner wartete mit der Wahl solange, bis P. das Landesgericht verlassen hatte.)

Der Standpunkt der Gewerkschaft war, sich nicht einzumischen, aber jetzt müssen wir fragen: Kann in diesem Fall ein Mensch wie Karner ist, noch länger Lokalaussschuß bleiben? Wir wollen Aufklärung darüber, was es mit dem Reinigungsgeld verrechnen für ein Bewandnis hat und ob dem Karner, nachdem ihm wegen seines Kohlenhandels jede Begünstigung entzogen wurde, im Falle er nach Wien als Lokalaussschuß fährt, die ganze Karte bezahlt wird? Wir glauben nicht, daß der Kondukteurverein noch weiter solche Leute vom Schlage Karner verteidigen wird.

An das Innsbrucker Fahrpersonal richten wir in ihrem eigenen Interesse die Mahnung, sich von solchen Vorfällen nicht weiter beeinflussen zu lassen und zu ihrer früheren Einigkeit zurückzukehren.

Was noch die verschiedenen Bemerkungen über Vertrauensmänner der Organisation betrifft, so erklären diese ein für allemal, daß solche Ehrenmänner, solange sie, ohne Namen zu nennen, ihr Handwerk betreiben, als feige Verleumder. Wenn diese Leute etwas wissen, so sollen sie es sagen, damit wir ihnen die Gelegenheit bieten können, im Gerichtssaal die gemachten Anschuldigungen zu beweisen.

Die Peitsche.

**Triest-St. Andrä.** Als seinerzeit die Benennungweise des Assistenten und Schulbeamten, Herrn Josef Fischwill in St. Veit a. d. Glan, im „Arbeiterwille“ und im „Eisenbahner“ gebührend beleuchtet wurde, schwur der genannte Beamte dem Triestier Personal ewige Rache. So wurde das Personal von diesem Herrn direkt eines Diebstahls beschuldigt, und zwar soll daselbe von einer in der Kaserne hängenden Uhr das

Werk und von den Betten die Schrauben gestohlen haben. Auf diese Anzeige wurden die Oberkondukteure von Triesum die gerichtliche Verfolgung des Herrn Fischill bittlich. Die Triesumer, respektive Villacher Direktion ließ das Gesuch so lange liegen, bis die Verjährung eingetreten war, und erst dann belamen die Geschädigten die Erledigung, daß die Bewilligung zu der Klage nicht erteilt wird. Gätte diese Verleumdung ein Diener oder Unterbeamter begangen, wäre die Klage ohne weiteres bewilligt worden, weil es aber der Herr Assistent Fischill ist, wurde selbstverständlich die Klagebewilligung abgelehnt. Mit der Abweisung dieses Gesuches kam zugleich die Rechtfertigung des Herrn Fischill unter einem mit. In dieser Rechtfertigung entblödete sich derselbe nicht, sich in solch gemeinen Beschuldigungen gegenüber dem Triesumer Personal zu ergeben, daß es uns etest auf die Einzelheiten einzugehen. Wir wollen hier nur kurz erwähnen, daß der Kasernenwärter Schnabl unter Zeugen ausgesagt hat, daß er dem Herrn Josef Fischill nur gemeldet habe, daß das Uhrwerk abhanden gekommen ist. Eine Beschuldigung habe derselbe nicht erhoben; unterschreiben mußte er das Protokoll, ohne daß dasselbe fertig geschrieben oder ihm vorgelesen worden wäre. Da uns die k. k. Staatsbahndirektion Villach die Bewilligung zur gerichtlichen Verfolgung dieses Herrn nicht erteilt hat, erklärt das Triesumer Personal den Herrn Assistenten Josef Fischill als einen ganz gewöhnlichen Verleumder, insoweit derselbe nicht den Beweis erbringt, daß die von ihm gegen das Triesumer Personal gebrachten Beschuldigungen auf Wahrheit beruhen. Nun ist es Sache des Herrn Assistenten, daß er sich von diesem Vorwurf befreit.

**Das Zugspersonal von Triesum (k. k. Staatsbahn).**

**Mährisch-Schönberg.** Um die Charaktereigenschaft des Bahnhauptmanns Christ zu kennzeichnen, sind wir wieder gezwungen, unsere Zeitung in Anspruch zu nehmen, da trotz wiederholter Mahnung Bahnhauptmann Christ sein Treiben nicht einstellt. Wir sind der Meinung, daß ein Zentralobmann, als welchen sich Christ den Bahnerhaltungsarbeitern aufgebrängt hat, eines besseren Benehmens gegenüber den Untergebenen sich befleißigen sollte, um so mehr, als er viel Butter auf seinem Schädel sitzen hat. Nach oben hin spielt sich Christ als das unschuldige Lamm auf und bedauerlicherweise wird ihm dort auch Glauben geschenkt. Findet sich ein Vorgesetzter, der den Mut aufbringt, gegenüber Christ ein unparteiisches Protokoll zu verfassen, so wird derselbe auf eine feine Weise unmöglich gemacht. Christ steht aber weiter in Gnaden seines Chefs. Wir glauben, daß wir durch das Protokoll, welches vom Herrn Oberingenieur Maiu aufgenommen und von sieben Zeugen gefertigt wurde, genug Material aufgebracht haben, um uns vor den unnötigen Schikanen des Bahnhauptmanns zu schützen. Was sagte doch der Herr Oberingenieur Maiu, der das Protokoll verfaßte? „Es ist genug! Von uns beiden muß einer weichen; diesen Schwindel kann ich mir nicht weiter ansehen.“ Und der Herr Oberingenieur, der als ein gerechter Vorgesetzter beliebt und geachtet wurde, ist zu unserem Leidwesen gegangen. Wäre er geblieben, so hätte Christ längst nicht mehr die Arbeiter schikanieren können. Daß der Bahnhauptmann Christ mit der Drohung kommt: „Er werde schon den Arbeitern einheizen“, wundert uns nicht, denn zu solchen Sachen ist er ein Meister. Ehrliche und brave Arbeiter, die die 1 Kr. in ihrem von ihm gegründeten Verein nicht zahlen wollen, zu denunzieren oder brotlos zu machen, ist sein Bestreben. Warum haben Sie, Herr Christ, den Krieg, den Sie mit Herrn Wacław geführt haben, vorzeitig beendet? Sie glaubten ihn beim ersten Vorstoß in die Flucht zu jagen! Als Sie aber sahen, daß Herr Wacław fest bodenständig wird und er aus der Schule schwächen könnte, da haben Sie gleich zum Rückzug geblasen. Daß aber die Wahrheit herauskommt, das befürchtet Christ. Er trachtet daher die Leute, die von seinem Tun und Treiben Kenntnis haben, in erster Linie zu denunzieren und dann brotlos zu machen. Daß Sie, Herr Bahnhauptmann, den Artikelschreiber nicht eruiieren werden, dafür geben wir Ihnen die vollste Versicherung. Verdächtigen Sie also nicht ihre Leute, die in dieser Sache unschuldig sind und nehmen Sie die Versicherung hin, daß, wenn Sie auch alle ihre Leute, die Sie im Verdacht haben, brotlos machen, eine Person, die Ihre Charaktereigenschaft seit langer Zeit kennt, doch da sein wird, um Ihre früheren und jetzigen Tugenden in der Öffentlichkeit zu kennzeichnen.

**Wien.** (Lokalbahn Wien-Baden.) Von vertrauenswürdigster Seite werden wir um Veröffentlichung folgender Notiz gebeten: Alljährlich während der Sommermonate verkehrt ein Sonderzug für die Familie des Erzherzogs Friedrich von Baden nach Böslau. Für das Personal dieses Sonderzuges wurde stets ein Trinkgeld gegeben und auch durch Jahre hindurch an den Wagenführer und Kondukteur ausgezahlt. In den letzten Jahren blieb diese Remuneration aus. Das Personal ging der Sache nach und brachte in Erfahrung, daß auch im letzten sowie in den vorhergehenden Jahren das Trinkgeld in der Höhe von 140 Kr. an den Maschinenmeister und Vorstand des Badener Personals, Herrn Paul W e n n ausbezahlt wurde. Diese sonderbare Trinkgeldgeschichte wurde auch der Direktion der Lokalbahn Wien-Baden bekannt und, um die Angelegenheit in Vergessenheit zu bringen, wurde Ende April 1912 ein Teil der 140 Kr. an das Personal des Sonderzuges verteilt. Mit welchem Recht hat Herr Paul W e n n das Trinkgeld so lange zurückgehalten und wo ist der restliche Teil hingekommen? Uns sind Fälle bekannt, daß Bedienstete der Lokalbahn Wien-Baden wegen Differenz einiger Heller entlassen wurden. Wir sind neugierig, wie sich Herr W e n n verantworten wird?

**Knittelfeld-Linz.** Genosse August W e i ß e n b ö d wurde vor vier Wochen über sein eigenes Ansuchen von Knittelfeld in die Werkstätte Linz versetzt. Am Pfingsttag kam nun Herr Winkelmayer, welcher Obmann des Professionsvereines in Linz ist, zu Genossen W e i ß e n b ö d und sagte ihm, daß er von Mitgliedern des Professionsvereines in Knittelfeld ein Schreiben erhalten habe, worin sie mitteilen, daß Genosse W e i ß e n b ö d in Knittelfeld ein Denunziant gewesen sei, was auch der Vorstand der Werkstätte Knittelfeld bestätigen könne. Nachdem Winkelmayer aber dies nicht glaube, da er ihn von früherher kenne, so teile er ihm dies mit. Genosse W e i ß e n b ö d, welcher diese edlen Schreiberseelen nicht kennt, erucht diese hiermit öffentlich, ihre Namen bekanntzugeben und für ihre Behauptung den Wahrheitsbeweis zu erbringen, widrigenfalls sie hier als gemeine Verleumder gebrandmarkt werden.

**Saaz.** Unter den Schikanen des Vorarbeiters M a n n der Bahnerhaltungssektion Saaz haben die Arbeiter, die sozialdemokratisch organisiert sind, unausgesetzt zu leiden. M a n n beschimpft wohl auch die Arbeiter, die mit ihm im Reichsbund sind, es ist aber deren Sache, wenn sich dieselben dies ruhig gefallen lassen. Unsere Leute, und dies sei ihm eindringlichst und ein für allemal gesagt, soll er in Ruhe lassen, wir werden seine Schikanen nicht länger dulden und mit ihm fertig werden, wenn er nicht andere Manieren annimmt. Er ist gerade nicht der Mann, von dem man derartiges ruhig hinnehmen muß.

**Franzsdorf.** Von dort wird uns berichtet: Am 5. Februar d. J. hätte in der Station Verd der Südbahn sehr leicht ein großes Unglück passieren können, wenn nicht rechtzeitig von dem Heizer R. die drohende Gefahr bemerkt und die Loko-

motivie von ihm angehalten worden wäre. Ueber diesen Vorfall wurde ein Protokoll aufgenommen. Nach mehrmonatiger Beratung wurde dem umsichtigen und pflichttreuen Bediensteten, durch dessen rasches und mannhaftes Handeln der drohende Unfall verhütet wurde, die Belobung und eine Remuneration von 20 Kr. zuerkannt. Doch dieses Belobungsbetret und die 20 Kr. Remuneration wurden nicht dem Heizer R. übergeben, der tatsächlich und nachweisbar die Lokomotive des betreffenden Zuges angehalten hat, sondern dem Lokomotivwärter F. S l o b e n e c, der damals mit der leeren Lokomotive als Zug 870 g gefahren ist. Wir erlauben uns die k. k. priv. Südbahngesellschaft auf diesen Irrtum aufmerksam zu machen und hoffen, daß diese Angelegenheit etwas näher untersucht wird.

**Komotau, V. G. B.** (Eine Blüte des Reichsbundes!) Bekanntlich besteht die Tätigkeit des Reichsbundes deutscher Eisenbahner nicht darin, seine Mitglieder zu gewerkschaftlich tüchtigen und nackten Kämpfern für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnbediensteten zu erziehen, sondern dieselben lediglich durch Veranstaltung von Saufgelagen zu Verehrern des Alkohols, sowie als Beschimpfer und Verleumder der Sozialdemokratie und ihrer Führer heranzubilden. Diejenigen Mitglieder, welche im Vertilgen des Alkohols das meiste leisten und gleichzeitig beim Beschimpfen und Verleumden der Sozialdemokratie das Maul am weitesten aufreißen, werden gewöhnlich als Vereinsfunktionäre gewählt. Am 17. Mai d. J. hatten wir wieder einmal Gelegenheit, einen derart erzeugten deutschnationalen Eisenbahner beobachten zu können.

Da es schade um den Raum unseres Blattes wäre, wenn wir uns mit dem Tun und Treiben dieser „Spitzmaus“ ausführlich befassen würden, wollen wir unserer Meinung nur dahin Ausdruck geben, daß es für den „Meinen Seff“ viel vernünftiger wäre, mit seiner Sozialfreudigkeit vorzugehen zu sein, sonst könnten ihm seine, im Reichsbund herangebildeten Gewohnheiten ein Schicksal bereiten, wo er es dann nicht mehr nötig hätte, aus einer Zugbegleiterkaserne auf allen „Vieren“ vorwärts taumelnd zu seinem Zuge zu gelangen. Solche Vorgänge mögen wohl geeignet sein, ihn — nach dem bekannten Spruch: „Die alten Deutschen tranken noch eins“ — in den Augen seiner arischen Parteigenossen gewinnen zu lassen, niemals aber können sie das Ansehen der Zugbegleiter heben. Welche Beschwerden und erhöhte Verantwortung ein solcher Alkoholiker für die übrigen Kollegen der Zugsparte heraufbeschwört, mag sich „Spitzmaus“ wohl niemals bewußt werden.

Zum Glück war im Zuge ein Personenzug einrangiert, welcher dieses Reichsbundsbündchen samt seinen alkoholischen Nachwirkungen in stiller Ruhe aufnahm. Als dieser Zug eine beträchtliche Strecke zurückgelegt hatte, wurde die Auserkennung gefeiert und eine allgemeine Freude war auf allen Gesichtern bemerkbar, als der „Meine Seff“ nun wieder ausgeheert seinen Dienst antrat.

Wie anders aber wäre diese Sache ausgefallen, wenn dieser Alkoholiker ein Sozi und der „Meine Seff“ der Beobachter dieses Vorganges gewesen wäre. Gewiß hätte „Spitzmaus“ seine schon so oft geäußerte Drohung sofort in die Tat umgesetzt.

Wir meinen, dieser kleine Gernegroß wird uns dankbar sein, wenn wir ihm raten, in seinem Betragen etwas vorsichtiger zu sein, seinen Mitbediensteten, ob Zugbegleiter, ob Wagenmeister oder wer immer, den ohnehin anstrengenden und verantwortungsvollen Dienst nicht unnötig zu erschweren, denn ein altes Sprichwort sagt: Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Sollte diese knappe Schilderung die beabsichtigte Wirkung nicht zeitigen, mühten wir dem „Meinen Seff“ etwas ausführlicher aufspielen.

**Komotau.** (Die Steuerpolitik der Bahnverwaltungen.) Die reiche A. T. E. wußte in Teplitz eine Erhöhung der Gemeindefinanzlage dadurch zu vereiteln, daß sie mit der Verlegung der Direktion von Teplitz nach Ausig drohte, so daß an Stelle einer Umlagererhöhung eine Mietzinsumlage beschlossen wurde, die auch von den ärmsten Bevölkerungsschichten getragen werden muß. Zu diesem Charakteristikum der A. T. E. soll hier ein Gegenstück bekanntgegeben werden. Im nahen Orte Oberdorf, dem Wohnungszentrum der Eisenbahnbediensteten aller drei in Komotau einmündenden Bahnen, fand im Monat Februar die Gemeindefinanzwahl statt. Um die unerfreuliche Finanzlage der Stadt Komotau zu bessern, haben sich einige Herren dieser Stadt bemüht, die Wahl in Oberdorf so zu beeinflussen, daß in absehbarer Zeit eine Eingemeindung dieses Ortes zustande kommt. Dies zu vereiteln, haben sich im Wahlkampf die Sozialdemokraten mit dem denkfähigen Teile des Bürgertums zusammengeschlossen und den 3. Wahlkörper mit einer immensen Majorität, sowie den 1. Wahlkörper behauptet. Der 2. Wahlkörper wurde mit der kleinen Majorität von fünf Stimmen verloren, weil in diesem Leute dominieren, welche für jeden Anstich zu haben sind. In Komotau sind 80 Prozent Gemeindefinanz und 3 Prozent Mietzinsumlage seit Jahren bereits in Kraft. Oberdorf findet mit 40 Prozent ohne Mietzinsumlage sein Auskommen. Wie bereits erwähnt, sind die Bahnverwaltungen nicht für eine Erhöhung der Umlagen, aber merkwürdigerweise haben nicht nur der Vollmachtträger der A. T. E., sondern auch jener der V. G. B., des größten Steuerträgers im Orte, die Stimme jenen gegeben, welche den Zusammenschluß propagierten, während sonst die Bahnverwaltungen sich der Stimmenabgabe enthielten. Von der Einheitslosigkeit der A. T. E. zu reden, wollen wir uns, bei deren bekannter Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Personal, erparen. Gätte aber die Verwaltung der V. G. B. wirklich die Absicht, eine 50prozentige Erhöhung ihrer Gemeindefinanz herbeizuführen? Oder hat Herr Inspektor Fischer aus eigener Machtvollkommenheit als Stadtverordneter von Komotau gehandelt? Wir glauben das letztere, denn sonst würde man nicht auf das Regiefahren der am schlechtesten entlohnten Bediensteten so ein großes Gewicht legen. Wir glauben die Verwaltung der V. G. B. hat alle Ursache, mitzubelfen, ihre Bediensteten vor maglosen Mietzinsen zu schützen. Schon seit einigen Jahren macht sich ein starker Abzug von Arbeiterfamilien aus Komotau nach den umliegenden Orten bemerkbar. Sogar besser situierte Beamtenfamilien ziehen es vor, in den umliegenden Orten Wohnung zu nehmen, ein Umstand, welcher in den nächsten Jahren noch intensiver zum Ausdruck kommen dürfte, weil bei der im Jahre 1913 geplanten Industrieausstellung an alles, nur nicht an eine entsprechende Approvisionnement der Stadt gedacht werden wird, so daß die Stammbesiedlung der grenzenlosen Ausbeutung unterworfen werden dürfte. Wir erwarten daher in Zukunft, daß die Verwaltung der V. G. B. bei solchen Angelegenheiten sich vorerst erndigt und nicht den Herrn Inspektor Fischer schalten und walten läßt, wie es ihm und seinen nationalradikalen Trabanten beliebt.

**Graz.** (Liederabend.) Am Sonntag den 2. Juni d. J., abends, hielt der Männergesangverein „Flugrad“ der Südbahnbediensteten in Graz in den großen, geräumigen Annensalen unter der Leitung seines Sangmeisters Herrn Max Städtler einen Liederabend ab. Die Kongertmusik besorgte das Grazer Musikbündchen unter Leitung des Dirigenten Herrn Franz Schleiß. Das Programm sowohl in gesanglicher, als auch in musikalischer Beziehung war so reichhaltig und gelungen, daß das Publikum einen überaus vergnügten Abend gefunden hat. Der große Beifall für die beiderseitigen Leistun-

gen bewies, daß sowohl der Männergesangverein „Flugrad“ als auch das Grazer Musikbündchen ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen sind. Wer hätte vor ungefähr drei Jahren, als der Verein noch mit mancherlei Schwierigkeiten in Bezug auf seine Organisationszugehörigkeit zu kämpfen hatte, gedacht, daß er sich nach so kurzer Zeit als das entwickelte konnte, was er heute ist? Der Männergesangverein „Flugrad“ der Südbahnbediensteten in Graz ist heute ein vom sozialen Geiste durchdrungener Gesangverein. Keine am Podium flattert seine herrliche Vereinsfahne und hinter derselben stehen an fünfzig Genossen Sänger, aus deren Kehlen die Chöre der Freiheit ertönen. Die Ortsgruppe Graz der Südbahner blüht mit Stolz auf ihre Sängerschaft, die heute in der Lage ist, jeden Zuhörer vollauf zu befriedigen. Wenn auch sonst dem Verein in der Ausübung seiner gesanglichen Produktion sich mancherlei Schwierigkeiten entgegenstellen, so muß diesmal doch lobend anerkannt werden, daß sich die Heizhausleitung durch Freigabe der Sänger sympathisch gezeigt hat, wodurch der Dienst in keiner Weise gelitten hat. Der Gesangverein „Flugrad“ hat diesmal auch für seinen Liederabend die Annensäle ausersehen, um auch jener Klasse Rechnung zu tragen, denen die Annensäle verhaßt sind. Leider ließen sich die Herrschaften auch da nicht sehen. Das Grundübel des Fernbleibens scheint also nicht in dem verhassten Lokal, sondern in der Farbe der Fahne gelegen zu sein.

**Graz, Südbahn.** (Mehrlose Bremser.) Damit der Geldsack der Bahnverwaltungen nicht allzu straff gespannt wird, besetzen sie in den meisten Fällen die systematisierten Dienstposten mit Hilfspersonal, das heißt mit solchen Leuten, die sie nicht definitiv angestellten brauchen. Dadurch ersparen sie den schemamäßig festgesetzten Gehalt und das Quartiergeid und zum größten Teil auch die Dienstkleider. Das Hilfspersonal findet hauptsächlich seine Verwendung beim Zugbegleitungspersonal unter dem üblichen Titel „Bremser“. Der Taglohn dieser Leute ist demalsten mit Kr. 2.20 festgesetzt und kann nicht erhöht werden, weil ihnen die für das übrige provisorische Personal vorgesehene dreijährige Lohnautomatik nicht zuteil wird, so lange sie als „Bremser“ ihre Verwendung finden. Dienstkleider wurden vor ungefähr zwei Jahren für einige Bremser ausgegolt und heuer mußten sie auch diese wieder abgeben. Die Behandlung dieser Leute paßt sich dem Probitorium vollständig an. Wollen sie sich nicht bis zur Bewußtlosigkeit ausschinden lassen, so steck man sie ins Magazin, wo sie um den nackten Taglohn schlafen müssen. In der Station Graz sind leider auch Platzbeamte — es gibt zum Glück auch Ausnahmen — die mit armen, gequälten Bediensteten nicht viel Federlesens machen; ihnen sind mehrlose Bremser ein willkommenes Werkzeug. Es ist nichts Neues, daß die Grazer Bremser nach 14- bis 15stündiger Dienstleistung keine Ruhezeit genießen können, sondern entweder gleich oder nach zwei bis drei Stunden wieder zu einem anderen Zug befohlen werden, der eine ebenso lange Dienstzeit erfordert. Bei der Direktion laufen zwar die Fahrgebührenbücher ein, wurden auch in Bezug auf die Eintragungen der Minuten auf das peinlichste revidiert, aber daß die Bremser zu einer Dienstleistung gehalten werden, die gefesselt unfaßbar ist, wird nicht gefunden, obwohl es nach den Zugnummern und dem daneben stehenden Datum auf den ersten Blick zu konstatieren wäre. Die geordneten Dienstverhältnisse lassen eben in Graz besonders viel zu wünschen übrig, und es werden erst dann geregelte Verhältnisse eintreten, bis ein moderner Geist in der Stationsleitung eingesehen wird.

**Wien-Westbahnhof.** Auf diesem Bahnhof wurde das Verkehrsbureau auf der Abfahrtsseite in der Zeit vom 30. April bis zum 18. Mai renoviert. Es ist dies nicht das erste Mal, sondern die Sache wiederholt sich regelmäßig jedes Jahr und dürfte das für dieses Lokal in den letzten Jahren aufgewendete Kapital allein schon für die Errichtung eines kleinen Bahnhofes ausreichen.

Wir sind prinzipiell auch für hygienische, lichte und moderne Diensträume, daß aber diese Angelegenheit einseitig behandelt wird, nämlich daß für die Beamten die Bureaus geradezu luxuriös eingerichtet werden, während für das andere Personal in dieser Beziehung gar nichts geschieht, wollen wir an einigen Beispielen beweisen.

Am selben Bahnhof, in unmittelbarer Nähe obgenannten Verkehrsbureaus, befindet sich das sogenannte Reserverzimmer für die Zugbegleiter. Dieses Zimmer, welches diesen Namen eigentlich gar nicht verdient, weil es von Licht und Luft abgeschlossen ist, dient täglich von 5 Uhr früh bis 11 Uhr nachts für drei Reserverpartien als Unterkunftsraum, beziehungsweise unfreiwilliges Gefängnis. Das einzige Fenster, welches dieses Zimmer besitzt, mündet in einen Raum, welcher sein Licht ebenfalls nur indirekt erhält, und ist deshalb ununterbrochene künstliche Beleuchtung notwendig, welche sich meistens in einem Zustand befindet, daß eine alte, ausrangierte Petroleumlampe viel besseres Licht spenden würde. Infolge Mangel einer direkten Verbindung mit der Außenluft und einer wirksamen Ventilation herrscht in diesem Dienstraum eine Atmosphäre, die sich hier gar nicht beschreiben läßt. Der Fußboden, welcher infolge Abnutzung und Fäulnis nur mehr teilweise vorhanden ist, wird wahrscheinlich deswegen nicht repariert, damit er besser zu diesem Milieu paßt. Die Wände und die Decke tragen teilweise noch die Spuren der einstigen Ausweihung, beziehungsweise Ausmalens. Der Ofen, welcher die meiste Zeit des Jahres in Benützung ist, ist von derartiger Beschaffenheit, daß er Rauch und Aßch jederzeit durch seine diversen Öffnungen austreten läßt. Die Kohlenkiste, welche sich auch im Sommer dort befindet, dient als Ablagerungsstätte von Speiseresten, Wurst- und Käsepapier u. s. w. Der Tisch, welcher längst zu klein geworden ist, dürfte seit seinem Bestehen noch nicht abgewaschen worden sein, weil man sehr vorsichtig sein muß, daß man an ihm nicht kleben bleibt.

Um diesen Uebelständen abzuhelfen, wäre folgendes notwendig: Die in diesem Zimmer befindlichen sechs Ausstattungsgegenstände sind, nachdem dieselben viel Platz einnehmen und das Zimmer ohnehin schon längst zu klein ist, wo anders aufzustellen und ist an dieser Stelle ein großes Fenster anzubringen, welches direkt auf den Balkon mündet. Der alte Fußboden ist herauszunehmen und an dessen Stelle ein neuer aus hartem Holz (Parkett) herzustellen, welcher nach Bedarf mit Stauböl einzulassen ist. Das Lokal ist mindestens zweimal jährlich in heller Farbe auszuweihen, beziehungsweise auszumalen und für die Anbringung einer wirksamen Ventilation Sorge zu tragen. Anstatt des alten, rauchenden Schloßens ist ein Gasofen aufzustellen, wodurch nicht nur die unhygienische Kohlenkiste, sondern auch die Rauch- und Aschplage in Wegfall käme. Ein größerer Ofen aus hartem Holz mit mindestens sechs moßig gebauten, dauerhaften Gefellen ist aufzustellen, und schließlich ist dann das auf diese Weise renovierte Zimmer täglich nach Zug 147 bis vor Zug 21 abzuräumen und der Schlüssel beim Verkehrsbeamten aufzubewahren.

Der Kostenpunkt dieser Umgestaltung darf keine Rolle spielen, weil es sich dabei um Hunderte von Zugbegleitern handelt, welche vor den Bakterien und Miasmen dieses Raumes in dem gegenwärtigen Zustand einen Elend empfinden, und weil es sogar möglich ist, sich dort den Keim einer Krankheit zu holen, welche Tatsache gewiß jeder Arzt, wenn er diesen Raum besichtigen würde, bestätigen könnte.

Diese unsere Forderung erscheint uns um so berechtigter, weil dieses Lokal lange Jahre hindurch keine Auslage verursacht hat, und 400 Zugbegleiter gewiß auch das ver-

langen können, was für drei Beamte schon wiederholt ge-  
schehen ist, und längst schon notwendig gewesen wäre.

Sollte dieser Vorschlag bezüglich des Umbaus dieses  
Zimmers dennoch nicht die Zustimmung der hiezu maßgebenden  
Faktoren finden, so verlangen wir die Zuweisung eines an-  
deren Raumes, welcher jene Einrichtungen besitzt, welche wir  
für das alte Lokal verlangen, da uns niemand zumuten kann,  
mit Mäusen und Ratten gemeinsam diesen Raum zu benützen.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die Partien  
der Güterzugreserven, welche oft drei bis vier Stunden in  
der Halle auf Disposition warten müssen, dort keinen Raum  
haben, wo sich dieselben aufhalten können, und entweder die  
ganze Zeit hierher zu bringen müssen, oder, wenn einige  
das zweifelhafte Glück haben, im oben geschilderten Reser-  
vezimmer einen Sitz zu finden, dort wegen Raummangel von  
einem Platz zum anderen gedrängt werden. Abhilfe könnte  
auch in dieser Sache leicht geschaffen werden, wenn jener  
Raum, welcher zwischen Verkehrsbureau und Schulbureau  
liegt (gegenwärtig als Depot für Routentafeln dient), dessen  
Tür auf den Postverladeplatz mündet, mit einem hölzernen  
Fußboden und dem nötigen Mobiliar versehen und zum heizen  
eingerrichtet würde.

Auf Güterbahnhofe deselben Bahnnamens (sogenannter  
O. W.) wurde im vergangenen Herbst auch gebaut, beziehungs-  
weise vergrößert, weil die dortigen Lokale für die Unter-  
bringung der diversen Dienst- und Unterfunkräume nicht  
mehr ausreichten, beziehungsweise weil für den seit zirka  
zwei Jahren dorthin ins Exil geschickten Oberoffizial keine  
eigene Kanzlei vorhanden war. Der Bau dauerte einige Mo-  
nate und dürften die Kosten dies An- und Umbaus gewiß  
auch eine sehr beträchtliche Höhe erreicht haben. Als die Sache  
fertig war, hatte zwar der Herr Oberoffizial seine eigene  
Kanzlei, dagegen hatte man die Zugbegleiter obdacklos  
gemacht.

Obdacklos aus dem Grunde, weil man das Reser-  
vezimmer, welches auch vor dem Umbau schon sehr viel zu wün-  
schen übrig ließ, um zirka fünf bis sechs Quadratmeter ver-  
kleinert hat, und deshalb die dort aufgestellten 51 Ausrüstungs-  
kasten derart zusammengepresst werden mußten, daß der bis  
zu dieser Zeit dort befindliche Tisch samt Bänke keinen Platz  
mehr hatten, und gegenwärtig sich nur ein kleiner Tisch mit  
vier Stühlen, ganz nahe beim Ofen, befindet. Als Dekoration  
gab man obendrein noch die Tragbahre für Verletzte in dieses  
Zimmer, was gewiß auch nicht zur Heiligkeit dieses Raumes  
beiträgt. Die Eingangstür in dieses L. Lokal wurde so an-  
gebracht, daß die Zugbegleiter vor der Abfahrt und nach An-  
kunft um den ganzen Palast herumgehen müssen, um zu den  
Ausrüstungskästen zu kommen. Die Beleuchtung, System Auer,  
ist in ganz verwerflichem Zustand, weil dieselbe das ganze  
Zimmer nicht kontrolliert wird. Es gibt dort weder Neze noch  
Zylinder, und strömt das Gas, beziehungsweise die Flamme  
mit derartiger Vehemenz aus, daß man ganz gut von Feuer-  
gefährlichkeit sprechen kann. Da sich einige Ausrüstungskästen  
sowie Tisch samt Stühlen sehr nahe beim Ofen befinden, ist die  
Gefahr für den Ausbruch eines Feuers vorhanden.

Da nun dieses Zimmer nicht nur der ersten Reser-  
vierung, sondern auch jenen Partien eine Unterkunft gewähren soll,  
welche um Mitternacht oder nach Mitternacht wegfahren und  
wegen Ersparung des Sperrgeldes schon um 10 Uhr nachts  
vom Hauje weggehen, sowie für jene, welche in der Zeit von  
8 bis 5 Uhr früh ankommen und ebenfalls aus Ersparungs-  
gründen bis 5 Uhr früh am Bahnhof aufhalten, ist das  
Verlangen wohl hinreichend begründet, das Zimmer so her-  
zurichten, daß es für den Aufenthalt von Menschen wieder ge-  
eignet erscheint.

Es wäre daher folgendes notwendig: Die Eingangstür  
ist dort anzubringen, wo früher die Verbindung zum Zimmer  
der Wagenführer war, dagegen ist dort, wo sich die Eingangs-  
tür jetzt befindet, ein zweites Fenster anzubringen. Mindestens  
die Hälfte der Ausrüstungskosten ist aus dem Zimmer zu  
entfernen und im Raum des mittleren Einganges aufzu-  
stellen; der dadurch freigewordene Raum ist zur Aufstellung  
von Tischen und Bänken zu benützen. Beleuchtung und Ofen  
sind instand zu setzen und ist für regelmäßige Reinigung Sorge  
zu tragen.

Die Güterzugbegleiter ermahnen, daß die Durchführung  
dieser Maßnahmen nicht hinausgeschoben wird, weil dieselben  
ohnehin schon seit dem Herbst 1911 diesen Zustand ertragen  
müßten. Sache des Herrn Oberoffizials, welcher gewisser-  
maßen als Vorstand von O. W. fungiert, wird es sein, sich  
dafür einzusetzen, um so mehr als derselbe gewiß nicht über  
Dienstüberbürdung zu klagen hat und weil die Schaffung  
seines Bureau die Ursache war, daß das dortige Reser-  
vezimmer verkleinert wurde.

### Versammlungsberichte.

**Sigmundsherg.** Sonntag den 5. Mai l. J. sprach hier  
in einer sehr gut besuchten Vereinsversammlung Genosse  
Kobler über die einstigen Rünfte und die heutigen Gewerks-  
schaften und erntete für seine vortrefflichen, sachlichen Aus-  
führungen reichlichen Beifall.

**Wien-Meidling.** Am 15. Mai l. J. um 7 Uhr abends fand  
in Meidling im großen Saal des Arbeiterheims eine große,  
sehr gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, mit der  
Tagesordnung: 1. Nachlauf der provisorischen Dienstjahre der  
Pensionsfondsmittglieder (Unterbeamte und Diener) und An-  
rechnung der anderthalbfachen Dienstzeit der Zugbegleiter. 2. Die  
Baugenossenschaft der Südbahner. 3. Einschränkung der  
Zahrbegünstigungen. 4. Eventuelles.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung teilte das gewählte  
Pensionsfondsausschussmitglied Genosse Scherbaum fol-  
gendes mit:

Der Nachlauf der provisorischen Dienst-  
jahre wurde in der am 9. Mai l. J. stattgefundenen Pen-  
sionsauswahlsitzung beschloffen.

Der Nachlauf wird in einem V. Anhang zu den  
Statuten des Pensionsinstituts für Diener der l. u. priv.  
Südbahngesellschaft dauernd festgelegt und tritt am 1. Juli  
1912 in Kraft.

Einen definitiv angestellten Unterbeamten oder Diener  
kann bei zufriedenstellender Dienstleistung nach dreijähriger  
Teilnahmezeit an Pensionsinstitut für Diener vom Verwal-  
tungsrat im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die  
Anrechnung einer Dienstzeit gewährt werden, welche das Mit-  
glied vor Beginn seiner Teilnahmezeit an diesem Pensions-  
institut in gesellschaftlichen Diensten zugebracht hat.

Die anzurechnende Dienstzeit darf nicht weniger als  
einen Monat und nicht mehr als fünf Jahre betragen; Zeit-  
räume unter einem Monat bleiben unberücksichtigt.

Die Dienstzeit, die einem Mitglied auf Grund der mit  
Zirk. 254 A 1903 in Kraft gesetzten Bestimmungen des § 13  
der Statuten angerechnet wurde, wird in das zulässige fünf-  
jährige Höchstmaß eingerechnet.

Von jener Dienstzeit, die ein Mitglied auf einem  
systemisierten Posten im Taggeld zugebracht hat, mit welchem  
die Anwartschaft auf dreimonatige Anstellung verbunden war,  
bleibt ein Jahr, von der sonstigen Dienstzeit bleiben zwei  
Jahre von der Anrechnung ausgeschlossen.

Im Falle einer Unterbrechung der Dienstzeit kann auch  
die Anrechnung der vor der Unterbrechung zurückgelegten  
Dienstzeit gestattet werden.

Die Anrechnung einer Dienstzeit kann nur dann be-  
willigt werden, wenn das Mitglied im Aktivstand darum an-  
gesucht hat.

Das Ansuchen um Dienstzeitanrechnung ist binnen sechs  
Monaten nach Ablauf der dreijährigen Teilnahmezeit am  
Pensionsinstitut für Diener, wenn aber das betreffende Mit-  
glied zu diesem Zeitpunkt noch nicht definitiv angestellt ist,  
binnen sechs Monaten nach seiner definitiven Anstellung im  
Dienstweg einzubringen.

Die Dienstzeitanrechnung wird mit dem Zeitpunkt der  
Bewilligung wirksam.

Bei der Pensionsberechnung wird die auf Grund der  
vorstehenden Bestimmungen angerechnete Dienstzeit erst nach  
der übrigen anrechenbaren Dienstzeit, und zwar stets gemäß  
§ 7, Absatz 2, der Statuten angerechnet.

Für die Dienstzeitanrechnung hat das Mitglied als  
besonderen Beitrag 10 Prozent des Jahresgehaltes, mit  
welchem es dem Pensionsinstitut für Diener beigetreten ist,  
und der Nebenbezüge, das ist eines Fünftels des erwähnten  
Jahresgehaltes, für jedes angerechnete Jahr zuzüglich 4 Pro-  
zent Zinsen von der hienach sich ergebenden Summe für die  
im 3. Absatz dieses Artikels bestimmte Zeit zu entrichten.

Gehört das Mitglied dem Pensionsinstitut mit den  
Nebenbezügen überhaupt nicht oder nur in der Höhe eines  
Sechstels des Jahresgehaltes an, so ist der 10prozentige Bei-  
trag nur vom Jahresgehalt, beziehungsweise vom Jahres-  
gehalt und von den Nebenbezügen in der Höhe eines Sechstels  
des Jahresgehaltes zu entrichten.

Die gemäß Absatz 1 zu zahlenden Zinsen sind für  
die ganze Dauer der bisherigen Teilnahmezeit bis zum letzten  
jenes Monats, in welchem das Ansuchen um Dienstzeitanre-  
chnung bewilligt wurde, und der neu angerechneten Dienstzeit  
zu berechnen.

Der im Artikel IV für die Dienstzeitanrechnung festge-  
setzte besondere Beitrag ist binnen einem Monat nach Erhalt  
der Bewilligung über die Bewilligung der Dienstzeitanre-  
chnung bar zu entrichten; über Ansuchen kann die Abstattung  
des besonderen Beitrages samt 4prozentigen, stufenweise zu  
berechnenden Zinsen in höchstens 60 durch Abzug von den Be-  
zügen hereinzubringenden Monatsraten gestattet werden.

Sapitet im Zeitpunkt des Ausscheidens eines Mitgliedes  
aus dem gesellschaftlichen Dienst der für die Dienstzeitan-  
rechnung zu leistende besondere Beitrag ganz oder zum  
Teil aus, so wird der ausstehende Betrag von der Pension des  
Mitgliedes, beziehungsweise von der Pension seiner Hinter-  
bliebenen, eventuell von der Abfertigung der Witwe (§ 11,  
Punkt 2, der Pensionsstatuten) hereingebracht.

Es werden Listen aufgelegt, worin die Pensionsfondsmit-  
glieder die nachzulauende Zeit eintragen können. Der  
Nachlauf beginnt am 1. Juli 1912. Die dormalen in gesell-  
schaftlichen Diensten stehenden Pensionsfondsmittglieder, auf  
welche die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, müssen sich  
um den Nachlauf bis 31. Dezember 1912 melden. Wer später  
kommt, wird abgewiesen werden.

Diejenigen, welche vom 1. Jänner bis 30. Juni 1912  
pensioniert worden sind, sich etwas nachlaufen können oder  
wollen, haben sich auch bis 1. Juli 1912 darum zu melden.

Sollte eventuell ein solch pensioniertes Mitglied ge-  
storben sein, so bleibt der Nachlauf den Hinterbliebenen bis  
31. Dezember 1912 gewährt, doch heißt, daß die Hinterbliebenen  
um den Nachlauf selbst hütlich werden können.

Anschließend hierauf berichtete das Ausschussmitglied  
Scherbaum, daß die nächste Reform im Pensionsfonds  
diejenige sein werde, den Hinterbliebenen derjenigen Pensions-  
fondsmittglieder eine Minimalpension zu sichern, die vor er-  
reichter Pensionsfähigkeit mit Tod abgehen.

Zum Sinne des § 8 des Pensionsstatuts hat die Witwe  
eines Mitgliedes nur dann einen Anspruch auf eine Pension,  
wenn sich das Mitglied selbst einen solchen Anspruch erworben  
hat. Dieser Anspruch wird erst dann erworben, wenn ein Mit-  
glied für acht Jahre die Beiträge geleistet hat. Diejenigen  
Witwen solcher Mitglieder, welche bei ihrem Ableben noch  
keinen Pensionsanspruch erworben haben, erhalten nur eine  
Abfertigung im Betrage eines dreimonatigen Gehaltes samt  
Nebenbezügen des Gatten.

Um solchen Witwen die Pension zu sichern und ehelichen  
Kindern einen Erziehungsbeitrag zu gewähren, wird die Re-  
form eingeführt, und zwar in dem Sinne, daß es für die ver-  
ehelichten und in den Pensionsfonds aufgenommenen Mit-  
glieder obligatorisch sein wird, für die vor der Einführung schon  
in gesellschaftlichen Diensten stehenden Bediensteten freigestellt  
bleibt, ob selbe davon Gebrauch machen wollen oder nicht.

Als laufender Beitrag würden 3 Prozent vom jewei-  
ligen Gehalt und dem Fünftel des Gehaltes zu leisten sein, und  
zwar von denjenigen Mitgliedern, welche sich vor Ablauf von  
acht anrechenbaren Dienstjahren verheiraten.

Die Verpflichtung zur Leistung dieses dreiprozentigen  
besonderen Beitrages erlischt mit Ablauf des achten anrechen-  
baren Dienstjahres oder vor diesem Zeitpunkte mit dem Ab-  
leben des Mitgliedes, mit dem Ableben seiner Gattin, mit der  
Ehescheidung, wenn eheliche Kinder von unter 18 Jahren nicht  
am Leben sind.

Nach Durchführung dieser Aktion wird sich der Pensions-  
ausschuss mit der Anrechnung der anderthalbfachen Dienstzeit  
für die Zugbegleiter befassen.

Die Ausführungen des Genossen Scherbaum wurden  
mit Beifall aufgenommen. Nach Abführung einer kurzen De-  
batte referierte sodann Genosse Weigl zum 2. Punkt der  
Tagesordnung, welche auseinander, mit welchen Schwierigkeiten  
die Baugenossenschaft zu kämpfen habe, und erklärt schließlich,  
daß die Vorarbeiten für Wien so weit gediehen seien, daß in  
möglichst kürzester Zeit entweder auf dem sogenannten Tisch-  
platz, der der Südbahn gehört und die ihn bereitwilligst der  
Genossenschaft abtreten werde, oder in der Nähe der Train-  
kaserne oder aber auf beiden Plätzen gebaut würde. Es  
würden schließlich über seine Anregung einige Vertrauens-  
männer bestimmt, die die genannten Baupläze zu besichtigen  
und dann der Genossenschaft einen dem Wünsche der Mit-  
glieder entsprechenden Vorschlag zu machen hätten.

Auch zum dritten Punkt referierte Genosse Weigl,  
der ausführte, daß das ganze Amtam, das gegenwärtig auf  
der Südbahn von gewissen Leuten und Vereinen idegen der  
angehlich geplanten Einschränkung der Zahrbegünstigungen  
gemacht wird, eine zwecklose Wichtigerei sei. Wichtig sei wohl,  
daß im nächsten Jahre die Direktorenkonferenz zusammen-  
treten werde, um über die Zahrbegünstigungsfrage bestehende  
Beschlüsse zu erneuern oder neue festzusetzen; auch das Parla-  
ment besahe sich mit dieser Frage, aber richtig sei auch, daß die  
Gewerkschaft dieser Frage gegenwärtig volle Aufmerksamkeit  
zuwenden, daß aber vorläufig zum Lärm schlagen noch keine  
Ursache vorhanden ist. Sollte man es aber dennoch wagen,  
die gegenwärtig geltenden Zahrbegünstigungen einzuschränken,  
dann werden die Gewerkschaft und hoffentlich auch alle Südbah-  
ner ihre Pflicht erfüllen und eine solche Schädigung, nicht  
nur der Südbahnbediensteten, sondern aller Eisenbahnbedien-  
steten, mit allen Mitteln bekämpfen. (Großer Beifall.)

Die schöne Versammlung wurde um 10 Uhr nachts  
geschlossen.

**Wolfsberg.** Am 26. Mai sprach hier Genosse Hartl  
aus Wien in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung in  
einem 2 1/2 stündigen Referat, welches beifällig aufgenommen  
wurde.

**Wiener-Neustadt.** Am 23. Mai fand im Arbeiterheim  
eine massenhaft besuchte Versammlung der Heizhaus- und

Stationsarbeiter sowie Magazinsdiener statt, in welcher Ge-  
nosse Kowac über „Die Lohnaufbesserung der Südbahnver-  
waltung“ referierte. Zum Schluß wurde folgende Resolution  
angenommen:

„Die heute am 23. Mai tagende Profesterversammlung der  
Heizhaus-, Magazin- und Stationsarbeiter sowie die stabilen  
Stationsarbeiterinnen erklärt, daß die minimale Aufbesserung  
von 10 S. absolut ungenügend ist. Bevor jedoch die durch die  
minimale Aufbesserung enttäuschten Arbeiter endgültige  
Schritte zur Erreichung ihrer berechtigten Ansprüche unter-  
nehmen, fordern sie die Zentrale des Allgemeinen Rechtschutz-  
und Gewerkschaftsbundes für Oesterreich sowie den Arbeiter-  
ausschuss der Südbahn auf, bei der Generaldirektion vorzu-  
sprechen, daß eine den Verhältnissen entsprechende Lohnauf-  
besserung durchgeführt und alle im Taglohn stehenden Profes-  
sionisten, welche im Gärtenausgleich nicht berücksichtigt wurden,  
befriedigt werden.“

**Prerau I.** Am 30. Mai tagte hier eine gutbesuchte Ver-  
sammlung der Zugbegleiter, in welcher Genosse Koranda  
über die „Verletzungen der Revisionsoberkondukteure“ referierte.

**Jansbrud.** Die organisierten Verschieber der Südbahn  
in Jansbrud hielten am 11. April und 4. Mai l. J. im Gast-  
hof des Herrn Biedl Kategorienversammlungen mit folgender  
Tagesordnung ab: 1. Die Ermöglichung des Uebertrittes in  
eine andere Kategorie. 2. Montur- und Verschubzulage.  
3. Postnormierung. Bei diesen Versprechungen wurde von den  
Verschiebern bitter darüber geklagt, daß es jedem Bediensteten  
möglich ist, vorwärtszukommen. Bei den Verschiebern ist dies  
unmöglich; ja nicht einmal Partieführer kann er werden, wenn  
er auch Schule, und alles hiezu notwendige nachweist. Der  
Dienst des Verschiebers ist derart anstrengend, daß fast jeder  
schon nach einigen Jahren unbrauchbar wird. So wichtig der  
Verschubdienst ist, wird er trotz der Gefahren, denen jeder Be-  
dienstete dieser Kategorie ausgesetzt ist, nicht gewertet. Es be-  
schleicht somit die Verschieber das beängstigende Gefühl, stets  
als Zurückgekehrte zu gelten. Nachdem naturgemäß jeder Mensch  
bestrebt ist, vorwärtszukommen, und fast in allen Berufen und  
Stellungen jedem Individuum der Aufstieg ermöglicht ist, so ist  
es nur ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn die Verwaltung der  
Südbahn die Bitte des Verschieberpersonals stattgeben würde, und  
dem jeweiligen Ansuchen eines Verschiebers um Uebertritt in  
eine andere Kategorie, speziell zum Jahrdienst, ermöglichen  
würde. Zahrbegünstigung bestand in den meisten Dispositions-  
stationen die Gelegenheit, daß, bevor ein Bediensteter als Aus-  
schubkondukteur einberufen wurde, dieser durch längere Zeit ge-  
tuppelt haben muß — weil man sonst ihn als minderwertigen  
Kondukteur angesehen hätte — für die Abwicklung des Verkehrs  
(Zahrbienst) wäre es nur von Vorteil, wenn gewisse Ver-  
schieber als Kondukteure in den Partien eingeteilt wären.

Auch die Zahl der Verunglückungen würde sich infolge  
eines praktisch geschulten Personal vermindern.

Bei Zahrbegünstigungsübergängen bekommen die Wagen-  
meister und Partieführer alle Aufträge schriftlich. Die Ver-  
schieber laufen in der Station unruhig herum; die Zahrbegünstigungen  
sowie die Befehle über Zusammenstellung der Gar-  
nituren, Einreichung verschiedener Kurswägen in die Personen-  
und Schnellzüge zc. werden meistens den letzten Tag vor In-  
krafttreten der neuen Anordnungen ausgegeben. Wißen muß,  
unschuldig und unverbiedt, diese nachlässige Einführung der  
Verschieber. Ist irgend etwas nicht in Ordnung, so fallen alle  
über diese armen Teufel her, beschimpfen sie in der ordinärsten  
Art und Weise — und dies oft vor dem reisenden Publikum.  
Es ist beschämend, wenn erwachsene Männer, Männer mit  
Rang und Ansehen — die als Vorgesetzte geachtet und respek-  
tiert werden wollen — über wehrlose Bedienstete herfallen und  
Bedienstete, welche jahrelang ohne Aufwand brav und nüchtern  
ihren Dienst versehen, mit Trottel, Gauner und dergleichen  
mehr titulieren.

Ob unter solchen Umständen die Liebe zum Dienst, das  
Verantwortlichkeitsgefühl bei der Kategorie Verschieber gehoben  
wird, soll sich die Verkehrsverwaltung selbst beantworten.

Erkrankt ein Partieführer oder geht er auf Urlaub, so  
ist die Ersatzfrage nirgends geregelt. Daß dann Verwendungen  
von bald jüngeren, bald älteren, von einer anderen Partie zc.  
nicht für eine klägliche Abwicklung des Dienstes sprechen, liegt  
auf der Hand. Nach unserer Meinung könnte der Schulbeamte  
eine Anzahl von Verschiebern, die sich zum Partieführerdienst  
eignen, in Listen führen und den notwendigen Ersatz der  
Reihenfolge oder nach Rang kommandieren; außerdem ist bei  
einer so wichtigen Kategorie das Vertrauensmännersystem eine  
unumgängliche Notwendigkeit. In jedem Dienstzweig sind un-  
zählige Uebelstände, die die Vorgesetzten nicht wissen, und auch  
nicht wissen können. Zur Regelung und Beseitigung von Uebel-  
ständen gehören Leute, die den Vorgesetzten Meldungen zc. er-  
statten. Beschwerden und Anliegen müssen aber früher beraten,  
auf ihre Richtigkeit geprüft werden, und können erst dann  
mündlich oder schriftlich überreicht werden. Hierzu aber sind ge-  
wählte Vertrauensmänner unerlässlich. Wir hoffen, daß sich  
die Verschieber aller Stationen der Südbahn unseren beschei-  
denen Forderungen anschließen.

Was die Punkte 2 und 3 anbelangt, wurde konstatiert,  
daß die gewählten Vertreter in der Personalkommission der  
Südbahn sowie die gewählten Zentral-Personalkommissions-  
mitglieder der Staatsbahnen, alle notwendigen Anträge einge-  
bracht haben, und nun liegt es in den Händen der Bahner-  
verwaltungen, diese längst otwendigen und bescheidenen Wünsche  
ihrer Verwirklichung zuzuführen.

### Aus den Organisationen.

**Willach, Ortsgruppe II.** (Abschied des Ge-  
nossen Fr. Ruzicka. Anlässlich des Domilwechfels  
unseres Hauptvertrauensmannes Genossen Fr. Ruzicka fand  
am Mittwoch den 29. Mai l. J. eine Abschiedsfeier im Ver-  
einslokal, Ratmunds Gasthaus, Klagenfurterstraße 86, veran-  
staltet von der Ortsgruppe II, statt. Vertreten waren  
außer der Ortsgruppenleitung die Ortsgruppe I Willach, die  
Ortsgruppen der Zugförderung Warburg und Biegg, der  
Eisenbahngesangverein „Hugrad“ in Willach, die Bezirksver-  
tretung, der Gewerkschaftsverband, die Ortsgruppe der „Natur-  
freunde“, der Verein „Freie Schule“ und die Organisation  
von Willach. Der zahlreiche Besuch bewies, daß sich Genosse  
Ruzicka während seiner hierortigen Tätigkeit allgemeine An-  
erkennung erworben, welche ihm die Genade bietet, daß sein  
Wirken allgemein anerkannt wird. Zudem die Ortsgruppen-  
leitung der festen Ueberzeugung ist, daß Genosse Ruzicka auf  
seinem neuen Posten seine Ueberzeugung und sein Können  
in den Dienst seiner Kollegen wie bisher stellen wird, wünscht  
ihm und seiner Familie in seinem neuen Domizil viel Glück,  
ihm jedoch in seiner neuen Laufbahn rufen wir ein kräftiges  
„Bahn frei!“ zu.

Die Ortsgruppenleitung II, Willach.  
**Mährisch-Odrau-Oderfurt.** Am 21. Mai hielt die Orts-  
gruppe die ordentliche Generalversammlung ab. Als Referent  
war Genosse Koranda Generalreferent. In den Ausschuss wurden  
folgende Genossen gewählt: Franz Gigg, Obmann, Rudolf  
Fischer, Schriftführer; Rudolf Gante, Kassier; Heinrich  
Blazej und Anton Hofinka, Bibliothekare; Franz W-  
tetzek und Franz Praxda, Ausschussmitglieder; Josef  
Stejskal und Franz Ruzicka, Revisoren. Sämtliche Zu-  
schriften sind zu richten an: Franz Gigg in Oderfurt,  
Jahustraße 228, in Gelbangelegenheiten an: Rudolf  
Gante, in Oderfurt, Maria Annerstraße 582. Als

Substanz für die Montanbahn wurden die Genossen A a d o...

An diejenigen Mitglieder, welche die Bibliothek benützen, ergeht das Ersuchen, die Bibliotheksbücher mit mehr Sorgfalt zu behandeln als im Vorjahr.

Wien-Penzing. Nachdem Genosse Herzog verfehlt wurde, so werden die Mitglieder vom Verschubpersonal aufgefordert, ihre Monatsbeiträge von nun an dem Genossen M o s z zu übergeben.

Berschiedenes.

Nehmen die Erkrankungen an Tuberkulose wirklich ab? Uns wird geschrieben: Aus dem Ansteigen der mittleren Lebensdauer der deutschen Bevölkerung um volle 10 Jahre, von 32 auf 42 Jahre, und aus dem Rückgang der Sterblichkeit an Tuberkulose, die jährlich jetzt ungefähr 60.000 Fälle umfaßt, hat man auf ein Zurückgehen der tuberkulösen Erkrankungen überhaupt geschlossen.

Was weiter die Statistik anbetrifft, so muß man sich vor Augen halten, daß viele Tuberkulose ebenso oder vielleicht noch mehr als andere Menschen an interkurrenten (hinzutretenden) Krankheiten (Lungenentzündung, Typhus, Unfall) sterben und in Zahlung auf das Konto dieser Krankheit fallen, mithin die Tuberkulosestatistik günstig beeinflussen.

Allein wenn ziffermäßig bewiesen werden könnte, daß die Tuberkulose trotz aller Maßnahmen nicht im Abnehmen begriffen ist, so ist doch schon viel gewonnen, wenn es gelingt, die Krankheitsdauer, das ist aber die Lebensdauer zu verlängern. Chronische Krankheiten völlig ausheilen zu wollen, ist für den Arzt ein vorläufig noch unerreichtes Ideal.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Sommerkurse. Wie alljährlich eröffnet auch heuer in den Monaten Juni und Juli die bestbekannte Fachschule S. Gutsch u. Komp., Wien II, Leopoldsgasse 26, ihre Sommerkurse für Stenographie und Maschinenschriften.

Mitteilungen der Zentrale.

Verwaltungskomiteesitzung am 29. Mai 1912. — Gemeinsame Beratung mit den Rechtsanwältinnen Doktor Garpner und Dr. Kab über die Durchführung der Rechtsfälle. — Erledigung mehrerer Personalangelegenheiten und des vorliegenden Einlaufes.

Sprechsaal.

Fünfte Eisenbahner-Effektenlotterie.

Bei der am 3. Juni 1912 unter behördlicher Aufsicht in der Staatskubdenkaffe zu Wien vorgenommenen Ziehung obiger Lotterie, deren Reingewinn zur Unterstützung verunglückter und unverschuldet in Not geratener Eisenbahner gewidmet ist, fiel der aus einem großen, prachtvollen Brillantschmuck im Werte von 60.000 Kr. bestehende 1 Haupttreffer auf das Los Nr. 149.177; der 2. Haupttreffer auf das Los Nr. 254.565 (Wert 3000 Kr.); der 3. Haupttreffer auf das Los Nr. 391.394 (Wert 1000 Kr.); je 500 Kr. gewinnen die Lose Nr. 422 und 90.323; je 50 Kr. gewinnen die Lose Nr. 149.167 bis 149.187; je 10 Kr. jene Lose, deren Nummer mit 828 enden, so zum Beispiel 828, 1828, 2828 u. s. w. bis 999.828; je 5 Kr. gewinnen jene Lose, deren Nummer mit 02 enden, so zum Beispiel 02, 102, 202, 302 u. s. w. bis 999.002.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Villach!

Die Wächter der k. k. Bahnerhaltungssektion Mittelfeld der Strecke St. Michael-Zeltweg erlauben sich die höfliche Anfrage, wieso es kommt, daß die betroffenen Wächter noch immer jene Strecke vom Graje reinigen müssen, wie früher bei dem bedeutend schwächeren Verkehr auf einem Geleise. Da durch die Legung des zweiten Geleises der Verkehr sich immer mehr verdichtet und die Pausen zwischen den einzelnen Zügen dadurch verringert werden, so bitten die überbürdeten Wächter dieser nun doppelgleisigen Strecke um eine baldige, gerechte Abhilfe.

An die k. k. Direktion der Staatsbahngesellschaft!

Die Lokomotivbeizer des Heizhauses Stadlau erlauben sich die höfliche Anfrage, wann die bereits am 1. Oktober 1911 bewilligten blauen Leinenanzüge ausgefolgt werden?

An die k. k. Staatsbahndirektion Linz!

Die Kangleidner des Frachtenexpedit Linz haben um Verbesserung ihrer Diensterteilung mittels Gesuche als auch durch deputative Vorträge bei Herrn Hofrat Dr. Messerlinger angefleht, und es wurde ihnen eine Verbesserung zugesichert. Da die Diensterteilung früher besser war, und nur durch willkürliche Interpretation der Direktions- sowie Ministerialerlässe verschlechtert wurde, bitten die Betroffenen, die Direktion Linz möge die Sache untersuchen und endlich Wandel schaffen, damit diesbezüglich Ordnung einkehrt.

An die Generaldirektion der k. k. priv. Südbahn.

Es hatten einige Unterbeamte der k. k. Südbahn das Malheur, zu einer 13tägigen Waffenerübung im vorigen Jahr einzurücken. Wie erlautet waren sie aber, als ihnen in der nächsten Gehaltsliste die Hälfte von ihrem Strecken-, beziehungsweise Reiseaufschale abgezogen wurde. Es stand ganz einfach mit roter Tinte — Minus — Waffenerübung soundso viel Kronen. Alle Anfragen der Vorgesetzten und der Betroffenen wurden ignoriert. Auf Grund des Zirkulars 465 A 1910 bitten die Geschädigten eine k. k. Generaldirektion, die Angelegenheit zu untersuchen und uns Geschädigten zu unserem Rechte zu verhelfen.

An die Direktion der k. k. Nordbahn!

Die Signalmeister der k. k. Nordbahn fragen an, aus welchem Grunde denselben die Fahrordnungen vorenthalten werden. Dieselben benötigen die Fahrordnung dringend, umsomehr dieselben fortwährend Montierungen auf der Strecke vorzunehmen haben und durch diese Nichtbeteiligung vom Verkehr der Züge keine Kenntnis haben.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Reunfirchen. Sonntag den 23. Juni 1912, 8 Uhr nachmittags, in Anton Spieß' Gasthaus, Bahnstraße 47, Eisenbahnerversammlung mit der Tagesordnung: „Die Eisenbahner und das Parlament“, Referent aus Wien.

Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Simberg. Sonntag den 16. Juni, um 3 Uhr nachmittags findet in Herrn A. Dösch' Gasthaus in Simberg eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt. Da selbe von großer Wichtigkeit ist, ist es Pflicht eines jeden Eisenbahners, zu erscheinen. Referent aus Wien.

Ortsgruppe Prerau. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Genosse Franz S molka als Kaspporteur gewählt wurde. Derselbe ist berechtigt, Mitgliedsbeiträge einzulieben. Ferner sind die Genossen Prasil, Polzer, Tlapa und Walter mit dem Einschleusen von Beiträgen betraut. Für an andere als hier angeführte Personen geleistete Zahlungen übernimmt die Ortsgruppe keine Verantwortung.

Ortsgruppe Linz. Die Mitglieder der Ortsgruppe werden aufmerksam gemacht, daß ab 1. Juli l. J. die Bibliothek geschlossen wird behufs Revision und Umgestaltung. Die Mitglieder wollen die Güte haben, bis längstens 1. Juli alle Bibliotheksbücher zurückzustellen.

Lundenburg. Wegen Revision der Bücher bleibt die Bibliothek vom 1. Juli bis 1. September geschlossen. Die geehrten Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bücher bestimmt bis 1. Juli abzugeben.

Ortsgruppe Sigmundshberg. Den werten Genossen diene zur Kenntnis, daß Sonntag den 16. Juni l. J. um 9 Uhr vormittags in Herrn Siedlers Gasthaus in Mannigall bei Gars eine öffentliche Vereinsversammlung mit wichtiger Tagesordnung stattfindet. Referent Genosse Hofbauer. Die Genossen der Kampftruppe werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Kein Oberbauarbeiter fehle.

Zahlstelle Hartberg. Die Mitglieder der Zahlstelle werden aufgefordert, von nun an ihre Monatsbeiträge und sonstigen Gelder nur an den Kassier der Zahlstelle, Genossen Markus Böck, abzugeben.

Ortsgruppe Rudig. Am 23. Juni findet im Gasthaus Morgenstern in Rudig, nachmittags 4 Uhr, die halbjährige Generalversammlung mit der Wahl der Funktionäre und der Wahl eines Delegierten für die Konferenz in Wien statt. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Sollte um 4 Uhr die Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet die Wahl eine Stunde später ohne Rücksicht auf die Anzahl der Mitglieder statt.

Ortsgruppe Zeltweg. Montag den 1. Juli 1912 um 1/8 Uhr abends findet in Richters Saal die diesjährige Generalversammlung statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Abstempelung und Kontrolle an den Kassier abzugeben und pünktlich und vollzählig die Generalversammlung zu besuchen. Die Frauen sollen mitgenommen werden. Gäste sind willkommen.

Brünn II. (Kaiser Ferdinands-Nordbahn.) Von nun ab befindet sich unser Vereinslokal in Weigners Restaurant, Grillwägasse 55, und werden die Monatsversammlungen jeden 3. und 18. abgehalten. Fällt an einem dieser Tage ein Feiertag, so findet dieselbe den nächstfolgenden Tag statt. Zutreffend sind zu richten an Genossen Johann Weiner, Kondukteur, Janowitzgasse 17.

Ortsgruppe Duz. Den geehrten Mitgliedern wird zur Kenntnis gebracht, daß die nächste Monatsversammlung erst am 14. Juli stattfindet, nachdem am 7. Juli das 15jährige Gründungsfeiertag abgehalten wird. Wir fordern alle Mitglieder sowie alle Ortsgruppen der Umgebung auf, für dieses Fest

sich nach besten Kräften einzusetzen und zu agitieren, um den Organisationsgedanken zu verbreiten. Weiters werden die Mitglieder aufgefordert, hauptsächlich jene, die der Sterbekasse beigetreten sind, mit ihren Beiträgen nicht so lange im Rückstand zu bleiben, der Beitrag zur Sterbekasse muß ja mit dem Monatsbeitrag in einem bezahlt werden, da sonst dem Kassier sowie der Zentrale unnütze Arbeit und Ausgaben für Porto entstehen.

Inhalt der Nummer 16 vom 1. Juni 1912.

Artikel. Jubiläumsversammlungen. Regierungsbau für die Deutschnationalen. Die Forderungen der Eisenbahner im Budgetausgleich. Die Arbeiterkassen und der Nationalismus. Das Erbbaurecht. Die Beamtenbewegung. Zerplittern oder Vereinen? Die österreichischen Staatsbahnen in den Jahren 1901 bis 1910. Konferenz der Kangleidner. Delaglio. Das Schaupielhaus der freien Volksbühne.

Feuilleton: Menschenrechte. Inland. Ausland. Aus dem Gerichtssaal. Streiflichter. Korrespondenzen. Versammlungsberichte. Aus den Organisationen. Verschiedenes. Technisches. Literatur. Eingekendet. Mitteilungen der Zentrale. Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“. Sprechsaal. Offene Anfragen. Freie Eisenbahnerversammlungen. Allgemeiner Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein.

Briefkasten der Redaktion.

1868. Sie sind am Härtenausgleich mit einem Ausgleichsjahr beteiligt und rücken am 1. Jänner 1913 in die Gehaltsstufe von 1100 Kr. vor. Die Löhne sind nicht gezogen. A. M. und M. G. — Derartige Bezugsquellen sind uns nicht bekannt. — J. W., Schönhof, Wird brieflich erledigt. — N. A. in M. Eine derartige Abgabequelle ist uns nicht bekannt. — M. St., Leoben. Wenden Sie sich an das Spar- und Vorschußinstitut „Flugrad“, Wien, IV, Kleine Neugasse 8. — 1000: Ihre nächste Vorrückung in die Gehaltsstufe von 1200 Kr. erfolgt am 1. Jänner 1915, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß die dreijährigen Fristen auch weiter bestehen bleiben. Am Härtenausgleich sind Sie nur mit einem Kürzungsjahr beteiligt, da Sie nur 9/4 Differenzjahre haben.

Interate. Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. Immer geordnete Verträge. 00 antwortung. 00

Extraktreiche und wohlbekömmliche Likör-Essenzen für mindestens 12 Liter ausreichend. 1 Dutzend Flaschen, sortiert K 3.— franko überallhin gegen Nachnahme.

Chemische Werke, Ignaz Althammer, Königinhof a. Elbe 54, Böhmen.

DRUCK- U. VERLAGS- ANSTALT VORWÄRTS. Wien V, Rechte Wienzeile 97. Liefert Vereinen und Organisationen Druckarbeiten rasch in tadelloser Ausführung und zu sehr coulanten Bedingungen. Telephon 2364, Telephon 3545.

Bettfedern. Fertige gefüllte Betten. 1 Alto graue gefüllte K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße prima K 2.80, weiße K 4.—, prima damenweiße K 6.—, hochprima K 7.—, 8.— und 9.60, Dauen, graue, K 6.—, 7.—, weiße prima K 10.—, Brustbaum K 12.— von 6 Alto an feinst.

Billige Bettfedern und Dauen. Fertige gefüllte Betten. aus dichtabigen, roten, blauen, gelben oder weißem Füllst (Ranfting), 1 Tugend, ca. 180 Cm. lang, 120 Cm. breit, samt 2 Kopfpolstern, jeder ca. 80 Cm. lang, 60 Cm. breit, genügend gefüllt mit neuen, grauen, flammigen und dauerhaften Bettfedern K 16.—, Halbdaunen K 20.—, Daunenfedern K 24.—, Einzelne Tugend K 10.—, 12.—, 14.—, 16.—, Einzelne Kopfpolster K 3.—, 3.50, 4.—, Tugend, 200x140 Cm. groß, K 13.—, 15.—, 18.—, 20.—, Kopfpolster, 60x70 Cm. groß, K 4.50, 6.—, 5.50. Unterfütten aus bestem Bettgrob, 180x116 Cm. groß, K 13.— und K 15.—, verendet gegen Nachnahme oder Vorauszahlung.

Schutzmittel „OLLA“. Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4.—, 6.—, 8.— und 10.—. Von mehr als 2000 Ärzten bogachtet und empfohlen. Frauenschutz, ein Ideal für jede Frau, jahrelang brauchbar, per Stück K 3.—, 5.— und 10.—. Neuheit für Herren, dauernd verwendbar, per Stück K 2.—. — Versand diskret. — Preisliste mit vielen Neuheiten gratis. (Verschlossen nur gegen 20 Heller-Marke.) J. Gruner, hygien. Fabrikslager, Wien V/2, Schönbrunnerstr. 141/E. Klage sich jedermann nur selbst an, wenn er unzufrieden ist. Wer meine Schutzmittel nur einmal versucht, glaubt gleich Kolumbus Amerika entdeckt zu haben. (Adressa beachten.)

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund. Ihre allgemeine Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn sie den echten Feller's Fluid m. d. M. „Eisfluid“ benützen. Probedugend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker G. B. Keller in Stubica, Slavagk Nr. 191 (Kroatien.)

# Mitglieder-Versammlungen

der  
**Bau- u. Wohnungsgenossenschaft für Bedienstete der 1. t. priv. Südbahn-Gesellschaft**  
 mit der Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten für die Mitglieder und Erfahrmänner des Vorstandes der Genossenschaft, haben statt:  
 für die Gruppe der Arbeiter ... am 11. Juni 1912  
 " " " " Diener ... " 12. " 1912  
 " " " " Unterbeamten " 13. " 1912  
 um 8 Uhr abends im Wimmers Gasthaus, Wien X, Johannitergasse 1,  
 für die Gruppe der Beamten am 14. Juni 1912  
 um 8 Uhr abends in Josef Haindels Restauration, Wien IV, Favoritenstraße 54.

## Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf!

Von Berghäusern eleganteste Herrenanzüge von K 14,-, Hüter von K 10,-, Robentöcke, Bettdecken von K 8,-, Kissen von K 4,- aufwärts, von seiner Herren-, Damen- und Kinderwäsche, fertige **Großes Lager** Bettwäsche, weiß oder färbig, nur K 6,-, Bettfächer K 1,20, schwere Bettzeuge, Damastgrübel, Bettuch, Leinen, Glistone, Angine, der Stadt nur K 9,-, Handtücher, Tischtücher, Vorhänge K 3,-. **Garantiert nur gebrauchte Ware, alles erstaunlich billig.** Einzige in Wien nur bei **Goldstein, VII, Kaiserstrasse 40.**  
 Auch Kleiderfabrikant, der Frau K 8,-. Provinzialverband reell per Nachnahme.

**Wmson**  
 nach der allgemeinen **Teuerung** erhöht **Jeder** einen schmerzhaften **Gegenstand** durch ein **kg** **Polypat**  
**Roggen-Kaffee**  
**„Probat“**  
 besteht 1 Polypat nur **K 3,70** franko jedes Polypat per **Nachnahme**.  
**„Probat“**  
 gibt allein ohne teuren **Wohnungszufuhr** einen **gesunden u. schmackhaften** Kaffee. Nur echt bei **Verkauf der Säcken mit Marke „Probat“**.  
**Bernsdorfer Getreide-Möhlerei**  
 Bernsdorf 5  
 b. Teufenthan, Böhmen.

**Halt!**  
  
**Reste**  
 von Herren- u. Damenstoffen, welche sich im Verlauf der Saison angehäuft haben, gebe ich, solange der Vorrat reicht, zu tief herabgesetzten Preisen ab. Lassen Sie sich diesen Gelegenheitskauf nicht entgehen u. verlangen Sie kostenlose Bemusterung. 126  
**Tuchversandhaus Franz Schmidt**  
 Jägerdorf Nr. 78 (Oesterr.-Schlesien).

**Gelegenheitskauf**  
 Garantiert echter **Hirschbart**  
 Prachtexemplar  
 dunkles Haar, buschig, mit sehr schönem Reif, 18 cm lang, samt Altsilberhülse m. Hirschgründl, verschiebbarem Kingn. Schraub zusammen nur **K 6,-**. Seitens Gologenholt!  
 Versendet per Nachnahme **Gemhardt's**  
 Fenchel, Wien IX, Altmürtlberg, 3-100.

**1000fachen Dant**  
 für Ihre vorzügliche **Pohl-Seife** (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauch vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich beinahe 24 Jahre an **Wicht und Rheumatismus** litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Leopold 8 b in Hirschhauer, Wien III, Reichgasse 12.  
**Pohl-Seife**  
 die sich auch bei Weigen, Stechen, Fischen, Rheuma und Hautauschlägen vorzüglich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 St. direkt beim Fabrikanten **F. W. Pohl, Braunau am Inn, Nr. 6**. Depots in Wien: Apotheken: **I. Wankengasse 6, I. Graben 7, I. Fleischmarkt 1, I. Döber Platz 8, XII, Weidinger, Dautz, Straße 15.**

**1000fachen Dant**  
 für Ihre vorzügliche **Pohl-Seife** (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauch vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich beinahe 24 Jahre an **Wicht und Rheumatismus** litt. Ich spreche Ihnen auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Leopold 8 b in Hirschhauer, Wien III, Reichgasse 12.  
**Pohl-Seife**  
 die sich auch bei Weigen, Stechen, Fischen, Rheuma und Hautauschlägen vorzüglich bewährt, ist zu haben in Kartons à 4 St. direkt beim Fabrikanten **F. W. Pohl, Braunau am Inn, Nr. 6**. Depots in Wien: Apotheken: **I. Wankengasse 6, I. Graben 7, I. Fleischmarkt 1, I. Döber Platz 8, XII, Weidinger, Dautz, Straße 15.**

**Beste böhmische Bezugsquelle! Billige Bettfedern!**  
  
 1 kg graue, gute, gefüllte 2 K, befeuert 2 K 40; prima halbweiße 2 K 80; weiße 4 K; weiße, flaumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, gefüllte 6 K 40, 5 K; 1 kg Flaumen (Flaum), graue 6 K 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Brunnflaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franco.  
**Fertig gefüllte Betten**  
 aus dichtabigem rotem, blauem, weißem oder gelbem Flanell, 1 Zudeck, 180 cm lang, circa 120 cm breit, mit 2 K 80; prima halbweiße 2 K 80; weiß 4 K; weiße, flaumige 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, gefüllte 6 K 40, 5 K; 1 kg Flaumen (Flaum), graue 6 K 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Brunnflaum 12 K. Bei Abnahme von 5 kg franco.  
**S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.**  
 Reichillustrierte Preisliste gratis und franco.

**Wilhelm Beck & Söhne**  
 k. u. k. Hoflieferanten  
**Wien VI, Hirschengasse 25**  
 Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungssorten  
 Preiskurante gratis und franco  
 Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)

**Dankagung.**  
 Anlässlich des Ablebens meines lieben Gatten fühle ich mich verpflichtet, der Ortsgruppe Pragerhof des Allgemeinen Reichstages und Gemeindefreiwirtschaftsvereins für die vielen Beileids- und Beistandsgewandlungen sowie für die Kranzsende, ferner den Mitgliedern des Abenteurer-Bundes der Ortsgruppe Pragerhof sowie allen Herren, allen Verwandten und Bekannten auf diesem Wege meinen innigsten Dank auszusprechen. Hochmals allen herzlichsten Dank.  
 Helene Drabitz, Konduktionsweibin.  
 Pragerhof, am 23. Mai 1912.  
**Danksagung.**  
 Die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem schmerzlichen Verlust meines Gatten, Katers u. l. w., des Herrn Michael David, Wagenmeister in Würzschlag, legen uns ausserstande, jeden einzeln zu danken. Wir sprechen daher auf diesem Wege allen für die Teilnahme am Beileidsbegangnis, besonders Herrn Dr. J. Schmeißer für die unermüdete Mühe, unseren besten Dank aus.  
 Würzschlag, im Mai 1912.  
 Familie David.

**MÖBEL Ausnahmungsverkauf!**  
 Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer.  
**Fünfhäuser Möbelniederlage**  
**M. Eisenhammer 142**  
 Wien XV, Mariahilferstrasse  
 (ueben der Löwendrogerie Schawerda).  
 Polierte Zimmereinrichtungen von 140 Kr. aufw., Küchen- einrichtungen von 38 Kr. aufwärts, komplette Schlaf- und Esszimmer, altdeutsch und modern, Segeiseln von 280 Kr. aufwärts. Roborne Küchen, weiß, grün, von 70 Kr. aufw. Alle Gattungen Möbel, Matratzen und Bettentzüge billig. Kleiner Preisvermerk für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog für 80 Heller in Briefmarken franco.  
 Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlichem Answahl.  
 Gültig zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wiens inklusive.  
**Warnung!** Um meine P. T. Kunden vor Schaden durch Fälschung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma **Fünfhäuser Möbelniederlage**, die eine Kontur mit meiner Hausnummer als Preis mitgebracht, um meine P. T. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelben Tafeln vor dem Geschäftspostal.  
 Registrirtorte  
 Schutzmarke:  
 Eisenbahn-  
 Konduktor.  
 Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenbahnkonduktor“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.  
 Guter Wohlgelobter!  
 Die Möbel sind in bester Ordnung angekommen und sind wir sehr zufrieden damit. Die Möbel werden so sorgfältig verpackt, daß nicht das geringste Beschädigt war. Ich spreche Ihnen deshalb meinen besten Dank und volle Zufriedenheit aus und werde Sie stets in meinem Bekanntenkreis empfehlen.  
 Hochachtungsvoll  
 Vilach. Johann Gaisch, Konduktor.

**Warum kaufen Sie ohne Anzahlung**  
 eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten?  
**Weil** keine Kraft, Zeit, Mühe wie bei ausländischen im Preise mitbezahlen, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube vaterländisches Fabrikat ist, den Handlerrungen sparen.  
**Weil** zu jeder Maschine drei Jahre Garantie ist, jedes Klaffenfabrikat darauf spielen können, jede Maschine eine Stelle für sich bildet und meine Fabrik nicht erst gestern gegründet wurde, sondern seit 1898 besteht, daher für größtes Entgegenkommen bürgt.  
**Weil** ich an solvente Kunden ohne Anzahlung in Raten von 5 Kronen an Liefer- und 30 Monate Kredit gewährte.  
 Vorführung ohne Anzahlung in der Fabrik.  
 Katalog gratis. Kein Wartenlassen.  
 Einzige Sprechmaschinenfabrik Oesterreichs  
 Leop. S. Kimpf, Wien VII, Kaiserstrasse Nr. 65.

**Begünstigung.**  
 Achtung! Allen Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihrer Reise nach **Triest** das **„Hotel Balkan“**  
 in nächster Nähe der Südbahn auf das wärmste. Bei Vorweisung der Legitimation von den Zimmerpreisen ein 20prozentiger Nachlaß. Vorzügliche Wiener-Küche, ausgezeichnete Getränke. Kaffeehaus im Hotel. Telephon 1253.

**Heile die Trunksucht, ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt**  
  
 Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört hat oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.  
**Coom** ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird. **Coom** ist vollkommen **unschädlich** und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen. **Coom** ist das Neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.  
**Coom** ist ein leicht lösliches Präparat, das zum Beispiel die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht vertragen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man diese zu oft genossen hat.  
**Coom** sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt, wenn er dem Trunk auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol doch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich den Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose „Coom“ einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konsumiert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Branntwein oder Likör verwendet worden wäre.  
 Herr R. F. schreibt: Coom Institut, Kopenhagen, Dänemark.  
 Ich bitte, so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à 10 Kronen. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trunk ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt; sie sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht aureden lassen. Vielmal dankend, verbleiben wir Sie ehrend. H. F. Döögbyr gyrdotter, 28, XI, 1910, Ungarn.  
 Das Coom Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch **Coom Institut, Kopenhagen 314, Dänemark.**  
 Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren

**Parteigenossen!**  
 Bestellen auch jeder für eure Familie ein Paket feinerer Reste, enthaltend: Prima Kanewas für Bettüberzüge, starke Hemdenord, Besir für Hemden und Kleider, Blaudruck, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität. 40 Meter um 16 Kr., beste Sorte 40 Meter um 18 Kr. per Nachnahme. Die Länge der Reste beträgt von 4 bis zu 14 Metern und kann jeder Rest bestens verwendet werden.  
 Für Wiederverkäufer glänzender Verdienst.  
 Mit Parteigratz  
**Leopold Wicel, Handweberei**  
 in Nachod Nr. 17, Böhmen.  
 Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

**1000 und 1 Nacht**  
 habe ich darüber nachgedacht, wie es anders bei geringem Einkommen anstellen, dass sie sich stets **elegant und schick** kleiden, als ich endlich das **Fabrikat-Versandhaus „Liboria“**, Reichenberg 6 i. B., entdeckte, wo stets ein reichsortiertes Lager in **Herrn-Anzugs- und engl. Kostümstoffen** etc. zu staunend billigen Preisen zu haben ist.  
**Tausende Meter Reste stets lagernd.**  
 Kreditfähigen Teilzahlung ohne Aufschlag. Muster auswärts franco.

**Hammerbrotwerke und Dampfmühle**  
  
  
**Eine wirksame Waffe gegen den Brotpucher**